



Deutsches Institut
für Urbanistik

Jahrbuch

Einblicke

Die Jahre 2016 und 2017 im Difu



Einblicke – Die Jahre 2016 und 2017 im Difu

Difu-Jahrbuch

Impressum

Einblicke – Die Jahre 2016 und 2017 im Difu
Difu-Jahrbuch

Herausgeber:

Deutsches Institut für Urbanistik

Redaktion:

Klaus-Dieter Beißwenger, Arno Bunzel, Busso Grabow, Martin zur Nedden, Ulrike Wolf

Layout und DTP:

Christina Bloedorn

Gestaltungskonzept:

3pc GmbH Neue Kommunikation, Berlin

Coverfoto:

Chris Barbalis on Unsplash (modifiziert)

Fotos (wenn nicht anders angegeben):

David Ausserhofer: S. 5, 8, 15 (1. bis 4. von oben), 45 (alle)

Tomy Badurina: S. 15 (unten)

Christian Strauss, S. 81

© Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH
Zimmerstraße 13–15, 10969 Berlin
+49 30 39001-0, difu@difu.de, <http://www.difu.de>

Berlin, Juli 2018

Symbole*

Print-Publikationen werden mit einem aufgeschlagenen Buch dargestellt.

Online-Publikationen werden mit einem E-Book-Reader dargestellt.



*Quelle: <https://wpclipart.com>



Die englischsprachige Version von Teil A – Einblicke ist unter <https://difu.de/12030> abrufbar.

Inhalt

Vorwort	5
---------	---

Das Difu 2016 und 2017: Forschen, Bilden, Vernetzen für und mit den Kommunen	8
--	---

Im Blickpunkt: Wohnen/Bodenpolitik	10
------------------------------------	----

Im Blickpunkt: Megatrend Digitalisierung	11
--	----

Im Blickpunkt: Klimavorsorge und Klimaanpassung	13
---	----

Querschnittsthema: Zuwanderung und Integration von Geflüchteten in Kommunen	16
---	----

Difu-interner Dialog und Kooperation	16
--------------------------------------	----

Kommunale Steuerung und Koordination	16
--------------------------------------	----

Integration vor Ort	17
---------------------	----

Sozialer Zusammenhalt – Bevölkerung	18
-------------------------------------	----

Beteiligung	18
-------------	----

Umweltgerechtigkeit	20
---------------------	----

Gestaltung von inklusiver Kinder- und Jugendhilfe	21
---	----

Wohnen	22
--------	----

Nachhaltige Sicherung der sozialen Wohnraumversorgung	22
---	----

Neue Anforderungen an die Wohnungs- und Bodenpolitik	22
--	----

Neue Akteure am Wohnungsmarkt	22
-------------------------------	----

Städtebau und Stadtentwicklung	23
--------------------------------	----

Baukultur	23
-----------	----

Dichte, Mischung, Qualität	24
----------------------------	----

Gentrifizierung	25
-----------------	----

Flächensparen	25
---------------	----

Recht	27
-------	----

Zukunftsfragen der Bodenpolitik	27
---------------------------------	----

Weitere Schwerpunkte und Aktivitäten	27
--------------------------------------	----

Finanzen	28
----------	----

Finanzlage der Kommunen zwischen Haushaltskonsolidierung und nachhaltiger Infrastrukturfinanzierung	28
--	----

Wirtschaft und Digitalisierung	30
Wirtschaftsflächen	30
Digitalisierung	32
Urbane Sicherheit*	32
Infrastruktur	33
Wasserinfrastruktur/Siedlungswasserwirtschaft	33
netWORKS: Eine ganze „Projektserie“ zu Wasserfragen in Stadt und Region	34
Weitere Schwerpunkte und Aktivitäten	36
Mobilität	37
Verkehrswende und Nachhaltige Mobilitätspläne (SUMP)	37
Automatisiertes Fahren und Stadtentwicklung	37
Parkraumpolitik und öffentlicher Raum	38
Förderung des Radverkehrs	39
Nationale Fußverkehrsstrategie	40
Umwelt	41
Klimavorsorge und Klimaanpassung	41
Nachhaltiges Ressourcenmanagement	42
Weitere Schwerpunkte und Aktivitäten	43

C Daten und Fakten

Fortbildung	46
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	46
Publikationen	47
Wissensmanagement	47
Finanzen und Drittmittel	48
Personalstand und -struktur	49
Organigramm	50
Gesellschafter, Zuwender und Gremien des Difu	51
Zuwenderstädte 2018	52
Projekte 2016/2017, nach Themenbereichen	53
Veröffentlichungen 2016 und 2017 (Auswahl)	59
Gremien und Mitgliedschaften (Auswahl)	68
Vorträge 2016 und 2017 (Auswahl)	71

* Das Thema Urbane Sicherheit wurde in den Jahren 2016 und 2017 federführend im Team Wirtschaft und Innovation bearbeitet.

Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

im Deutschen Institut für Urbanistik entwickelte sich in den Jahren 2016 und 2017 vieles weiter. Auf den ersten Blick sichtbar wird dies am neuen Erscheinungsbild der Instituts-Publikationen und des „Difu-Logos“. Bei diesem „Relaunch“ war für uns die Wahrung der Kontinuität ein wichtiges Prinzip. Vor diesem Hintergrund haben sich auch Erscheinungsintervall und Struktur des früheren „Jahresberichts“ verändert. Das neue Erscheinungsbild steht im Zusammenhang mit der Diskussion zur Weiterentwicklung der strategischen Ausrichtung des Difu auf Basis der „Forschungsstrategie 2020+“. Weitere wichtige Gesichtspunkte waren und sind die Überprüfung von Organisationsstruktur und Personalentwicklung, die internationale Dimension und die Gewährleistung der wirtschaftlichen Stabilität.

Weiterentwicklung bei Wahrung der Kontinuität – dieser Leitgedanke kennzeichnete die Arbeit der vergangenen zwei Jahre. Das Themenspektrum der Difu-Forschungsvorhaben orientiert(e) sich an den Herausforderungen, die sich der „kommunalen Familie“ – den Städten, Gemeinden und Landkreisen –, aber auch den Bundesländern und letztlich der gesamten Bundesrepublik stellen. Das Erarbeiten wesentlicher Inhalte des Baukulturberichtes der Bundesstiftung Baukultur durch das Difu, die Beschäftigung mit Fragen der Einbindung der Zivilgesellschaft, Aspekte der Integration von Zuwanderern, die Themen Klimawandel und Klimaanpassung sowie die dynamisch an Bedeutung gewinnende Digitalisierung illustrieren die Bandbreite der Difu-Aktivitäten. In diesem Zusammenhang sei den Mitgliedern des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts gedankt. Sie gaben mit großem Engagement wichtige Impulse für unsere Arbeit.

Die für das Institut so kennzeichnende Praxisorientierung seiner Forschung wäre nicht möglich ohne die intensive Kooperation mit den Partnern in den kommunalen Gebietskörperschaften, in den Ministerien auf Bundes- und Landesebene, in Privatwirtschaft, Stiftungen und mit bürgerschaftlichen Akteuren. Bewährte Partnerschaften konnten fortgesetzt und neue Kooperationen gebildet werden. Für die vertrauensvolle Zusammenarbeit danke ich allen Partnern.

Die wirtschaftliche Basis des Instituts ließ sich weiter stabilisieren. Es gelang, neue Zuwendungsstädte zu gewinnen. Die Zuwendungen der kommunalen Ebene in Kombination mit den Fördermitteln des Bundes, vertreten durch das für Stadtentwicklung zuständige Bundesministerium, und des Sitzlandes Berlin bilden einen wichtigen Eckpfeiler der Finanzierung und tragen damit ganz wesentlich dazu bei, dass das Institut seinen Auftrag erfüllen kann. Auch diesen Unterstützern sei an dieser Stelle gedankt. Die zweite Säule der Finanzierung, die Durchführung fremdfinanzierter Projekte (siehe ab Seite 53), konnte erneut verstärkt werden. Den Auftrag- und Zuwendungsgebern danken wir für das uns entgegengebrachte Vertrauen.

In besonderem Maß gilt der Dank dem Verein für Kommunalwissenschaften als dem Träger des Instituts für die gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit.

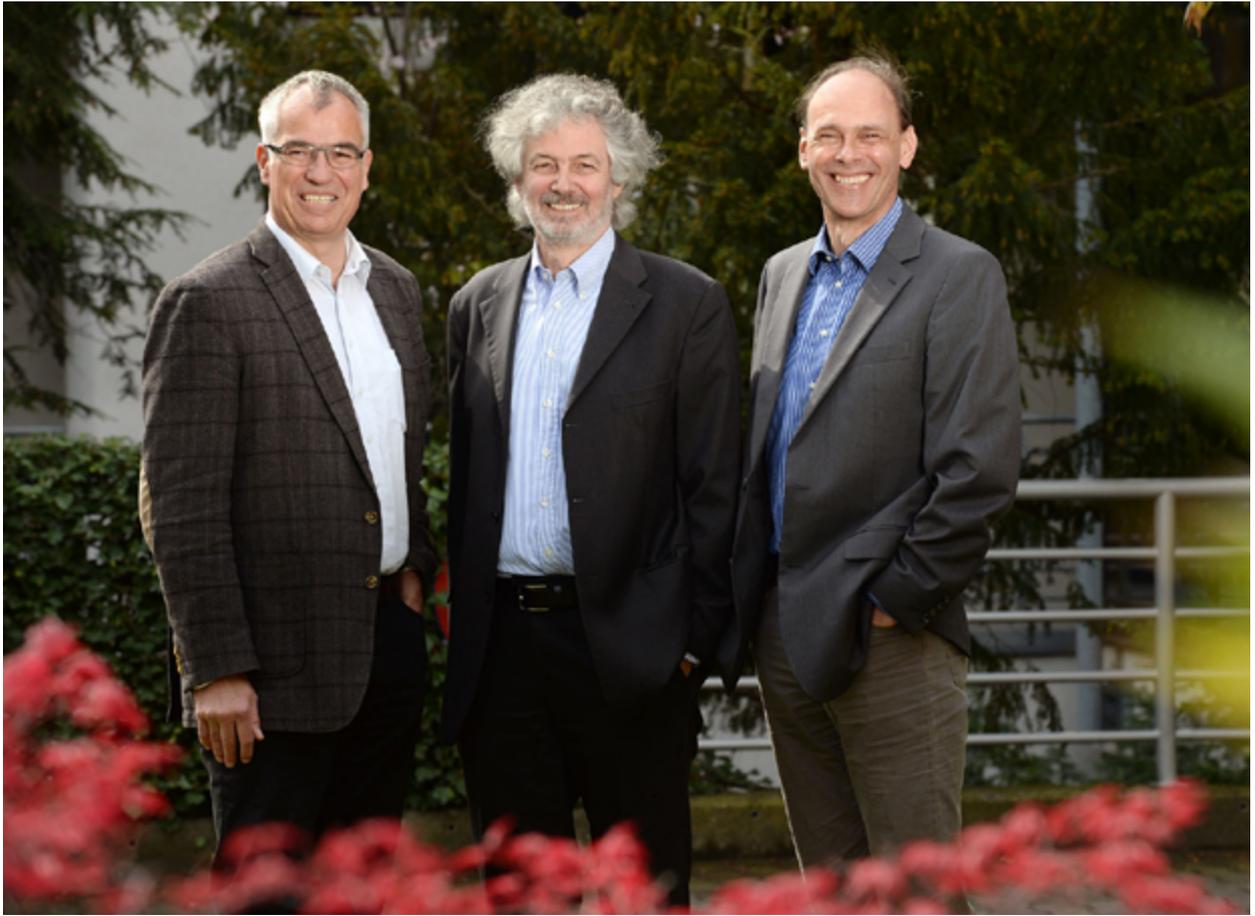
Die Erfolge des Instituts wären nicht möglich ohne seine engagierte Mitarbeiterschaft. In den Forschungsbereichen prägen Fachkompetenz sowie integriertes, interdisziplinäres Denken und Handeln die Arbeit. Viele Vertreterinnen und Vertreter des Instituts wirken in Gremien, mit Vorträgen bei Veranstaltungen und bei Vorhaben wissenschaftlicher und anderer Institutionen mit – dies zeigt einmal mehr: Unsere „Qualitäten“ werden auch von anderen geschätzt. Eine wichtige Voraussetzung für unsere erfolgreiche Forschung ist die zuverlässige – und immer komplexere – Arbeit im „Hintergrund“: in Verwaltung, Veranstaltungsorganisation, Informationstechnologie, in Redaktion sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Der gesamten Mitarbeiterschaft ist an dieser Stelle nachdrücklich zu danken.

Auch für die Zukunft wird das Institut bestrebt sein, seiner Funktion als „Think Tank“, als praxisorientierte Forschungsinstitution zu den vielfältigen Fragen der kommunalen Entwicklung, als „Gelenk“ zwischen Praxis und Grundlagenwissenschaft sowie als Fortbildungseinrichtung gerecht zu werden.



Als zum Ende Mai 2018 ausscheidender Institutsleiter wünsche ich meinem Nachfolger Prof. Dr. Carsten Kühl, ab August 2018 im Amt, viel Erfolg, eine glückliche Hand, verlässliche Partnerschaften und weiterhin den hohen Einsatz der Difu-Mitarbeiterschaft. Ich bin sicher, dass die Partner des Difu ihre Wertschätzung für die Leistungen des Instituts auch der neuen Leitung entgegenbringen werden.

Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden
Wissenschaftlicher Direktor und Geschäftsführer (bis 31.05.2018)



Institutsleitung/Geschäftsführung 2016/2017
(v.l.n.r.: Prof. Dr. Arno Bunzel, Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden, Dr. Busso Grabow)

A Einblicke

Das Difu 2016 und 2017: Forschen, Bilden, Vernetzen für und mit den Kommunen

Zentrale Herausforderungen der Kommunen sind aktuell Bevölkerungswachstum bzw. -schrumpfung, der demografische Wandel, die soziale Segregation, teilweise verbunden mit Gentrifizierungsprozessen, die Integration von Zuwanderern, die Digitalisierung, die finanzielle Ausstattung – trotz einer in vielen Städten in den letzten Jahren guten Einnahmesituation – sowie neue Formen der Einbindung der Zivilgesellschaft in die Stadtentwicklung. Sie stehen in vielfältigen Wechselbeziehungen zueinander. Infolgedessen bietet ein integriertes und interdisziplinäres Herangehen die Chance, Synergien zu mobilisieren. Gleichzeitig werden nur so Zielkonflikte transparent – Voraussetzung jeder sachgerechten Abwägung. Den komplexen Zusammenhängen in der täglichen Realität der Stadtentwicklung trägt das Institut durch interdisziplinäre Betrachtung und Bearbeitung der Projekte konsequent Rechnung. Die breit angelegte Palette der Kompetenzen in den Forschungsbereichen und die jahrzehntelange Erfahrung bieten hierfür gute Voraussetzungen.

Das Aufspüren neuer Themen, denen sich die Städte in Zukunft widmen müssen, stellt eine besondere Herausforderung dar; Beispiele: die Themenbereiche Migration, Auswirkungen der Digitalisierung, Sicherheit in der Stadtentwicklung. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Forschungsbereiche bilden Projektgruppen, die das jeweilige Thema aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten. Fallweise werden auch Mitarbeitende aus den Bereichen Fortbildung, Wissensmanagement und Öffentlichkeitsarbeit sowie der Institutsleitung einbezogen. So konnte das Difu den Kommunen schon Anfang 2016 Hilfestellungen in unterschiedlicher Form zu Fragen des Umgangs mit der Herausforderung der Zuwanderung Geflüchteter geben. Mehr zum „Querschnittsthema Migration und Integration“ in Teil B dieser Publikation.

An eine lange Tradition kann das Institut bei seinen Aktivitäten zur „Gemeinwohlorientierten Wohnungspolitik“ und „Gemeinwohlorientierten Boden- und Liegenschaftspolitik“ anknüpfen, beides Themen, die gerade erheblich an Gewicht gewinnen. Zwei in Kooperation mit dem vhw verfasste Positionspapiere stießen in der (Fach-)Öffentlichkeit wie auf der kommunalen Ebene ganz überwiegend auf Zustimmung. Angesichts der Bedeutung beider Themen für eine nachhaltige Stadtentwicklung beteiligt sich das Institut auch weiterhin mit Beiträgen an der laufenden Diskussion. Mehr zum Thema unten im Abschnitt „Im Blickpunkt: Wohnen/Bodenpolitik“ und in den Abschnitten „Recht“ und „Wohnen“ im Teil B.

Von großer Bedeutung ist weiterhin das Thema Finanzausstattung der Kommunen. Das Institut hat im Rahmen seiner Möglichkeiten zusätzliche Ressourcen geschaffen, um auch in diesem Handlungsfeld die Kommunen (wieder) stärker zu unterstützen. Schon seit einigen Jahren führt das Difu im Auftrag der KfW mit intensiver Einbindung der kommunalen Spitzenverbände das Kommunalpanel zu Finanzlage, Investitionstätigkeit und Finanzierung der Kommunen durch. Neue Projekte wie „Städtebauförderung in NRW“ – hierbei untersuchte das Difu im Auftrag des Landes NRW Erfolgsfaktoren und Hemmnisse bei der Beantragung, Bewilligung und Abrechnung von Fördermitteln – zeigen: Es war richtig, in diesem Bereich neue Impulse zu setzen.

Die auch im Kommunalpanel angesprochene Infrastruktur ist seit langem ein Difu-Schwerpunktthema. Projekte in 2016 und 2017 zu ressourcenleichter Infrastruktur, zum kommunalen Transformationsmanagement für die lokale Wärmewende, zu unterschiedlichen Aspekten der Wasserinfrastruktur sowie intelligenten, multifunktionalen Infrastruktursystemen unterstreichen die Bandbreite.

Auch in diesem Zusammenhang spielt die Digitalisierung eine immer wichtigere Rolle, Stichworte Smart City, Informations- und Kommunikationstechnologien. Anliegen des Instituts ist es, bei der Auseinandersetzung mit dem Thema neben den Chancen auch die Risiken in die Betrachtung einzubeziehen. Gleiches gilt für die Digitalisierung im Bereich Mobilität, z.B. im Zusammen-

hang mit dem Autonomen Fahren. Mehr hierzu unten im Abschnitt „Im Blickpunkt: Megatrend Digitalisierung“ und in den Abschnitten „Infrastruktur“ sowie „Mobilität“ im Teil B.

Zu den Mobilitätsthemen gehörten im Difu in den Jahren ab 2016 auch die Optimierung des Wirtschaftsverkehrs, die Zukunft des ÖPNV in ländlichen Räumen, dessen Finanzierung sowie die Integration von stark befahrenen Verkehrswegen in die Stadtstruktur. Einen schon traditionellen Difu-Schwerpunkt bildet der Fahrradverkehr. Die für das Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur betriebene Fahrradakademie forscht auch weiterhin mit dem Ziel, die Attraktivität des Radverkehrs nachhaltig zu steigern.

Ein weiteres zentrales Anliegen des Instituts ist es, die Kommunen beim Umsetzen der in Paris vereinbarten Klimaziele, der Sustainable Development Goals der UNO sowie bei der Bewältigung aller weiteren Herausforderungen von Klimafolgen und -anpassung zu unterstützen. Klimaangepasste Quartiersentwicklung, Einbindung von Akteuren und Bürgerschaft, klimagerechtes Bauen, Lärm- und Klimaschutz durch Tempo 30 sind nur einige Beispiele aus dem breiten Themenspektrum. Eigene Forschungsarbeiten, unterschiedliche Veranstaltungsformate vom Fortbildungsseminar bis zum Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ sowie vielfältige Beratungsangebote sind Elemente dieser Arbeit. Hervorgehoben sei in diesem Zusammenhang das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK). Mehr zum Thema Klimavorsorge und Klimaanpassung unten im gleichnamigen Abschnitt „Im Blickpunkt“ und im Abschnitt „Umwelt“ des Teils B.

Die vielfältigen Projekte lieferten wieder reichlich Input für eine umfangreiche Veröffentlichungstätigkeit – operativ umgesetzt in der Regel durch die institutsinterne Redaktion –, sei es im Rahmen von Projekt- oder externen Veröffentlichungen oder in eigenen Publikationsreihen. Letztere erhielten 2017 genauso wie das Logo und der Geschäftsauftritt eine neue Gestalt, im Jahr 2018 wird auch der Internet-Auftritt des Difu einem „Relaunch“ unterzogen. 2017 startete das Difu versuchsweise mit E-Books. Nach ersten Erfahrungen ist geplant, dieses elektronische Angebot weiter auszubauen.

Das Online-Angebot des Difu – operativ im Bereich Wissensmanagement gebündelt – umfasst weiter die fast schon traditionellen Angebote wie die kommunale Literaturdatenbank ORLIS, die Umfragedatenbank kommDemos und mehrere Projektdatenbanken. Dabei machen es die Dynamik der Informations- und Kommunikationstechnologien sowie verändertes Nutzerverhalten nötig, das Online-Angebot kontinuierlich zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Zu berücksichtigen sind zudem die zunehmend komplexer werdenden Aufgaben des Datenschutzes und der Sicherheit der digitalen Institutsinfrastruktur.

Ein weiteres Standbein der Wissensvermittlung bildet der Bereich Fortbildung. Auch hierbei werden digitale Vermittlungsformen immer wichtiger. Dem trägt das Institut in Form von Webinar-Angeboten bereits Rechnung. Trotzdem behält die „Face-to-Face“-Vermittlung ihre herausgehobene Stellung. Das Spektrum der Veranstaltungsformate reicht von „klassischen“ Seminaren bis zu den Diskussionsveranstaltungen der „Difu-Dialoge“. Die Veranstaltungsprogramme kombinieren Dauerthemen wie Städtebaurecht, Ausschnitte aus der aktuellen Forschungstätigkeit und neue Themen wie Digitalisierung. Spezielle Formate bieten das Dialogforum Jugendhilfe, die Fahrradakademie und für Fragen des Klimaschutzes das SK:KK. Brennpunktseminare mit besonders aktuellen Bezügen ergänzen das Programm.

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit prägt ganz wesentlich die Außendarstellung des Instituts durch aktuelle Pressemitteilungen zu Forschungsergebnissen, Veröffentlichungen, Veranstaltungen usw. sowie durch die vier Ausgaben pro Jahr des Magazins „Berichte“. Sie übernimmt auch in Sachen Kontakt zu den Zuwendern und anderen an der Arbeit des Instituts Interessierten bedeutende Aufgaben. Der Facebook-Auftritt des Instituts erfreut sich weiter großer Beliebtheit und entfaltet eine große Multiplikatorwirkung.

Die steigende Zahl von (Förder-)Projekten und (Drittmittel-)Aufträgen bedeutet u.a. auch wachsenden Aufwand für Förderanträge, das Erstellen von Angeboten, Zwischen- und Endabrechnungen usw. Dies nimmt die Kolleginnen und Kollegen der Allgemeinen Verwaltung (AV) in erheblichem Maße in Anspruch. Gleichzeitig unterstützt die AV das Projektmanagement in den Forschungsbereichen und die Institutsleitung bei der Steuerung und Optimierung der Abläufe.

Die hier nur skizzierten Entwicklungen machen deutlich: Das Difu blickt auf zwei erfolgreiche Jahre zurück. Die Erfolge sind zugleich Ansporn für die Zukunft. Das Institut bedarf angesichts sich laufend verändernder Rahmenbedingungen auch künftig der kontinuierlichen Weiterentwicklung. Die im Jahr 2013 verabschiedete Difu-Institutsstrategie 2020+ bildet hierfür nach wie vor die inhaltliche Grundlage. Dies schließt Gewichtsverschiebungen im Verhältnis einzelner Themen und Bereiche nicht aus. Komplementär zu dieser inhaltlichen Basis diskutiert das Institut seit Ende 2014/Anfang 2015 die weitere strategische Ausrichtung mit Schwerpunkten bei Fragen von Personalentwicklung und Organisation – dies insbesondere vor dem Hintergrund der gewachsenen Mitarbeiterschaft und mit Blick auf die „Corporate Identity“. Eine Reihe wichtiger Ergebnisse wurde inzwischen erreicht und deren Umsetzung auf den Weg gebracht: etwa die Einführung einer Teamebene als zusätzliches Gliederungselement in den Forschungsbereichen; das Ziel: effiziente Führungsspannen zu gewährleisten, Informationsflüsse zwischen Institutsleitung und Mitarbeiterschaft weiter zu verbessern, mitarbeiternahe Verantwortungsübernahme zu unterstützen sowie die Erkennbarkeit von Themen und Inhalten vor allem für Außenstehende zu stärken. Gleichzeitig wurden neue interne Austauschformate entwickelt, die das für das Institut zentrale Anliegen interdisziplinären Denkens und Handelns fördern.

Im Blickpunkt: Wohnen/Bodenpolitik



Dringender Handlungsbedarf

Der Megatrend Urbanisierung gehört zu den großen Herausforderungen unserer Zeit. In wachsenden Großstädten und Schwarmstädten, den „Gewinnern“ im Wettbewerb um Hochqualifizierte und Kreative, um Start-ups und Investitionen, konzentriert sich die steigende Nachfrage nach Flächen und Immobilien. Nicht nur Wohnen, auch Industrie und Gewerbe orientieren sich wieder stärker auf innerstädtische Lagen. Steigende Bodenpreise und Nutzungskonkurrenzen haben dort vielfältige Verdrängungsprozesse zur Folge – dies bekommen Bewohnerinnen und Bewohner mit schmalere Geldbeutel genauso zu spüren wie Betriebe mit geringerer Rendite. „Gentrifizierung“ ist vom Fachbegriff zu einem geflügelten Wort in der Alltagssprache geworden. Zugleich nehmen räumliche Disparitäten zu, kommt es zu entgegengesetzten Entwicklungen: Klein- und Mittelstädte in peripheren Räumen stehen aufgrund von Abwanderung und Leerstand vor der Aufgabe, einen effizienten Rückbau zu gestalten und gleichzeitig ihre Zentrenfunktion und die Angebote der Daseinsvorsorge aufrecht zu erhalten. Alle Städte sind herausgefordert, ihre jeweiligen Entwicklungen möglichst im Interesse des Gemeinwohls zu gestalten, zu moderieren und zu lenken. Die Stadt als Lebensraum soll auch weiterhin den Rahmen für ökonomische, ökologische und soziale Stabilität bieten.

Der Mangel an bezahlbarem Wohnen, ein hochpolitisches Thema

Noch vor wenigen Jahren schien es, als sei die „Wohnungsfrage“ weitgehend gelöst. Heutzutage bestimmt vor allem der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in wachsenden Städten die stadtpolitische Diskussion. Auf den „grünen Tischen“ liegt eine Vielzahl von wohnungspolitischen Strategien, Programmen, Maßnahmen. Doch gerade in Groß- und Universitätsstädten hält die Umsetzung mit den Bedarfen kaum Schritt, die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraumes ist nicht mehr gesichert. Entwicklungen auf der Nachfrage- und Angebotsseite, aber auch Defizite in der Wohnungspolitik seit den 1990er-Jahren sind dafür ursächlich. Neben Anreizen zur Behebung des Mangels an bezahlbaren Wohnungen müssen auch grundsätzliche Fragen der (Neu-)Ausrichtung der Wohnungspolitik auf die politische Agenda. Gemeinsam mit dem vhw-Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. hat sich das Difu mit Blick auf die Bundestagswahl im Herbst 2017 diesen Fragen gestellt und ein Plädoyer für eine soziale und resiliente Wohnungspolitik in die wohnungspolitische Debatte eingebracht. Auf einer Podiumsdiskussion mit Mitgliedern des Bundestages und Verantwortlichen des Bauministeriums (BMUB) wurde hierzu lebhaft diskutiert.

Ein wichtiger Ansatzpunkt wohnungspolitischer Strategien, denen sich das Difu in seinen Forschungsvorhaben widmet, sind die gemeinwohlorientierten Anbieter, die weniger maximale Renditen als moderate Mieten zum Ziel haben. Im Forschungsprojekt „Ausweitung des kommunalen Wohnungsbestandes durch Neubau und Ankauf als wohnungspolitische Strategie vor dem Hintergrund einer stärkeren Gemeinwohlorientierung“ werden anhand von Fallbeispielen Lösungen über die Einbindung von Wohnungsbaugesellschaften und weiteren, zum Teil neu entstandenen gemeinwohlorientierten Akteuren wie dem „Mietshäuser Syndikat“, lokalen Bürgerorganisationen, Arbeitgebern mit Mitarbeiterwohnungen und Stiftungen aufgezeigt. Einen „Königsweg“ kann es aufgrund der unterschiedlichen Situation vor Ort nicht geben. Deswegen orientiert sich die Systematisierung der Strategien von Kommunen und deren Wohnungsunternehmen an spezifischen Rahmenbedingungen. Vor dem Hintergrund der Ausdifferenzierung der Wohnnachfrage und Veränderungen der Wohnkultur werden mit dem Projekt „Von Pionieren zur städtischen Praxis – Potenziale gemeinschaftlichen Wohnens zur Lösung demografischer und sozialer Herausforderungen, Laborstadt Potsdam“ weitere Impulse für eine Neuauflage wohnungspolitischer Strategien in den Städten gegeben.

Bodenpolitik, Grundlage strategischen Handelns

Die Suche nach Lösungen für eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik führt zwangsläufig zur „Bodenfrage“. Die Bodenpolitik bildet den zentralen Ansatzpunkt, dies nicht nur, um konkurrierende Flächennutzungen zu gestalten. Sie ist auch ein Instrument, um übergeordnete Ziele der nachhaltigen Stadtentwicklung, des Klimaschutzes und der Klimaanpassung zu erreichen. Egal, ob Schrumpfung oder Wachstum, der Handlungsspielraum einer Stadt wird maßgeblich vom Vorhandensein kommunaler Liegenschaften und der Liegenschaftspolitik bestimmt. Viele wachsende Städte sehen sich durch Versäumnisse der vorangegangenen Jahrzehnte in einer schwierigen Lage: Zu Zeiten niedriger Bodenpreise haben sie die Gelegenheit, Flächen anzukaufen, nicht genutzt, verkauften sogar Flächen; heute scheitern Ankaufspläne an den hohen Bodenpreisen. Wirksame bodenpolitische Instrumente wie die „städtebauliche Entwicklungsmaßnahme“ erfordern den Einsatz von spezifischem Know-how und das Bündeln finanzieller und personeller Ressourcen – nicht gerade leicht zu haben angesichts knapper Haushaltskassen und nach vielen Jahren des Personalabbaus.

Entspricht das bestehende bodenpolitische Instrumentarium den aktuellen Anforderungen? Reichen die Instrumente aus? Wo können und müssen bodenrechtliche Instrumente geschärft werden? Diesen Fragen widmete sich der „Expertenkreis Zukunftsfragen der Bodenpolitik“, den vhw und Difu, aufbauend auf ihrer Kooperation zur Wohnungspolitik, initiierten. In der gemeinschaftlich erarbeiteten „Bodenpolitischen Agenda 2030“ sind die zentralen Ergebnisse und Forderungen an die Politik zusammengefasst. Im Auftrag der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen führte das Difu 2017 einen Erfahrungsaustausch zu städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen durch. Derzeit erarbeitet es eine Studie zu kommunalen Ankaufstrategien, um die strategischen Flächenreserven für eine nachhaltige, sozial gerechte und kostensparende Stadtentwicklung zu erweitern. Einbezogen werden Städte, die in Größe, Funktion und Wachstum mit Berlin vergleichbar sind – so Wien, Zürich, Hamburg und München – oder die als gute Beispiele für Ankauf- und Vergabestrategien gelten, wie Ulm und Münster.



Im Blickpunkt: Megatrend Digitalisierung

Chancen und Risiken für die Stadtentwicklung

Die Digitalisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft schreitet mit großer Dynamik voran. Der Bedarf an innovativen Infrastrukturen und Technologien steigt rasant. Vor allem der Einsatz vernetzter Informations- und Kommunikationstechnologien verspricht ganz neue Anwendungsmöglichkeiten. Diese können durchaus zu einem Mehr an Lebensqualität, wirtschaftlicher Sta-

bilität, Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger, Umwelt- und Klimaschutz beitragen. Kommunen mit ihren übergeordneten Aufgaben der Daseinsvorsorge und ihren vielfältigen Funktionen sind in diesem Zusammenhang besonders gefragt – und herausgefordert. Dabei gilt es auch, Risiken z.B. im Datenschutz und bei der Verkehrssicherheit zu erkennen und ihnen vorzubeugen. Kein Wunder also, dass das Difu das Thema Digitalisierung auf breiter Front bearbeitet: in mehreren Projekten, empirisch und interdisziplinär, zusammen mit Partnern aus Kommunen, Wissenschaft und Wirtschaft, mit Wissenstransfer in Form von Beratung, Publikationen und Fortbildungsangeboten. Näheres hierzu finden Sie auch in den Abschnitten „Infrastruktur“, „Wirtschaft und Digitalisierung“ sowie „Mobilität“.

Derzeit viel diskutiert: die „Smart City“

Immer mehr Städte beschäftigen sich mit konzeptionellen und praktischen Lösungen, die auf vernetzten Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) basieren. Sie versprechen sich davon vor allem effektivere und energieeffizientere Infrastrukturen, bessere Beteiligungsmöglichkeiten bei Entscheidungen, neue Dienstleistungen und Geschäftsmodelle. Was bislang fehlte: ein systematischer Überblick. Welche Aktivitäten Richtung Smart City gibt es bereits in deutschen Kommunen? Und wie ist der gegenwärtige Stand bei Planung und Umsetzung von Smart-City-Ansätzen einzuschätzen? Diesen Fragen widmete sich das Difu zum einen in einer Studie unter den 200 einwohnerstärksten deutschen Städten (Näheres hierzu im Abschnitt „Infrastruktur“, „Difu-Bestandsaufnahme Smart City“). Zum anderen lud das Difu bereits zum zweiten Mal Expertinnen und Experten aus den Städten zu einem Erfahrungsaustausch. Dabei zeigte sich: Anders als noch vor wenigen Jahren ist die Smart City mittlerweile durchaus Bestandteil von Strategien integrierter Stadtentwicklung. Vor allem größere Städte haben begonnen, sich eigene Ziele im Umgang mit intelligenten IKT zu setzen. Zunehmend können sie den Technologieanbietern dabei fachlich auf Augenhöhe begegnen. Pilotanwendungen in Form digital gestützter Mobilitätsdienstleistungen oder neuer WLAN-Angebote können – gerade für kleinere Städte – ein Weg mit Augenmaß Richtung Smart City sein. Unabhängig von der Gemeindegröße bieten sich Chancen auch für die kommunalen Versorgungsunternehmen und die lokale Wirtschaft. Es ist hilfreich, beide frühzeitig in Smart-City-Initiativen einzubinden. Weitere Ergebnisse aus dem Erfahrungsaustausch: Kommunen sollten bei Smart-City-Projekten das „Sammeln“, Bearbeiten und Interpretieren von Daten nicht leichtfertig in private Hände geben. Kritisch werden in den kommenden Jahren vor allem die Schnittstellen zwischen verschiedenen Datenpools sein. Kommunen sollten sich eigene Spielregeln im Umgang mit solchen Datenpools geben und diese Regeln konsequent auf der Basis der Bedürfnisse der Stadtentwicklung formulieren und durchsetzen.

Top-Thema gerade für Kommunen: das automatisierte und vernetzte Fahren

Immer mehr Kraftfahrzeuge verfügen über Einparkhilfe, Tempomat, Abstandswarner und Routing-Systeme, werden bald vernetzt sein und autonom, d.h. vollautomatisch – sprich: fahrerlos – fahren können. Das Thema automatisiertes Fahren ist in der Öffentlichkeit angekommen. Automobilhersteller, Zulieferer, Unternehmen der IT-Branche und die Deutsche Bahn haben das automatisierte Fahren als zukünftiges Geschäftsfeld entdeckt und testen solche Fahrzeuge bereits im Individual- und im öffentlichen Verkehr deutscher Städte. Unter „Laborbedingungen“ liegt der mögliche Nutzen automatisierter Fahrzeuge in erhöhter Effizienz des Verkehrs, vermindertem Ausstoß von Luftschadstoffen und Treibhausgasen sowie mehr Verkehrssicherheit. Jedoch stellen sich mit Blick auf das automatisierte und autonome Fahren im künftigen realen städtischen Alltag viele Fragen. Diese greift das Difu schon seit einiger Zeit immer wieder, z.B. in Workshops, auf. Bedeutet etwa das autonome Fahren das Ende der „Urbanität“, wie wir sie kennen, weil autonom fahrende Autos nur auf von Fußgängern abgetrennten Trassen Sicherheit bieten? Wird die kompakte Siedlungsentwicklung gestärkt oder geschwächt? Kommt es womöglich zu unerwünschten Verlagerungseffekten – weg vom öffentlichen Verkehr oder vom Rad- und Fußverkehr hin zu mehr individuellem Autoverkehr? Um z.B. wie beabsichtigt positive Umweltwirkungen zu erzielen, ist es zentral, Fahrzeuge geteilt, d.h. mit mehreren Personen zu

nutzen. Während dies im ÖPNV auf Schiene und Straße bereits so ist, würden etwa in einem für die Stadtverträglichkeit weniger wünschenswerten Szenario „Robo-Taxis“ Personen einzeln aufnehmen oder eventuell sogar leer fahren.

Keine Frage: Auch angesichts der aktuellen verkehrsbedingten Probleme der Luftqualität sollten die Kommunen die Chancen automatisierten Fahrens aktiv nutzen – als Ergänzung zum ÖPNV wie für neue Angebote im Carsharing und Ridesharing (gemeinsames Nutzen eines Fahrzeugs für die Fahrt von einem Ort zum anderen). Auf der Grundlage integrierter (Verkehrsentwicklungs-)Planungen und nachhaltiger städtischer Mobilitätspläne (sog. SUMP) können Kommunen sicherstellen, dass automatisierte Systeme und Fahrzeuge dabei helfen, die eigenen kommunalen Ziele zu erreichen. Dies schließt ausdrücklich ein, aktive Mobilitätsformen wie Zufußgehen und Radfahren gleichberechtigt zu fördern. Die Kommunen müssen jedenfalls zügig handeln, um den Prozess mitzugestalten. Vernetzung, Automatisierung und E-Mobilität können durchaus zur „Verkehrswende“ beitragen. In den Kommunen gilt es, die Vision der lebenswerten Stadt mit der Debatte um autonomes Fahren zu verbinden. Städte und Gemeinden benötigen dabei Orientierungshilfen, um die jetzt anstehenden Herausforderungen zu erkennen und als Chancen zu nutzen. Hierzu wird das Difu mit seiner Expertise auch weiterhin beitragen.



Im Blickpunkt: Klimavorsorge und Klimaanpassung

Unverzichtbar und vielversprechend

Klimavorsorge und Klimafolgenanpassung sind heute unverzichtbare Anliegen in der kommunalen Daseinsvorsorge. Als langfristige Zukunftsaufgaben der Stadt sind sie eng mit anderen stadtgesellschaftlichen Themen, Konzepten und Vorgängen im Bereich Stadtentwicklung verknüpft, Stichworte beispielsweise: wassersensible Stadtentwicklung, grüne und blaue Infrastruktur (siehe hierzu auch die Abschnitte „Umwelt“ und „Infrastruktur“ in dieser Broschüre). Es geht dabei auch um solche Fragen: Wie kann die kommunale Klimavorsorge am besten zur Nachhaltigkeit in der Stadtentwicklung und zur „Stadt der Zukunft“ beitragen? Wie lassen sich Anwendungen, Dienstleistungen und Infrastrukturen der „Smart City“ oder von kommunalen Digitalisierungsvorhaben für die Klimavorsorge nutzen?

Klar ist: Die große Bandbreite möglicher Klimafolgen vor Ort macht es nötig, immer mehrere kommunale Dienststellen und auch Akteure außerhalb der Verwaltung zu beteiligen, um tragfähige Anpassungslösungen zu erarbeiten und umzusetzen. Das Difu bearbeitet das Thema Klimafolgenanpassung in mehreren Forschungsprojekten (mehr dazu im Abschnitt „Umwelt“). Die Erkenntnisse daraus gibt das Institut, unterschiedlich aufbereitet, weiter, beispielsweise als Broschüre „Praxisratgeber Klimagerechtes Bauen“ für Bauherren und Architekten oder auch im Rahmen von Difu-Fortbildungsveranstaltungen wie „Vielfalt in der Grünflächen- und Freiraumentwicklung – Urbanes Grün mit neuen Akteuren und Konzepten“ und „Klimaanpassung bauen und sanieren – Kommunen informieren ihre Bürgerschaft“.

Für das Difu ganz zentral: der Nutzen für die kommunale Praxis

Im Verbundvorhaben „Klimamodelle für die Praxis (KliMoPrax)“ erarbeitet das Difu ein neuartiges, frei verfügbares und einfach zu bedienendes Stadtklimamodell und testet es vor Ort in mehreren „Pilotkommunen“ in ganz Deutschland. Das neue Modell soll künftig in der Lage sein, stadtklimatische Folgen wie Hitze, Strahlung und „Luftchemie“ mit höherer Genauigkeit und Detailschärfe als bisher für eine ganze Großstadt zu „berechnen“ und u.a. auch die Abschätzung möglicher Klimafolgen vor Ort in 30 oder 50 Jahren zu unterstützen.

Überflutungsvorsorge und Starkregenmanagement als kommunale Gemeinschaftsaufgaben erfordern es, ganz unterschiedliche Akteure zu beteiligen. Mit dem Ziel, die entsprechenden Planungs- und Verwaltungsvorgänge zu optimieren, führt das Difu, gefördert von der Deutschen

Bundesstiftung Umwelt (DBU), derzeit das Projekt „Kommunale Überflutungsvorsorge – Planer im Dialog“ durch. Auch hier hat das Difu die kommunale Praxis mit „ins Boot“ geholt: Dabei sind die Städte Bonn, Dresden, Hagen, Hannover, Jena, Kaiserslautern, Kiel, Köln, Ludwigshafen, Lübeck, Magdeburg, Nürnberg, Oldenburg, Solingen und Stuttgart.

Ganz wesentlich um das Verfügbarmachen von Know-how für die kommunale Praxis ging es auch bei einem weiteren, mittlerweile abgeschlossenen Projekt mit Difu-Beteiligung, sein Kurztitel: „Plan4Change“. Dahinter verbergen sich „Neue Wege zu einer klimaangepassten Stadtplanung am Beispiel des Modellgebietes ‚Quartier Feldmark‘“, so der komplette Projektname. Der Leitgedanke hier: Obwohl entsprechende Konzepte und Internet-Tools für die regionale und lokale Ebene vorliegen, scheitern das Planen und Umsetzen der Anpassungsmaßnahmen häufig im Planungsalltag. Genau an dieser Stelle des Übergangs von der „Theorie“ in die Praxis setzte das Pilotprojekt an. Den Ausgangspunkt bildete das Bochumer Klimaanpassungskonzept. Dessen Umsetzung im Bochumer Quartier Feldmark begleiteten und unterstützten das Difu und die Universität Bochum drei Jahre lang, in enger Zusammenarbeit mit den Planerinnen und Planern der Stadt Bochum sowie weiteren Akteuren. Ein wesentliches Produkt von „Plan4Change“ ist ein praxistauglicher Leitfaden für die Stadtplanung (siehe <https://difu.de/11678>). Er macht die Erkenntnisse und Erfahrungen aus Bochum auch für andere Städte und Stadtteile nutzbar.

Eine englischsprachige Kurzfassung finden Sie [hier](#).



Forschungsbereiche (von oben nach unten): Stadtentwicklung, Recht und Soziales (FB 1) | Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen (FB 2) | Mobilität (FB 3) | Umwelt, Bereich Berlin (FB 4) | Umwelt, Bereich Köln (FB 4)

B Forschung und Praxis

Querschnittsthema: Zuwanderung und Integration von Geflüchteten in Kommunen

Die Integration der neu Zugewanderten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie erfordert es, unterschiedliche Akteure auf den Ebenen Bund, Länder und Kommunen zu beteiligen. Praktisch gelebt wird sie in Städten und Gemeinden. Integrationsleistungen erbringen nicht allein (öffentliche) Institutionen, sondern immer und vor allem die Menschen, die in einer Stadt leben, arbeiten und kommunizieren. Integration ist damit auf die wechselseitige Befähigung zum gesellschaftlichen Miteinander in der Stadtgesellschaft angewiesen und setzt die Integrationsbereitschaft vieler, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, voraus.

Um aktuellen Fragen der Zuwanderung und Integration nachzugehen, startete das Difu mehrere Forschungsprojekte. Sie zeichnen sich durch Praxisorientierung und den direkten Austausch mit Verantwortlichen in den Kommunen aus. Das Difu versteht sich dabei als Mittler, um auf der Grundlage von Erkenntnissen kommunaler „Best-Practice-Ansätze“ Anstöße für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Fragen von Zuwanderung und Integration zu liefern. Das Difu ist auch Begleiter integrationspolitischer (Neu-)Ausrichtungsprozesse in Städten und Gemeinden. Dabei kooperiert es mit anderen Forschungseinrichtungen, mit Stiftungen und Institutionen aus der Zivilgesellschaft.

Difu-interner Dialog und Kooperation

Angesichts der Herausforderungen für die Kommunen richtete das Difu 2016 eine Koordinierungsstelle zum Thema Flüchtlinge ein. Sie dient der internen Vernetzung wie auch der größeren Sichtbarkeit der Difu-Aktivitäten zum Thema nach außen; ihre Aufgaben: Projekte im Themenfeld Migration und Integration zusammenführen, Realisierbarkeit und Umsetzungsstand difu-interner Projektüberlegungen zum Thema dokumentieren, den institutsweiten Austausch mittels einer institutseigenen Steuerungsgruppe organisieren sowie weitergehenden Forschungsbedarf ermitteln. Aus der Arbeit der Difu-Steuerungsgruppe heraus ist z.B. die Publikation „Zuwanderung und Integration von Geflüchteten in Kommunen“ entstanden. Der Sammelband zeigt u.a.: Integration bedarf einer andauernden politischen Selbstreflexion. In dieser muss – unter aktivem Einbezug der „Aufnehmenden“ wie der „Zugewanderten“ – immer wieder über das bestehende rechtliche, administrative und fiskalische Instrumentarium nachgedacht werden, um gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen.

Zuwanderung und Integration von Geflüchteten in Kommunen. Der lange Weg vom Ankommen zum Bleiben, hrsg. von Holger Floeting, Gudrun Kirchhoff, Henrik Scheller und Jessica Schneider, 220 S., Berlin, Januar 2018 (Difu-Impulse, 1/2018)



Kommunale Steuerung und Koordination

Viele Kommunen haben kurzfristig neue Strukturen, etwa Lenkungsgruppen und ressortübergreifende Arbeitsgruppen, geschaffen, die dabei helfen, die Anforderungen in Zusammenhang mit der hohen Zahl Zugewanderter organisatorisch zu bewältigen. Um neue Verwaltungsabläufe und Koordinationsbemühungen fest zu institutionalisieren, müssen die Städte ihre integrationspolitischen Handlungskonzepte, die Zuständigkeiten für Migration und Integration, das Verhältnis zwischen Haupt- und Ehrenamt und ihre Kommunikationsstrategien überdenken und weiterentwickeln. Dabei sind die Ebene der Gesamtstadt wie auch die des Quartiers zu berücksichtigen. Um hier Anregungen zu geben und den Erfahrungsaustausch der Kommunen zu ermöglichen, bot das Difu 2016 und 2017 mehrere Veranstaltungen an.

Veranstaltungen (Auswahl)

- Seminar „Geflüchtete und Quartiersentwicklung in der Sozialen Stadt“, 04.–05. Mai 2017
- Seminar: „Integration neu denken, aber wie? Willkommenskultur und deren Gestaltung in Stadt und Umland“, 17.–18. Oktober 2016
- Brennpunktseminar: „Bundesweiter Erfahrungsaustausch zur Umsetzung des § 42 a SGB VIII: Vorläufige Inobhutnahme ausländischer Kinder und Jugendlicher nach unbegleiteter Einreise“, 09.–10. Mai 2016
- Darüber hinaus führte die Difu-Koordinierungsstelle eine Fachgesprächsreihe mit Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis unter dem Titel „Flüchtlinge im Fokus – neue Herausforderungen für die Kommunen“ durch.

Als internetbasiertes Informationsangebot für die Kommunen bietet das Difu den Online-Wegweiser „Flüchtlinge und Asylsuchende in Kommunen“ an. Er wird fortlaufend aktualisiert und bietet zahlreiche Links, etwa für einen schnellen Überblick, sowie vertiefende Informationen zu allen Themen rund um die Integration von Geflüchteten.

Integration vor Ort

Das Difu startete gemeinsam mit dem vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. das Forschungsprojekt „Geflüchtete in der ‚Sozialen Stadt‘“. Dabei ging es um Möglichkeiten, den Quartiersentwicklungsansatz „Soziale Stadt“ zu einer Strategie für die Integration von Flüchtlingen im Quartier weiterzuentwickeln. Hierzu wurden Experteninterviews und Workshops mit Vertreterinnen und Vertretern kommunaler Spitzenverbände, aus Kommunalverwaltungen von Klein-, Mittel- und Großstädten, Quartiermanagements, zivilgesellschaftlichen Organisationen (z.B. Migrantenselbsthilforganisationen) sowie Akteuren der Wohnungswirtschaft durchgeführt. Das Projekt erarbeitete Orientierungswissen für kommunale und wohnungswirtschaftliche Akteure und veröffentlichte seine Erkenntnisse und Empfehlungen in der vhw-Schriftenreihe.

Potenziale der Weiterentwicklung des Quartiersansatzes Soziale Stadt im Kontext der Fluchtmigration. Von Thomas Franke, Olaf Schnur und Patrick Senkel, vhw-Schriftenreihe, Nr. 6/2017, <https://difu.de/11395>
<https://www.vhw.de/publikationen/vhw-schriftenreihe>



Um Fragen der Integration von Zugewanderten in kleineren Städten des ländlichen Raums zu beleuchten, brachte das Difu 2015 das dreijährige Forschungs-Praxis-Projekt „Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe“ auf den Weg, Laufzeit: bis Juni 2018. Gefördert wird es aus dem Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der EU, vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration; weitere Kooperationspartner sind der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie das für Stadtentwicklung zuständige Bundesministerium. Das Projektinteresse gilt Klein- und Mittelstädten im eher ländlich geprägten Raum, deren Innenstädte Funktionsverluste und einen vergleichsweise hohen Zuwandereranteil aufweisen. Ziel des Vorhabens: durch eine auf die Potenziale der Zuwanderer ausgerichtete Migrations- und Integrationspolitik die sozialräumliche Integration in den innerstädtischen Wohnbereichen zu verbessern und die gesellschaftliche Teilhabe der Migrantinnen und Migranten zu stärken. Das Projekt will den Blick auf die Zusammenhänge von Stadtentwicklung, Wohnen und

Integration öffnen, stadtentwicklungs- und integrationspolitische Handlungsansätze enger verzahnen. Im Zusammenspiel von baulich-infrastrukturellen und sozial-integrativen Maßnahmen werden positive Impulse für das Zusammenleben und die Stadtentwicklung erwartet. Praxispartner des Projekts sind neun Kommunen aus neun Bundesländern: Gernersheim, Goslar, Ilmenau, Michelstadt, Mühlacker, Saarlouis, Steinfurt, Weißenfels und Zittau.

Informationen zum Projekt:

<https://www.vielfalt-in-stadt-und-land.de>



Weitere Projekte zum Thema Flüchtlinge und Integration (Auswahl)

- Projekt „Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen“, in Kooperation mit der Maecenata Stiftung, Förderer: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, beteiligte Untersuchungsstädte: Berlin, Mannheim und Starnberg, Laufzeit: 2016
- Kommunaler Ideenwettbewerb „Zusammenleben Hand in Hand – Kommunen gestalten“, Auftraggeber: Bundesministerium des Innern, Laufzeit: 2017–2018
- Projekt „Offene Stadt: Theorien, Perspektiven, Instrumente“, Auftraggeber: Robert-Bosch-Stiftung, Laufzeit: 2017–2020
- Projekt „Zusammenhalt braucht Räume – integratives Wohnen mit Zuwanderern“, in Kooperation mit der Universität Stuttgart, Förderer: Bundesministerium für Bildung und Forschung, Projektpartner: Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung (SRL), wohnbund e.V., Laufzeit: 2017–2020
- Projekt „Sicherheit und Vielfalt in Kommunen (DiverCity)“, Auftraggeber: Bundesministerium für Bildung und Forschung, Kooperationspartner: Landeskriminalamt Niedersachsen/Bremen, Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Niedersachsen/Bremen, Polizei Bremen, Polizeiinspektion Braunschweig, Niedersächsischer Städtetag, Stadt Braunschweig, GeWoBa Aktiengesellschaft Bremen, Wiederaufbau Braunschweig, Nibelungen Wohnbau GmbH Braunschweig, Laufzeit: 2018–2020

Sozialer Zusammenhalt – Bevölkerung

Beteiligung

Bürgerbeteiligung „plus“: Kommunale Beteiligungskulturen etablieren

Bürgerbeteiligung boomt – in der (fach-)öffentlichen Diskussion wie auch ganz praktisch beim Umsetzen von Beteiligungsprojekten. Nicht immer wird dabei unter Bürgerbeteiligung dasselbe verstanden. Die einen interpretieren sie als bürgerschaftliches Engagement, andere fassen neue Formen lokaler Demokratie darunter und wieder andere konzentrieren sich auf Beteiligungsangebote im Rahmen konkreter Planungsverfahren. Eines ist allen diesen Ansätzen gemeinsam: Es geht um transparente, frühzeitige und verbindliche Formen des Mitwirkens an und Mitgestaltens von städtischen und regionalen Vorhaben.

Die gegenwärtige „Beteiligungswelle“ ist keineswegs Ausdruck der Auseinandersetzung mit einem neuen Thema. Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung wird seit Jahrzehnten praktiziert; sie ist erprobt, routiniert eingeführt und gehört vielerorts zum Handwerkszeug einer guten Stadtentwicklung.

Trotz allen guten Erfahrungen – Bürgerbeteiligung steht immer wieder im Kreuzfeuer (fach-)öffentlicher Kritik. Unzureichende Informationen, fehlende Transparenz, unkoordiniertes Nebeneinander, reine Lippenbekenntnisse und unpassende Zeitvorläufe sind nur einige der immer wieder genannten Kritikpunkte. Gefordert werden veränderte Formen und neue Qualitäten von Bürgerbeteiligung und vor allem eine erhöhte Transparenz in der Planung. Letztere soll Zuständigkeiten offenlegen, Rollen definie-

ren, Mitwirkung ermöglichen und insgesamt mit einer veränderten Haltung und verbesserten Kommunikation einhergehen. Immer mehr Kommunen greifen diese ernst zu nehmende Kritik auf und begeben sich auf einen neuen Weg des Miteinanders von (Kommunal-)Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft. Es geht, die „klassische“ projektbezogene Bürgerbeteiligung weiterentwickelnd, um Aufbau, Qualifizierung und Etablierung kommunaler Beteiligungskulturen. Diese stehen dabei für einen integrierten und übergreifenden Weg des Mitwirkens und Mitgestaltens. Kommunale Beteiligungskultur ist also weitaus mehr als eine zusätzliche Methode.

Das Difu begleitet und untersucht mit unterschiedlichen Herangehensweisen, Zielen und Formaten eine Reihe von Beteiligungsansätzen und -verfahren.

Experimente wagen: Was bringen neue Beteiligungsansätze?

Was bringt's? Das Potsdamer Modellprojekt „Strukturierte Bürgerbeteiligung“ aus Sicht der begleitenden Evaluation. Von Stephanie Bock und Bettina Reimann.
In: [eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 02/2016](#)
vom 15.07.2016



Im Rahmen einer prozessbegleitenden Evaluation untersuchte das Difu im Auftrag der Stadt Potsdam das auf drei Jahre angelegte Modellprojekt „Strukturierte Bürgerbeteiligung“. Dieses setzte sich aus der „WerkStadt für Beteiligung“, bestehend aus einem internen (Stadtverwaltung) und einem externen Teil (freier Träger), sowie dem Beteiligungsrat zusammen. Ein breites Methoden-

Der Begriff Bürgerbeteiligung

Die Begriffe Bürgerbeteiligung und Partizipation werden in der Regel synonym verwendet. Der Begriff Partizipation leitet sich ab vom lateinischen Wort *participare* = teilnehmen, teilhaben. Er wird mit Beteiligung, Teilhabe, Teilnahme, Mitwirkung, Mitbestimmung und Einbeziehung übersetzt.

Bürgerbeteiligung bezeichnet die Beteiligung („Partizipation“) der Bürgerschaft an politischen Entscheidungen, beschränkt sich aber nicht auf politische Teilhabe (z.B. in Form von Wahlen). Partizipation wird beispielsweise im Rahmen stadtteilbezogener oder gesamtstädtischer Planungs- und Entscheidungsprozesse initiiert und durchgeführt. Nach dem Praxishandbuch „Partizipation“ des Magistrats der Stadt Wien (2012) umfasst Bürgerbeteiligung die Möglichkeit aller betroffenen und/oder interessierten Bürgerinnen und Bürger, ihre Interessen und Anliegen bei öffentlichen Vorhaben zu vertreten und einzubringen mit dem Ziel, Entscheidungen zu beeinflussen. Damit basiert erstgenannte Partizipation auf einem partnerschaftlichen Verhältnis und der Bereitschaft, Macht abzugeben.

Mit Blick auf Reichweite und Tiefe von Bürgerbeteiligung werden verschiedene Stufen unterschieden: Information, Konsultation, Kooperation/Mitbestimmung und Entscheidung.

Quellen und Links:

<http://kommunalwiki.boell.de/index.php/Bürgerbeteiligung>

http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/partizipation/download/Handbuch_Partizipation.pdf

<https://www.mitarbeit.de>

http://www.partizipation.at/handbuecher_leitfaeden.html

<https://difu.de/8088>

<https://difu.de/8484>

spektrum kam zum Einsatz, um Ziele und Wirkungen der Bausteine des Modellprojekts zu überprüfen. Die Evaluation stieß eine intensive Reflexion vor Ort an und trug so zur laufenden Optimierung des Vorgehens bei.

Konflikte aushalten: Zu welchen Ergebnissen führen Trialoge?

Seit 2014 hat die Stadt Köln ihre Bemühungen intensiviert, die kommunale Beteiligungskultur weiterzuentwickeln. 2015 fasste der Rat der Stadt den Beschluss, Leitlinien und Regeln für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in Köln (Leitlinienprozess) zu erarbeiten, und beauftragte die Verwaltung mit der Umsetzung. Auf Erfahrungswerten aufbauen konnte Köln hierbei nur bedingt – denn bislang hat sich keine vergleichbare Stadt dieser Herausforderung gestellt. Der Leitlinienprozess der Stadt Köln ist zweistufig angelegt. Stufe I umfasste die Konzeptionsphase, die das Difu wissenschaftlich begleitete. Neben der fachlichen Beratung übernahm das Difu über ein Jahr die Moderation des trialogisch besetzten Konzeptionsgremiums (Verwaltung, Politik, Bürgerschaft). Im Ergebnis entstand ein Eckpunktepapier zur Entwicklung von Leitlinien in Köln.



Weitere Informationen:

<http://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/mitwirkung/leitlinien-buergerbeteiligung/>

Im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) analysierte das Difu 20 ausgewählte Teilnahmeverfahren zu umweltbezogenen Vorhaben und vertiefte die Analyse in fünf Fallstudien. Es zeigte sich: Eine tragfähige Kommunikation zwischen den verschiedenen Akteuren ist der Schlüssel für das Gelingen von Öffentlichkeitsbeteiligung. Dies ist nicht selbstverständlich, sondern Ergebnis umfassender Bemühungen und engagierter Arbeit – letztlich ein Lernprozess für alle Beteiligten. Die dabei gewonnenen guten und weniger guten Erfahrungen mit Öffentlichkeitsbeteiligung bilden den Ausgangspunkt für „drei mal drei Botschaften“. Diese fassen die abschließenden Empfehlungen zusammen und richten sich an private und öffentliche Vorhabenträger, Genehmigungsbehörden und Kommunen.



Weitere Informationen: www.bmu.de/N53932

Beteiligungsverfahren bei umweltrelevanten Vorhaben. Abschlussbericht. Von Stephanie Bock und Bettina Reimann. UBA TEXTE 37/2017, Dessau-Roßlau 2017



Das 3 x 3 einer guten Öffentlichkeitsbeteiligung bei Großprojekten. Status quo und Perspektiven. Von Stephanie Bock und Bettina Reimann. In: eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 01/2017 vom 06.04.2017, <http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de>



Partizipativ forschen für gesunde Kommunen

Der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Programms „Präventionsforschung“ geförderte Forschungsverbund PartKommPlus untersucht seit 2015, wie integrierte kommunale Strategien zur Gesundheitsförderung – unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung und Krankenkassen – erfolgreich entwickelt und umgesetzt werden können. Die Partizipation richtet sich hierbei auf die Forschung selbst.

Voneinander lernen: Kommunale Erfahrungswelten im Austausch

Seit 2014 gibt es einen regional verankerten Erfahrungsaustausch „Kommunale Beteiligungskultur“. Konzipiert als Seminarreihe in Kooperation mit einer jeweils wechselnden Kommune finden zweitägige Fachseminare mit verschiedenen Themenschwerpunkten statt – 2016 in Potsdam und 2017 in Heidelberg.

Weitere Informationen: <https://difu.de/veranstaltungen>



Weitere Literatur (Auswahl)

- Erfolgsbedingungen kommunaler Bürgerbeteiligung: Perspektiven, Chancen und Fallstricke in der Praxis. Von Stephanie Bock. In: Hartmut Bauer, Christiane Büchner und Lydia Hajasch (Hrsg.): Partizipation in der Bürgerkommune, KWI Schriften 10, Potsdam 2017, S. 103–116
- Kommunale Beteiligungskultur auf dem Prüfstand: Von Inseln der Beteiligung zu einer integrierten Beteiligungskultur. Von Stephanie Bock. In: Sascha Ferz, Hanna Salicites und Stefan Storr (Hrsg.): Mediation und BürgerInnenbeteiligung. Konsensorientierte Verfahren im urbanen Bereich, Wien 2015, S. 103–113
- Auf dem Weg zu einer kommunalen Beteiligungskultur: Bausteine, Merkposten und Prüffragen. Anregungen für Kommunalverwaltungen und kommunale Politik. Von Stephanie Bock, Bettina Reimann, Klaus J. Beckmann, Berlin 2013
- Auf dem Weg, nicht am Ziel. Aktuelle Formen der Bürgerbeteiligung – Ergebnisse einer Kommunalbefragung. Von Detlef Landua, Klaus J. Beckmann, Stephanie Bock, Bettina Reimann, Difu-Paper, Berlin 2012
- Kommunale Beteiligungskultur als Baustein für eine verbindliche Bürgerbeteiligung. Konsequenzen für die lernende Verwaltung. Von Bettina Reimann. In: eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 4/2012 vom 12.12.2012

Weitere Literatur (Auswahl)

- Neue Qualitäten der Bürgerbeteiligung oder alter Wein in neuen Schläuchen? Von Stephanie Bock, Bettina Reimann. In: Klaus J. Beckmann (Hrsg.): Bürgerbeteiligung in Kommunen. Anmerkungen aus der Stadtforschung zu einer aktuellen Herausforderung, Difu-Impulse 3/2012, Berlin 2012, S. 13–18
- Wie sich Partizipation durch (Begleit-)Forschung aktivieren und fördern lässt – Ein Beispiel aus dem Bereich Gesundheitsförderung. Von Christa Böhme, Bettina Reimann. In: Klaus J. Beckmann (Hrsg.): Bürgerbeteiligung in Kommunen. Anmerkungen aus der Stadtforschung zu einer aktuellen Herausforderung, Difu-Sonderveröffentlichung, Berlin 2011, S. 65–69
- Evaluierung der Partizipation im Rahmen der Berliner Quartiersverfahren. Gutachten unter besonderer Berücksichtigung der Berlinerinnen und Berliner mit migrantischer Herkunft. Gutachten im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Von Heike Hanhörster, Bettina Reimann, Berlin 2007, <https://difu.de/3225>

Umweltgerechtigkeit

Chancengleichheit bei Umwelt und Gesundheit?

Wer kennt sie nicht, die Wohnlagen an lauten Hauptverkehrsstraßen mit hoher Feinstaubbelastung und wenig Grün vor der Haustür? Wohnen möchte hier kaum einer. In schrumpfenden Städten stehen diese Wohnungen häufig leer. In wachsenden Städten mit angespanntem Wohnungsmarkt finden auch sie ihre Nachfrager. Oft sind dies Haushalte mit geringem Einkommen, die sich Wohnungen in besseren Lagen nicht leisten können.

Mehrere Untersuchungen belegen den räumlichen Zusammenhang von niedrigem Sozialstatus und höheren Umweltbeeinträchtigungen wie Lärm, Luftschadstoffe, mangelnde Ausstattung mit Grün- und Freiflächen, bioklimatische Belastungen. Nicht selten sind hiervon ganze Quartiere betroffen. Gleichzeitig zeigen Untersuchungen: Menschen mit niedrigem Einkommen und Sozialstatus sind tendenziell stärker durch negative Umwelteinflüsse

se gesundheitlich beeinträchtigt (u.a. Herzkreislauf- und Atemwegserkrankungen, Schlafstörungen).

Soziale Lage, Umwelt und Gesundheit räumlich zusammendenken

Der räumliche Zusammenhang von niedrigem Sozialstatus, geringer Umweltqualität und höheren Gesundheitsrisiken legt es nahe: Die Schnittstellen von Stadtentwicklungs-, Sozial-, Umwelt- und Gesundheitspolitik sind unter dem Gesichtspunkt der Umweltgerechtigkeit stärker als bisher in den Blick zu nehmen. Umweltgerechtigkeit zielt darauf ab, die sozialräumliche Konzentration gesundheitsbezogener Umweltbelastungen (u.a. Lärm, Luftbelastungen) abzubauen oder zu vermeiden sowie den Zugang zu Umweltressourcen (u.a. Grün) sozialräumlich gerecht zu gestalten.

Handlungsempfehlungen in der kommunalen Praxis erproben

In der kommunalen Praxis ist das Thema bislang kaum „angekommen“; Strategien und Maßnahmen für mehr Umweltgerechtigkeit fehlen oftmals. Das Difu hatte daher in dem vom Umweltbundesamt (UBA) geförderten Forschungsvorhaben „Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum“ (2012–2014) Handlungsempfehlungen erarbeitet, wie sich ein strategischer Ansatz zur Schaffung von Umweltgerechtigkeit in der kommunalen Praxis verankern lässt. Im neuen Projekt „Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen“ (2015–2018) – ebenfalls UBA-gefördert – werden diese Handlungsempfehlungen in Kassel, Marburg und München auf ihre Eignung im kommunalen Handeln überprüft. Unterstützt durch das Difu setzen die Pilotkommunen von Mai 2016 bis März 2018 zentrale Elemente des strategischen Ansatzes zur Umweltgerechtigkeit um. Dabei wirken die Verwaltungseinheiten mit, die in diesen Städten für die Bereiche Umwelt/Grün, Stadtentwicklung/Stadtplanung, Verkehr und Gesundheit/Soziales zuständig sind.

Der Begriff Umweltgerechtigkeit

Umweltgerechtigkeit ist als ein „normatives Leitbild“ zu verstehen. Es ist darauf ausgerichtet, die sozialräumliche Konzentration gesundheitsbezogener Umweltbelastungen zu vermeiden und abzubauen sowie einen sozialräumlich gerechten Zugang zu Umweltressourcen zu gewährleisten. Umweltgerechtigkeit verfolgt auf diese Weise das Ziel, sozialraumbezogen gesundheitliche Beeinträchtigungen zu vermeiden und zu beseitigen sowie bestmögliche umweltbezogene Gesundheitschancen herzustellen.

Insbesondere drei Aspekte von Umweltgerechtigkeit können unterschieden werden:

- Verteilungsgerechtigkeit: gerechte und angemessene Verteilung von Umweltbelastungen, aber auch von Umweltressourcen,
- Zugangsgerechtigkeit: gleichberechtigter Zugang zu Umweltressourcen,
- Verfahrensgerechtigkeit: gleiche Beteiligungsmöglichkeiten für alle unmittelbar von umweltbezogenen Interventionen Betroffenen an Informations-, Planungs-, Anhörungs- und Entscheidungsprozessen.

Vom Begriff Umweltgerechtigkeit ist das Adjektiv „umweltgerecht“ zu unterscheiden. Dieses wird vor allem im Bereich Umweltschutz verwendet und bezieht sich auf menschliche Handlungs- und Produktionsweisen sowie deren Wirkungen auf die Umweltmedien Boden, Wasser, Luft/Klima.

Online-Toolbox und Bilanzveranstaltung geplant

Aus den Erfahrungen in den drei Pilotkommunen leitet das Difu übertragbare Erkenntnisse für ein systematisches Vorgehen zur Umsetzung von Umweltgerechtigkeit in Kommunalpolitik und -verwaltung ab. Diese werden in eine Online-Toolbox „Umweltgerechtigkeit vor Ort“ einfließen. Interessierte Kommunen werden hier unter anderem Umsetzungstipps, Checklisten und Praxisbeispiele finden. Im Rahmen einer Bilanzveranstaltung im Sommer 2018 können sich interessierte Kommunen und die Fachöffentlichkeit über die Projektergebnisse informieren.



Weitere Informationen:

[Schaffung von mehr Umweltgerechtigkeit: Handlungsempfehlungen für Kommunen](#)

Gestaltung von inklusiver Kinder- und Jugendhilfe

Warten auf die „Große Lösung“?

Seit Einführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes 1990 wird über die „Große Lösung“ diskutiert, d.h. darüber, ob und wie es gelingen kann, Kinder und Jugendliche mit Behinderungen in das Sozialgesetzbuch (SGB) VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) „einzugliedern“. Auch heute noch sind Kinder- und Jugendhilfe sowie Eingliederungshilfe/Behindertenhilfe getrennte „Welten“, die es zu verbinden gilt. Die entsprechende Debatte ist die größte Reformdiskussion in der Jugendhilfe seit Einführung des SGB VIII. Sie stellt einen „Paradigmenwechsel“ mit Inklusion als zukünftigem Handlungsprinzip dar. Viele Stellungnahmen und Veranstaltungen gab es hierzu, und auch die Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe (AGFJ) im Difu bot im Rahmen dieser fachpolitischen Debatte (leitenden) Fachkräften in der Kinder- und Jugendhilfe eine Diskussionsplattform.

Auch behinderte Kinder und Jugendliche sind in erster Linie Kinder

Wichtige Meilensteine auf dem Weg zur „Großen Lösung“ waren die Ratifizierung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung, die Kinder- und Jugendberichte der Bundesregierung sowie die Reform der Eingliederungshilfe und deren Neuregelung im Bundesteilhabegesetz. „Daneben“ hat sich die Praxis – insbesondere im Kita- und Schulbereich – weiterentwickelt. Auch viele Projekte zeigen es: Die Jugendhilfe arbeitet eng mit Professionen wie der Kinder- und Jugendpsychiatrie zusammen und hat reichlich Erfahrungen im Schnittstellenmanagement gesammelt. Deutlich wurde aber auch, dass ein Zusammenwachsen zweier Systeme viel Zeit erfordert: um damit verbundene Erwartungen und Herausforderungen zu diskutieren und vorhandene

Strukturen und Verfahrensabläufe zu verstehen, um gemeinsam etwas Neues daraus entstehen zu lassen. Dafür brauchte es nun einen neuen Auftrag der Bundesregierung.

Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis“ im Difu eingerichtet

Damit tatsächlich „Leistungen aus einer Hand“ für betroffene Familien möglich werden, sind noch viele Fragen zu klären. Hierzu trägt das Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis. Inklusive Kinder- und Jugendhilfe aktiv miteinander gestalten“ (2017 bis 2020) im Difu mit Expertengesprächen und Plattformen für Erfahrungsaustausch bei. Der Auftrag dieses vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) geförderten Dialogforums ist vielfältig: Unterstützung eines engen Austauschs zwischen Bund und Kommunen über die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe, über die Reform des SGB VIII und die Etablierung einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe; Diskussion offener Fragen der Umsetzung und erster Erfahrungswerte aus der Praxis; Reflexion geplanter Gesetzesänderungen. Voraussetzung für das Gelingen des Dialogforums ist eine fortlaufend geführte transparente Diskussion von BMFSFJ und allen beteiligten Akteursgruppen. Unabdingbar hierfür: zu wissen, wie „vor Ort“ gedacht wird und was dort passiert – damit die Jugendhilfe eine gesetzliche Rahmung erhalten kann, um die „Große Lösung“ als einen Baustein von Inklusion mit Leben zu erfüllen.

Weitere Informationen hierzu:

www.jugendhilfe-inklusive.de



Weitere Projekte (Auswahl):

- Kommunalen Ideenwettbewerb „Zusammenleben Hand in Hand – Kommunen gestalten“. Im Auftrag des Bundesministeriums des Innern (BMI), <https://difu.de/11089>
- Möglichkeiten der verstärkten Nutzung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit in Programmen wie der „Sozialen Stadt“. Im Auftrag des Umweltbundesamts, <https://difu.de/10311>
- Zusammenhalt braucht Räume – integratives Wohnen mit Zuwanderern. Gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in Kooperation mit der Universität Stuttgart, <https://difu.de/11576>
- Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation „Planungsdialog EnLAG No. 16“. Im Auftrag der Amprion GmbH, <https://difu.de/11644>

Wohnen

Nachhaltige Sicherung der sozialen Wohnraumversorgung

Es wird zu wenig gebaut in Deutschland!? Absolut gesehen gibt es ausreichend Wohnraum. Es vertieft sich aber eine regionale Diskrepanz: In vielen schrumpfenden Regionen stehen Wohnungen leer, während in Großstädten und Ballungsräumen die Schere zwischen Nachfrage und Angebot von Wohnungen weiter auseinander geht. Dieser Nachfrageüberhang führt zu enormen Preissteigerungen auf den Miet- und Eigentumsmärkten – zumal die meisten neugebauten Wohnungen nicht im „bezahlbaren“ Segment liegen. Die seit Jahren rückläufigen Bestände des Sozialen Wohnungsbaus können die Effekte der Preissteigerungen kaum abfedern. So sehen sich inzwischen auch Besserverdienende mit der „Schließung“ von Wohnungsmärkten, gerade in innerstädtischen Lagen, konfrontiert. Im Ergebnis deutet sich eine neue Suburbanisierungswelle an – gespeist nicht etwa aus einer Vorliebe für das „Landleben“. Vielmehr werden alle, die sich die teuren Stadtwohnungen nicht mehr leisten können, an den Stadtrand oder ins Umland gedrängt.

Es wird nicht nur zu wenig gebaut, sondern oft genug auch das „Falsche“ und/oder zu teuer. Im Rahmen der Ursachenforschung werden für Letzteres meist gestiegene Baustandards verantwortlich gemacht – Auflagen bei Klima-, Brand- und Lärmschutz. Ein weiterer Engpass wurde beim Baulandangebot ausgemacht und zum Teil dem Vorrang der Innenentwicklung angelastet. Die in vielen Märkten spekulativ getriebene Bodenpreisentwicklung erhöht einerseits den Endpreis der Wohnungen. Andererseits ist es gerade gemeinwohlorientierten Akteuren meist nicht möglich, zu diesen Konditionen Bauland zu erwerben und Wohnungen zu bauen. Darüber hinaus hatten diese klassischen Bestandshalter sich seit Jahren aus dem Neubau zurückgezogen und mit der Zeit an entsprechendem Know-how und Kompetenzen eingebüßt. Ähnliches galt für viele Kommunen: Ihre Planungsabteilungen, Wohnungs- und Liegenschaftsämter bedurften eines strategischen Neustarts. Ein weiterer Faktor ist die Wohnraumförderpolitik von Bund und Ländern. Im Zuge der Föderalismusreform 2006 ging die Aufgabe an die Länder über; der Bund leistet lediglich bis 2019 noch jährliche Kompensationszahlungen. Die Konditionen und Perspektiven der Wohnraumförderung leiden zum einen am fehlenden Anreiz niedriger Zinsen. Zum anderen gab es in den zurückliegenden Jahren eine Reihe von Kurswechseln, so dass es diesem Instrument derzeit an Stabilität fehlt. Zudem reicht das Volumen der Fördermittel nicht aus, vergleichbare Effekte wie zu Hochzeiten des Sozialen Wohnungsbaus in den 1950er- bis 1970er-Jahren auszulösen.

Neue Anforderungen an die Wohnungs- und Bodenpolitik

Wohnungspolitik neu positionieren! Plädoyer von vhw und Difu für eine soziale und resiliente Wohnungspolitik, 2016, <https://difu.de/10761>



Sozial gerechte Wohnraumversorgung erfordert neue Bodenpolitik. Difu und vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung veröffentlichen „Roadmap Bodenpolitik“, 2017, Kurz- und Langfassung „Roadmap Bodenpolitik“, <https://difu.de/11556>



Insgesamt ist die heutige Situation an den Wohnungsmärkten auch der Tatsache geschuldet, dass es an einer aktiven und ganzheitlichen Wohnungspolitik in den letzten drei Jahrzehnten mangelte. Die beschriebenen Knappheiten sind keineswegs nur vorübergehender Natur – und auch nicht durch kleinere Anpassungen im Rahmen bestehender Instrumente und Programme behebbar. Das Difu hat in Zusammenarbeit mit dem vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. 2016 ein Plädoyer „Wohnungspolitik neu positionieren!“ veröffentlicht. Dieses enthält auch Vorschläge zu Wohnungsneubau, Bodenpolitik und Bodenrecht, Bestandspolitik, Finanzierungsmodellen und Wohnungspolitik als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden. 2017 rief das Difu – wiederum zusammen mit dem vhw – einen Expertenkreis ins Leben, der sich mit Zukunftsfragen der Bodenpolitik auseinandersetzte. Er stellte in einer „Roadmap Bodenpolitik“ neun Kernforderungen auf, um nachhaltigen und sozial verantwortungsvollen Umgang mit dem knappen Gut Boden zu sichern.

Neue Akteure am Wohnungsmarkt

In Kommunen mit angespannten Wohnungsmärkten richtet sich der Blick regelmäßig auf die Potenziale größerer neuer Quartiere und die Leistungsfähigkeit großer Wohnungsunternehmen und Bauträger. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich aber auch eine quirlige Szene neuer Wohnungsmarktakteure entwickelt. Sie trägt ganz wesentlich zur Qualität und Vielfalt der Wohnungsangebote bei. Zu ihr gehören neu gegründete Genossenschaften, das „Mietshäuser Syndikat“ oder auch zahllose Wohnprojekte. Immer mehr Kommunen unterstützen diese Wohnungsmarktakteure aktiv: Sie schreiben u.a. städtischen Boden im Wege der Konzeptvergabe aus und verkaufen ihn eben nicht zum Höchstpreis. Das Difu untersucht in einem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projekt, ob und wie sich mit gemeinschaftlichem Wohnen demografischen und sozialen Herausforderungen besser begegnen lässt. Kooperationspartner sind IZT – Institut für Zukunftsstu-

dien und Technologiebewertung gGmbH (Leadpartner), Plan und Praxis GbR – Ingenieurbüro für Stadt- und Regionalplanung und als Praxispartner die Landeshauptstadt Potsdam. Bisher wurde eine Kommunalbefragung durchgeführt, wurden einzelne Fallstudienstädte vertiefend betrachtet. Der Projektverbund hat das Ziel, passgenaue Strategien mit dem Praxispartner zu entwickeln, um diese neuen Formen des Wohnens und Zusammenlebens gezielt zu fördern und umzusetzen.



Weitere Informationen
https://www.izt.de/projekte/project/p_gew/

Weitere Projekte (Auswahl):

- Ausweitung des kommunalen Wohnungsbestandes durch Neubau und Ankauf als wohnungspolitische Strategie vor dem Hintergrund einer stärkeren Gemeinwohlorientierung. Untersuchung in Kooperation mit RegioKontext GmbH und im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), <https://difu.de/11693>
- Kommunale Ankaufstrategien zur Erweiterung der strategischen Flächenreserven. Studie im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, Berlin, <https://difu.de/11773>

Städtebau und Stadtentwicklung

Baukultur

Wachstum und Schrumpfung – Die Herausforderungen im Land sind unterschiedlich

Die demografische und wirtschaftliche Entwicklung der Städte weist in Deutschland – wie auch in anderen Ländern – extreme Unterschiede auf. Die Antipoden Wachstum und Schrumpfung sind nicht nur regional, sondern zum Teil auch in ein und derselben Stadt spürbar. Stark wachsende Städte sehen sich einem ausgesprochen hohen Nutzungs- und Zeitdruck gegenüber, „bezahlbaren“ Wohnraum zu schaffen. Flächenknappheit verschärft den Nutzungsdruck und die Konkurrenz unterschiedlicher Nutzungsansprüche (Gewerbe, Wohnen, Freiraum, soziale Infrastruktur usw.). Auch historisch und baukulturell bedeutsame Gebäude sind gefährdet. Solche Gefahren müssen auch angesichts dieser „Verdichtungsdynamik“ abgewendet und ein hohes Maß an Lebens- und Umweltqualität bewahrt werden. Unter dem Vorzeichen sinkender Bevölkerungszahlen gilt dies entsprechend, denn Leerstand und Verfall können sich massiv negativ auswirken. Lassen sich die Versorgungseinrichtungen aufrechterhalten? Schrumpfen die Mobilitätsangebote? Wie können leerstehende Gebäude nachgenutzt werden? Zugleich stehen alle Städte vor globalen Herausforderungen wie Klimaschutz und Klimaanpassung. Nachverdichtung genauso wie Schrumpfung qualitativ zu gestalten und dabei eine verantwortungsvolle Planungskultur sowie gestalterische Aufgaben im Neu- und Umbau nicht zu vernachlässigen – all dies ist derzeit ein besonderes Anliegen der Baukultur.

Forschung zum (Um-)Bauen im Bestand

Wie bundesweit der Spagat zwischen Wachstum und Schrumpfung gelingt, untersucht das Difu in mehreren Forschungsprojekten. Bereits in den letzten Jahren war

das Institut maßgeblich an der Erstellung der Baukulturberichte der Bundesstiftung Baukultur beteiligt. Im Baukulturbericht 2014/15 waren besonders die wachsenden Großstädte im Blick, im Baukulturbericht 2016/17 ländliche, häufig schrumpfende Räume. Der Baukulturbericht 2018/19 greift mit den Themen „Erbe. Bestand. Zukunft.“ die Herausforderungen einer qualitätsvollen Entwicklung im Bestand auf. Dabei geht es unter anderem um die baukulturelle Bedeutung des historischen Erbes sowie den ökologischen, ökonomischen und identitätsstiftenden Wert der Siedlungsbestände. Untersucht wird auch die Zukunftsfähigkeit der Städte, Quartiere und Gebäude vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Anforderungen und Trends. Mit der Evaluierung des Städtebauförderungsprogramms Städtebaulicher Denkmalschutz widmet sich das Difu der Weiterentwicklung historischer Quartiere und ihrer baukulturell wertvollen Gebäudebestände. Noch bis 2018 werden die Wirkungen der eingesetzten Städtebauförderungsmittel ermittelt, die Effekte in 30 repräsentativen Programmkommunen untersucht, Expertenmeinungen eingeholt und Rückschlüsse auf die aktuelle und künftige Programmausrichtung gezogen.

Lernen vom Bestand

Technische Innovationen, zeitgemäße Ausdrucksformen in der Gestaltung, Materialqualität, Funktionalität, Wirtschaftlichkeit, Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit, Flexibilität und Anpassungsfähigkeit – dies sind nur einige der Qualitäten, die für ein Mehr an Baukultur auf Stadt- und Gebäudeebene berücksichtigt werden müssen, wenn Städte und Quartiere wettbewerbs- und zukunftsfähig weitergebaut werden sollen. Bei der Suche nach guten baulichen Antworten auf die aktuellen Herausforderungen sind Experimente und unkonventionelle Lösungen ebenso gefragt wie Behutsamkeit und Sorgfalt im Umgang mit dem Vorhandenen. „Die Stadt der Zu-

kunft ist zu 80 % bereits da!“ Professor Heinz Nagler von der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus verweist mit dieser Feststellung zu Recht auf den hohen Stellenwert, den der Bestand für die Zukunft der Städte hat. Diesen Bestand gilt es kreativ zu nutzen für neue Ideen, Strategien und Qualitäten im aktuellen Planen und Bauen.

<p>Baukulturbericht 2016/17. Stadt und Land, Bundesstiftung Baukultur (Hrsg.), Bearb. Difu: Daniela Michalski, Prof. Martin zur Nedden, Franciska Frölich v. Bodelschwingh, Ricarda Pätzold, Wolf-Christian Strauss, Ana Shalin Stoeckermann; Planungsgruppe Stadt + Dorf, Berlin, Potsdam 2016, https://difu.de/10968 https://www.bundesstiftung-baukultur.de</p>	
--	---

<p>Baukulturbericht 2014/15. Gebaute Lebensräume der Zukunft – Fokus Stadt, Bundesstiftung Baukultur (Hrsg.), Bearb. Difu: Daniela Michalski, Wolf-Christian Strauss, Arno Bunzel, Bearb. TU Berlin: Jan Abt, Andreas Brück, Angela Million, Potsdam 2014, https://difu.de/9632 https://www.bundesstiftung-baukultur.de</p>	
--	---

<p>Baukulturbarometer 2014/15. Gebaute Lebensräume der Zukunft – Fokus Stadt, hrsg. von der Bundesstiftung Baukultur, Bearb. Difu: Daniela Michalski, Potsdam 2014, https://difu.de/9632 https://www.bundesstiftung-baukultur.de</p>	
---	--



Die wichtigsten Handlungsempfehlungen und Kernbotschaften für mehr Baukultur:
<https://www.bundesstiftung-baukultur.de/fazit>
<https://www.bundesstiftung-baukultur.de/baukulturbericht/fazit>

Dichte, Mischung, Qualität

Städtische Dichte oder Verdichtung im städtischen Raum ist ein polarisierendes Thema: Angesichts von Flächenknappheit und Zugungsdruck in den großen Städten steht derzeit eine Reihe von planerischen Maximen auf dem Prüfstand. Wenn Neubau in der Peripherie im großen Stil vermieden werden soll, ist es unumgänglich, die Bestandsflächen besser zu nutzen. Doch dies wirkt sich unter anderem auf Lärmschutz, Bauhöhen, Nutzungsmischung und die Grünanteile aus. Bis zu welchem Maß bedeutet hohe Dichte städtische Qualität, und ab wann sinkt die städtische Aufenthaltsqualität? Einerseits steigt die Wertschätzung urbaner, kompakter, gemischter Quartiere – was sich nicht zuletzt in der Mietpreisentwicklung niederschlägt. Andererseits ist das Thema „Nachverdichtung“ nahezu ein Garant für hitzige (ablehnende) Debatten in der Stadtbevölkerung.

Bauliche Dichte allein ist keine Lösung

Auch wenn die Diskussion oft auf die bauliche Dichte oder die bauliche Nachverdichtung verkürzt wird – die Qualität eines Wohnquartiers wird durch verschiedene Dimensionen von Dichte bestimmt. Grundsätzlich kann zwischen baulicher Dichte (räumliche Verteilung von Baumassen) und Nutzungsdichte (Intensität der menschlichen Nutzung besiedelter bzw. bebauter Flächen) unterschieden werden. Während die erste relativ statisch ist, unterliegt die zweite aus demografischen, ökonomischen und sozialen Gründen dynamischen Veränderungen. Hohe bauliche Dichte muss deshalb nicht unbedingt mit hoher Nutzungsintensität verbunden sein, etwa wenn wenige Einwohner große Wohnflächen beanspruchen oder Gewerbeflächen eine geringe Arbeitsplatzdichte aufweisen. Deshalb greift die Forderung, die bauliche Dichte zu erhöhen, zu kurz – egal, ob es um die Umwelt- und Aufenthaltsqualität oder die Leistungsfähigkeit der Stadt geht. Eine höhere Dichte ist vielmehr an etliche Voraussetzungen geknüpft: robustere Gestaltung und Nutzbarkeit des öffentlichen Raums, bessere Organisation von Mobilität, breiteres Spektrum von Funktionen – von Einkaufen über Arbeiten bis zur Kinderbetreuung. Nur in einer sozial und funktional ausgewogenen „Interpretation“ von Dichte, Vielfalt und Mischung sind städtische Quartiere zukunftsfähige Lebensräume.

Dichte und Mischung sind nicht per se Auslöser von urbanen Konflikten

Auch wenn dicht bebaute und Nutzungsgemischte Quartiere als urbanistisches Ideal gelten – sie stehen doch unter „Verdacht“, dass die ihnen innewohnenden Eigenschaften die Umwelt- und Aufenthaltsqualität deutlich einschränken. Diese Dissonanz untersuchte das Difu im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA). Verdichtete Stadtquartiere in acht Städten bildeten den Untersuchungsraum. Das Kernergebnis: Die lokalen Probleme der Quartiere lassen sich kaum auf deren Dichte und Mischung zurückführen. (Mögliche) Bewohnerinnen und Bewohner schätzen die untersuchten Quartiere als grundsätzlich hoch attraktiv ein. Einschränkungen der Lebens- und Aufenthaltsqualität ergeben sich vor allem dann, wenn die grüne, technische und soziale Infrastruktur defizitär oder überlastet sind. Doch nur ein Teil der Lebensbedingungen vor Ort ist aus dem Quartier selbst erklärbar. So wirkt eine Reihe externer Einflussgrößen auf die Umwelt- und Aufenthaltsqualität eher positiv (z.B. Vorhandensein von/Nähe zu Wasser, Stadtparks, Grünzüge) oder eher negativ (Durchgangsverkehr, Verkehrs- und Gewerbelärm). Die Probleme können auch nicht im Quartier allein gelöst werden. Das Difu ermittelte fünf Stellschrauben für mögliche Veränderungen: Erfolgversprechend ansetzen lässt

sich vor allem bei Grund- und Freiflächen, Nutzungskonkurrenzen im öffentlichen Raum, Ballungen von Gastronomiebetrieben, Lärm- und Schadstoffemissionen durch den motorisierten Verkehr und andere Quellen sowie bei der klimagerechten Quartiersentwicklung. Insgesamt wurde das Instrumentenset, das im Zusammenhang mit Umwelt- und Aufenthaltsqualität zur Verfügung steht, als ausreichend bewertet. Viele Aufgaben werden eher durch mangelnde finanzielle denn instrumentelle Spielräume eingeschränkt.

Umwelt- und Aufenthaltsqualität in kompakt-urbanen und nutzungsgemischten Stadtstrukturen. Analysen, Fallbeispiele, Handlungsansätze unter Nutzung und Weiterentwicklung des Bauplanungs- und Umweltrechts, Bearb. Difu: Luise Adrian, Arno Bunzel, Ricarda Pätzold, Magdalene Rakel (†); Bearb. BKR Aachen Noky & Simon Partnerschaft: Stefan Frerichs, Christoph Küpper, Bernd Noky, André Simon, hrsg. vom Umweltbundesamt (UBA), [Texte 06/2018](#), Dessau-Roßlau 2017, <https://www.umweltbundesamt.de>



Gentrifizierung

Ergebnisse eines Kooperationsprojekts von Difu und acht Städten veröffentlicht

Verdrängung von Mietern, Engpässe bei „bezahlbaren“ Mietwohnungen, Veränderung von Stadtquartieren: „Gentrifizierung“ wird häufig als Chiffre herangezogen, um all diese Prozesse zu beschreiben. Gleichzeitig werden damit Forderungen an Politik und Verwaltung formuliert, sozial-räumliche Gerechtigkeit sicherzustellen. Gerade weil der Begriff Gentrifizierung oft „kämpferisch“ verwendet wurde, haben viele Kommunen in der Vergangenheit eher vermieden, sich offensiv mit dem Phänomen auseinanderzusetzen. Diese Situation hat sich verändert: In vielen (Groß-)Städten finden weniger einkommensstarke Bevölkerungsgruppen angesichts von Zuwanderung sowie steigenden Immobilien- und Mietpreisen immer schwerer eine Wohnung.

Vor diesem Hintergrund entstand das Kooperationsprojekt „Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung“, 2014 bis 2016 gemeinsam durchgeführt vom Difu und den Städten Berlin, Dortmund, Freiburg, Köln, Leipzig, München, Stuttgart und Wien. Von Interesse war vor allem, wie sich die projektbeteiligten Städte dem Phänomen Gentrifizierung stellen und welche Ziele sie unter den gegebenen Rahmenbedingungen erreichen können. Aufgegriffen wurden dabei unter anderen folgende Fragen: Welche Befunde rund um das Thema Aufwertung werden von wem wie bewertet? Welche Möglichkeiten haben die Kommunen, die Entwicklungen in den betreffenden Quartieren zu steuern? Welche Formen der Kommuni-

kation mit unterschiedlichen Akteursgruppen erscheinen notwendig oder wenigstens wünschenswert?

Der Abschlussband des Projekts zeigt sowohl individuelle kommunale Konstellationen als auch städteübergreifende gemeinsame Erkenntnisse auf. Neben der Darstellung der acht Fallstudien findet sich auch eine Auseinandersetzung mit jüngeren Trends der (Innen-)Stadtentwicklung und mit dem Phänomen Gentrifizierung aus wissenschaftlicher Sicht. Die zentralen Fallstudienresultate fließen in Handlungsempfehlungen ein. Vorgeschlagen werden z.B. Veränderungen bei den übergeordneten Rahmenbedingungen. Die Ergebnisse der Untersuchung bieten damit hinlänglich Diskussionsstoff: für Akteure aus Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung, für fachlich Interessierte in den Bereichen Stadtplanung, Soziologie, Geografie sowie für Mieterinitiativen und „Betroffene“.

Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung – Praxiserfahrungen aus acht Kommunen. Von Thomas Franke, Ricarda Pätzold, Bettina Reimann, Wolf-Christian Strauss und Martin zur Nedden. Edition Difu – Stadt Forschung Praxis, Band 15, Berlin 2017, <https://difu.de/11026>



Flächensparen

Strategie trifft auf Wirklichkeit

Einfamilienhausgebiete und Gewerbeflächen „auf der grünen Wiese“, Nachverdichtung in den sogenannten Schwarmstädten, Leerstände und Funktionsverluste in schrumpfenden Gemeinden – so unterschiedlich wie die Muster der Siedlungsentwicklung sind auch die Herausforderungen, die mit dem komplexen Begriff Flächensparen verknüpft sind. Gemeint ist jedenfalls das Zusammenspiel von drei Strategiebausteinen: „Verbrauch neuer Flächen begrenzen“, „Innenentwicklungsflächen mobilisieren“ und „Flächen effizienter nutzen“.

Wenn es um das Flächensparen und Umsetzen von flächenpolitischen Zielen wie dem 30-Hektar-Ziel geht, sind neben Bund und Ländern auch und gerade die Städte und Gemeinden angesprochen. Kraft ihrer kommunalen Planungshoheit bestimmen sie wichtige Belange der Siedlungsentwicklung. Doch die Rahmenbedingungen der Städte und Gemeinden entscheiden darüber, ob und wie sie Spielräume des Flächensparens nutzen können. Während in nachfragestarken Märkten der sparsame Umgang mit Bauland und hohe bauliche Dichten preislich geboten sind, ist in vielen anderen Städten und Gemeinden Bauland preiswert verfügbar. In schrumpfenden Regionen fehlt die Flächennachfrage, es mangelt an Perspektiven der Siedlungsentwicklung. Die Erwartung, neue Einwohner zu gewinnen und bestehende Infrastruk-

Bundesweite Informations- und Kommunikationsplattform „Aktion Fläche“

Das Internet-Portal „Aktion Fläche“ (www.aktion-flaeche.de) bietet Informationen zu Strategien, Instrumenten, Werkzeugen und Praxisbeispielen, die auf einen sparsamen Umgang mit der Ressource Fläche zielen. Angesprochen werden vorrangig Akteure in Städten und Gemeinden, aber auch Flächeneigentümer, zivilgesellschaftliche Akteure und Privatpersonen. „Aktion Fläche“ umfasst auch einen Newsletter. Er informiert über fachliche Hintergründe, Aktivitäten, den Stand der Forschung, neue Publikationen und interessante Termine aus Bund, Ländern und Kommunen (www.aktion-flaeche.de/newsletter). Das Portal ist zugleich ein Angebot der Kommunikation und Vernetzung für Flächenakteure vor Ort, die ihre Aktivitäten einem breiten Personenkreis bekannt machen können. „Aktion Fläche“ ist ein Projektbaustein im Forschungsvorhaben „Implementierung von Flächensparinstrumenten“ im Auftrag des Umweltbundesamtes.

turen auszulasten, befeuert die Standortkonkurrenz. Fiskalische Anreize für die Kommunen unterstützen nicht das Flächensparen. Die vorrangige Innenentwicklung ist aufwändig und mangels Zugriffsmöglichkeiten auf Grundstücke oft unmöglich. Dementsprechend begrenzt ist die Wirkung von Instrumenten des Baurechts, der Raumordnung, der Kooperation oder der Flächeninformation auf das Flächensparen.

Instrumente sind nicht alles

Jedes einzelne Instrument oder auch Bündel von Instrumenten kann nur dann wirklich Flächen sparend eingesetzt werden, wenn die Ziele, die mit ihm angesteuert werden, verbindlich und ambitioniert sind. Um solche Ziele zu beschließen und konsequent umzusetzen, brauchen die handelnden Akteure geeignete Rahmenbedingungen und Anreize. Diese sind bislang häufig nicht vorhanden. Wenn das 30-Hektar-Ziel nicht erreicht wird, liegt dies nicht in erster Linie an den Instrumenten.

Forschungsvorhaben „Aktionsplan Flächensparen“

Im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) arbeitete das Difu einen bundesweiten Aktionsplan Flächensparen aus – in seinem Mittelpunkt: das Erreichen des 30-Hektar-Flächensparziels der Bundesregierung. In einer qualitativen Analyse wurden bestehende und neue Instrumente untersucht, die besonders geeignet erscheinen, die flächenpolitischen Ziele zu erreichen. Betrachtet wurden auch die Handlungsspielräume der Akteure vor dem Hintergrund bestehender Rahmenbedingungen und Anreize in Siedlungsentwicklung und Raumordnung. Der Aktionsplan enthält Handlungsempfehlungen, wie Bund, Länder und Kommunen beim Flächensparen konzertiert vorgehen können. Die Schwerpunkte liegen in drei Aktionsfeldern: „Kontingentierung einführen“, „Innenentwicklung stärken“ und „Fehlanreize abbauen“.

<p>Instrumente zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme, Aktionsplan Flächensparen. Von Luise Adrian, Stephanie Bock, Arno Bunzel, Thomas Preuß, Magdalene Rakel (†), hrsg. vom Umweltbundesamt (UBA), Texte 38/2018, Dessau-Roßlau 2018, https://www.umweltbundesamt.de/publikationen</p>	
---	---

Forschungsvorhaben „Implementierung von Flächensparinstrumenten“

In Planspielen analysiert das Difu gemeinsam mit dem Institut Raum & Energie, Wedel, und im UBA-Auftrag eine Vielzahl von planerischen, kooperativen, informativischen, fiskalischen und ökonomischen Instrumenten, mit denen sich die Flächeninanspruchnahme steuern lässt. Die Planspiele werden mit Akteuren aus den Städten Kassel, Ludwigsburg und Rees, der regionalen Entwicklungsagentur Heide (Holstein) sowie mit Verantwortlichen der Landes- und Regionalplanung in Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt durchgeführt. In einem weiteren Projektbaustein wurden Informations- und Kommunikationsformen für das Flächensparen praktisch erprobt. Hierzu wurde der Prototyp eines Informationsportals hinsichtlich Funktionalität, Wirksamkeit, Nutzbarkeit und Mehrwert für kommunale Akteure bewertet.

Beide Forschungsvorhaben sind eng miteinander verwoben: Ergebnisse der Instrumentenanalyse werden in den Planspielen überprüft, und Ergebnisse aus den Planspielen fließen in Handlungsempfehlungen des Aktionsplans ein.

<p>Weitere Projekte (Auswahl):</p> <ul style="list-style-type: none"> → Gute Praxisbeispiele kompakter und zugleich lärmarmer städtischer Quartiere. Untersuchung im Auftrag des Umweltbundesamts, https://difu.de/11551 → Anforderungen an ein klimagerechtes Management kompakter Siedlungs- und Infrastrukturflächen. Forschungsvorhaben in Kooperation mit BKR Aachen und Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH im Auftrag des Umweltbundesamts, https://difu.de/10626 → Möglichkeiten und Grenzen der nachhaltigen Steuerung städtischer und stadtreionaler Stoffströme mittels Instrumenten der Stadtplanung. Forschungsvorhaben in Kooperation mit Öko-Institut e.V. im Auftrag des Umweltbundesamts, https://difu.de/11438

Recht

Zukunftsfragen der Bodenpolitik

Boden ist ein knappes Gut. Er wird vor allem in wachsenden Stadtregionen mehr und mehr zu einer lukrativen und sicheren Anlage für internationale Finanzinvestoren. Die seit der Weltfinanzkrise exorbitant gestiegenen Bodenpreise führten dort in den letzten zehn Jahren zu stark steigenden Immobilienpreisen und Mieten. Wer Bürgerinnen und Bürger mit geringen – und immer häufiger sogar solche mit mittleren – Einkommen auch morgen noch mit angemessenem Wohnraum versorgen will, wer attraktive, lebenswerte Städte mit ausreichender öffentlicher Infrastruktur erhalten und dabei den Erfordernissen von Klimawandel und Klimaanpassung gerecht werden will, der muss sich heute mehr denn je der Bodenfrage stellen.

Das städtebauliche Bodenrecht stößt immer häufiger an seine Grenzen. Dies gilt für das erforderliche Steuern des Siedlungsflächenwachstums in prosperierenden Städten und Stadtregionen wie beim Gestalten von Veränderungsprozessen im Bestand. Die zur Verfügung stehenden Strategien und Instrumente genügen den neuen Anforderungen nicht. Die in Artikel 14 Grundgesetz (GG) angelegte Balance zwischen Privatnützigkeit und Sozialpflichtigkeit des Eigentums muss angesichts der großen Herausforderungen der Stadtentwicklung neu ausgelotet werden, damit die Kommunen im Ringen um eine gemeinwohlorientierte Entwicklung der Bodennutzung eine aktive und steuernde Rolle übernehmen können. Hierzu gehört auch ein dezidiert verantwortungsvoller Umgang mit dem nicht vermehrbaren Gut Boden.

Hier setzen Difu und vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung mit einer gemeinsamen Initiative an. In ihrer Bodenpolitischen Agenda 2020–2030 skizzieren sie als Ergebnis eines von den Instituten initiierten Expertenkreises die Erfordernisse einer neu angelegten und weiterentwickelten Bodenpolitik auf allen Ebenen.

Kurz- und Langfassung „Roadmap Bodenpolitik“:
www.difu.de/11556



Die zentralen Empfehlungen wurden in einer „Roadmap Bodenpolitik“ prägnant mit neun Kernforderungen zum Ausdruck gebracht. So sollten die im öffentlichen Eigentum stehenden Liegenschaften konsequent eingesetzt werden, um eine gemeinwohlorientierte Nutzung von Grund und Boden zu erreichen. Bund, Länder und Kommunen müssen dies in ihrer Vergabepaxis berücksichtigen. Auch die Handlungsfähigkeit der Kommunen muss erhöht werden: Hierfür sind die planungsrechtlichen Instrumente zu schärfen, z.B. durch Weiterentwickeln des kommunalen Vorkaufsrechts, Stärken der Gemeinwohlziele in der Innenentwicklung, Erweitern der bauplanungsrechtlichen

Festsetzungsmöglichkeiten sowie das zeitnahe Einführen eines neuen Instruments „Innenentwicklungsmaßnahme“. Um die Bodenentwicklung besser zu steuern, müssen zudem neue Modelle der Besteuerung genutzt werden: Die Grundsteuer ließe sich durch eine Bodenwert- und Bodenflächensteuer ersetzen. Bei der Grunderwerbsteuer sollten Käufe, die im Interesse der Allgemeinheit liegen, begünstigt werden. Es empfiehlt sich auch, die interkommunale Zusammenarbeit zu forcieren.

Weitere Schwerpunkte und Aktivitäten

Erfahrungsaustausch zu städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen gelten als „schärfstes Schwert“ des Städtebaurechts. Sie ermöglichen es, Bauland in einheitlichen Gesamtmaßnahmen zu entwickeln, und sie erleichtern auf der Basis eines generell vorgesehenen Zwischenerwerbs das zielgerichtete und zügige Umsetzen. Sie sind aber auch besonders voraussetzungsvoll und mit rechtlichen wie finanziellen Risiken behaftet. Angesichts des aktuellen Problemdrucks in wachsenden Regionen ist das Interesse an diesem städtebaulichen Instrument neu entfacht. Zahlreiche Städte haben Voruntersuchungen zur Anwendung eingeleitet. Das Interesse an einem Erfahrungsaustausch ist entsprechend groß. Das Difu führte deshalb im November 2017 einen solchen Erfahrungsaustausch durch. Auftraggeber war die Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen.

Baulandmodelle sind eine wichtige Grundlage, um Baugebiete für Wohnen und andere Nutzungen effektiv und nachhaltig zu entwickeln. Insbesondere spielen sie eine immer wichtigere Rolle, wenn es um den sozialen Wohnungsbau geht – so auch beim Berliner Modell der Kooperativen Wohnbaulandentwicklung. Das Difu beriet dabei die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, begleitete die Einführung des Verfahrens. Die zweite Fortschreibung des Modells soll im Frühjahr 2018 wirksam werden.

Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung,
<https://www.stadtentwicklung.berlin.de/wohnen/wohnungsbau/de/vertraege>



Weitere Projekte (Auswahl):

- Kommunale Ankaufstrategien zur Erweiterung der strategischen Flächenreserven. Studie im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, Berlin, <https://difu.de/11773>
- Innovative Instrumente zum Flächensparen und zur Förderung der Innenentwicklung: Kommunaler Praxistest, Schlussfolgerungen für Akteure in Bund, Ländern, Regionen und Gemeinden. Im Auftrag des Umweltbundesamts, <https://difu.de/10341>

Finanzen

Finanzlage der Kommunen zwischen Haushaltskonsolidierung und nachhaltiger Infrastrukturfinanzierung

Staatliches Handeln in der Kommune kostet Geld: Landkreise, Städte und Gemeinden stellen neben sozialen Individualleistungen Straßen, Brücken, Schulen, Sportstätten und viele andere Infrastrukturen bereit. Hierzu wird eine entsprechende Verwaltung vorgehalten, deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ebenfalls bezahlt werden müssen. In den vergangenen Jahren sind die Aufgaben der Kommunen deutlich gewachsen, da der Bundesgesetzgeber viele neue Leistungsansprüche definiert hat. Zu diesen zählen etwa der Anspruch auf Kita-Plätze für alle Dreijährigen, das Umsetzen der Inklusion, die Bereitstellung eines Ganztags-Angebots usw. Die Finanz- und Haushaltslage der Kommunen stellt sich vor diesem Hintergrund sehr ambivalent und uneinheitlich dar. Insgesamt betrachtet erzielten die Kommunen in Deutschland 2015 und 2016 zwar einen Finanzierungsüberschuss. Allerdings fiel dieser im Vergleich zu den Überschüssen des Bundes und der Länder deutlich bescheidener aus. Zudem verteilen sich Überschüsse und Defizite zwischen den Kommunen seit jeher sehr unterschiedlich. Nach wie vor sind die Kommunen in Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Nordrhein-Westfalen und Hessen pro Kopf deutlich höher verschuldet als die Kommunen der anderen Bundesländer. Diese fiskalischen Disparitäten machen es vielen Kommunen schwer, fortlaufend in ihre Infrastruktur zu investieren.

Hohe Investitionsrückstände trotz leichter Entspannung

Das vom Difu im Auftrag der KfW-Bankengruppe durchgeführte Kommunalpanel 2017 zeigt für 2016 erstmals einen leichten Rückgang bei den kommunalen Investitionsrückständen auf. So ergibt die Hochrechnung für alle Kommunen ab 2.000 Einwohner einen Investitionsrückstand in Höhe von 126 Mrd. Euro, damit rund 10 Mrd. Euro weniger als im Vorjahr. Nach wie vor bestehen dabei die höchsten Nachholbedarfe bei der Straßen- und Verkehrsinfrastruktur (34 Mrd. Euro) sowie beim Schulwesen einschließlich Erwachsenenbildung (32,8 Mrd. Euro). Mit Abstand folgen die Bereiche Wasserver- und -entsorgung (8,6 Mrd. Euro), Sportstätten und Bäder (9,7 Mrd. Euro) sowie Kinderbetreuung (4,6 Mrd. Euro). Gerade im letzten Bereich zeigt sich, dass die inzwischen drei Investitionsprogramme des Bundes zur Kinderbetreuung langsam Wirkung entfalten. 43 % der befragten Kammereien gehen davon aus, dass hier der Investitionsstau in den kommenden fünf Jahren abgebaut werden wird. Sogar 50 % prognostizieren Ähnliches für den Schulbereich.

Nicht umsonst planen die befragten Kommunen deshalb für 2016 und 2017 eine Steigerung ihrer Investitionen um rund 15 %. So waren für 2016 rund 30,8 Mrd. Euro eingeplant, für 2017 sollen es sogar 31,7 Mrd. Euro sein. Die tatsächlich realisierten Investitionsausgaben lagen in der Vergangenheit jedoch stets unter den Planungen. Selbst ein wachsender Teil an Kommunen, die den Haushaltsausgleich derzeit nicht schaffen oder sogar einem Haushaltssicherungskonzept unterliegen, beabsichtigt, die eigenen Investitionsausgaben 2016 und 2017 zu steigern. Offenbar handelt es sich hierbei um Effekte, die vor allem durch Bevölkerungswachstum im Zuge von Migrationsbewegungen und einer generell zu beobachtenden Urbanisierung verursacht werden.

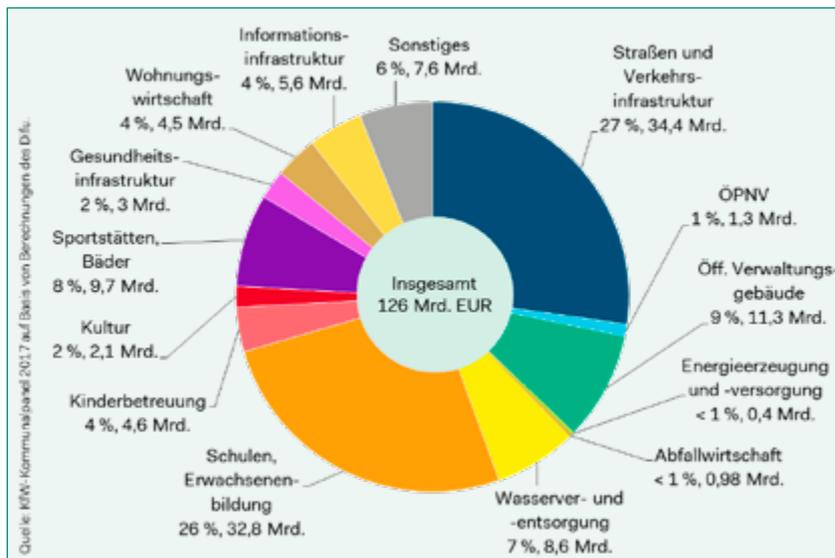
Der – im Verhältnis zum ermittelten Investitionsrückstand – vergleichsweise moderate Anstieg der Investitionsausgaben verweist darauf, dass das Maß der öffentlichen Investitionstätigkeit immer auch ein Stück weit von der Verfügbarkeit öffentlicher Planungskapazitäten und vom Auslastungsgrad des privaten Baugewerbes abhängt. Zeitlich befristete Investitionsförderprogramme von Bund und Ländern schaffen deshalb vor allem für finanz- und strukturschwächere Kommunen keine hinreichende Planungssicherheit.

KfW-Kommunalpanel. Hrsg.: KfW-Bankengruppe, Bearb. Difu: Henrik Scheller und Stefan Schneider, Frankfurt/Main 2017, <https://difu.de/11243>



Integrierte Infrastruktur- und Finanzplanung

Kommunale Haushaltskonsolidierung funktioniert nur, wenn sie langfristig angelegt ist. Trotz aller berechtigten Interessen der Bürgerschaft müssen sich solche Prozesse ein Stück weit von den kurzfristigen Begehrlichkeiten lösen, die jedes Jahr aufs Neue im Zuge der Haushaltsaufstellung aufkommen. In diesem Sinne hat sich auch die Stadt Köln zusammen mit dem Difu und dem Finanzwissenschaftlichen Institut der Universität zu Köln auf den Weg gemacht. Im Projekt „Infrastruktur generationengerecht finanziert – das Beispiel der Stadt Köln“ wurde ein umfangreiches Rechenmodell entwickelt. Mit diesem ließen sich – ausgehend von einer Erfassung des Gesamtbestands der „konzerneigenen“ Infrastruktur und dessen qualitativen Zustands – die zukünftigen Finanzbedarfe der Stadt und ihrer Beteiligungen bis 2040 ermitteln. Dieser Bedarf wurde mit Hilfe einer Tragfähigkeitsanalyse in Beziehung zum gegenwärtigen Kölner Haushalt gesetzt. Auf diese Weise lässt sich zeigen, welche Einsparungen oder Mehreinnahmen in den kommenden Jahren erforderlich wären, um die absehbaren Infrastrukturbedarfe zu bedienen.

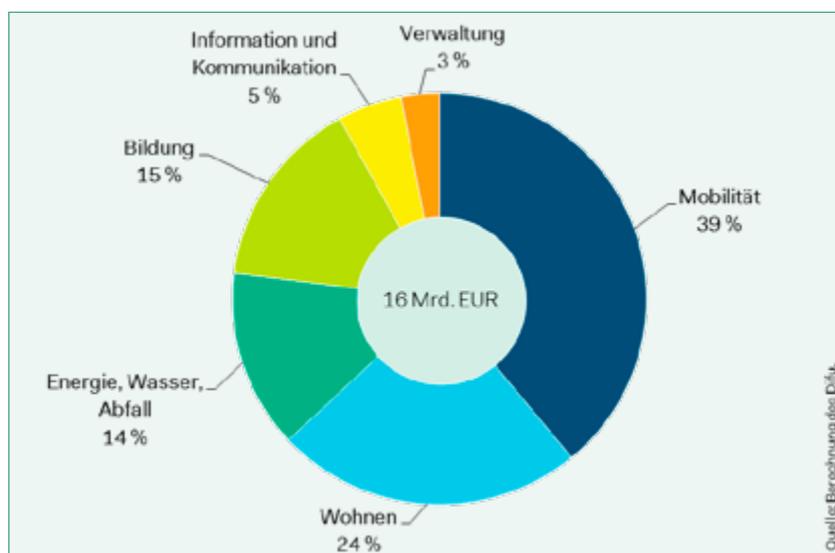


☐ Kommunale Investitionsrückstände 2016

Wachsende Städte – wachsende Budgets?

Urbanisierung lässt sich nicht nur mit Blick auf die großen Ballungsräume um Berlin, München, Frankfurt am Main und Hamburg beobachten. Auch diverse Groß- und Mittelstädte wachsen: Etwa Jena, Münster, Potsdam, Brandenburg an der Havel oder auch Lüneburg, Leipzig, Lübeck und Regensburg verzeichnen Bevölkerungszuwächse. Neben erfreulichen Veränderungen der soziodemografischen Bevölkerungszusammensetzung begründet dieser Zuwachs allerdings oft auch „Wachstumsschmerzen“. Denn zusätzliche Menschen bedeuten in vielen Fällen nicht nur eine höhere Auslastung und einen schnelleren Verschleiß der bestehenden Infrastrukturen. Sie erzeugen schlichtweg auch zusätzliche Bedarfe an neuen Schulen, Kitas, Verwaltungsgebäuden, technischen Infrastrukturen usw. Zudem erbringen diese Städ-

te aufgrund ihrer zentralörtlichen Funktion wichtige Leistungen für die umliegenden Gemeinden. All dies kostet Geld. Doch oft wachsen die Haushalte dieser Städte nicht in gleicher Weise wie die steigenden Ausgabenbedarfe, die wachsende Einwohnerzahlen mit sich bringen – zumal, wenn vonseiten der Bundesländer Konsolidierungsverpflichtungen bestehen. Wie sich diese „Quadratur des Kreises“ mit dem politischen Gestaltungsanspruch zum Erhalt der Lebens- und Standortqualität einer Stadt in Übereinstimmung bringen lässt, war Gegenstand des Symposiums „Unsere wachsende Stadt Potsdam“, organisiert und durchgeführt vom Difu im Auftrag der Stadtverwaltung Potsdam.



☐ Investitionsbedarfe ausgewählter Bereiche der Daseinsvorsorge im „Konzern Stadt“ Köln (2015 bis 2040)

Kommunal финанzen im föderalen Kontext

In einem Föderalstaat wie der Bundesrepublik sind die Kommunal финанzen immer eingebettet in ein Geflecht föderaler Finanzbeziehungen, das sich als ein „System kommunizierender Röhren“ verstehen lässt. Gesetzgeberische Maßnahmen und Reformen in anderen Teilen der Finanzverfassung wirken sich immer – unmittelbar oder mittelbar – auch auf die Haushalte von Städten und Gemeinden aus. Um diesem Umstand nicht nur in seinen Forschungsprojekten Rechnung zu tragen, beteiligt sich das Difu an der jährlichen Mitherausgabe des „Jahrbuchs für öffentliche Finanzen“. Das Jahrbuch ist eine gemeinsame Anstrengung von Autorinnen und Autoren aus Finanz-, Politik- und Rechtswissenschaft sowie aus der Verwaltungspraxis vor allem der Landesfinanzverwaltungen. Mit seinem Schwerpunkt auf der Haushaltswirtschaft der Länder und Kommunen schließt es die Lücke zwischen dem Finanzbericht des Bundes und dem Gemeindefinanzbericht des Deutschen Städtetages durch eine unabhängige, wissenschaftliche Publikation von hoher Aktualität.

Jahrbuch für öffentliche Finanzen. Bearb. Difu: Henrik Scheller, Berlin, <https://www.bvw-verlag.de/shop/bwv/apply/viewdetail/id/5731/>



Weitere Projekte (Auswahl):

- Städtebauförderung: Erfolgsfaktoren und Hemmnisse der Fördermittelbeantragung, -bewilligung und -abrechnung (MBWSV NRW), <https://difu.de/10309>
- Die Bedeutung von örtlichen Rahmenbedingungen und Standortfaktoren für die positive fiskalische Entwicklung von Regionen – Best-Practice-Beispiele (BMF), <https://difu.de/11505>
- EnAHRgie – die lokale Energiewende umsetzen; Modellregion Landkreis Ahrweiler (BMBF), <https://difu.de/9880>
- Entwicklung eines Konzepts zur strategischen Gesamtsteuerung der Stadt Leipzig, <https://difu.de/11359>
- Neue Mischformen zur (kommunalen) Investitionsfinanzierung – zwischen Budgetentlastung, neuen Verflechtungen und veraltetem Infrastrukturverständnis?

Wirtschaft und Digitalisierung

Wirtschaftsflächen

Neue Räume für die Wirtschaft

Wirtschaft und Arbeit wandeln sich beständig. Doch im Zuge der Digitalisierung beschleunigen sich die ökonomischen Veränderungen enorm. In der Folge wachsen Produktion und Dienstleistung noch stärker zusammen. Es entwickeln sich qualitativ neue Vernetzungen zwischen Menschen, Maschinen und Dingen. Damit entstehen komplexe Wertschöpfungssysteme, die nicht nur Produktion und Dienstleistungen integrieren, sondern auch Unternehmen und Kunden zusammenführen. Vor diesem Hintergrund wird vielerorts die Rückkehr der Stadtfabrik als urbane Produktionsform thematisiert. Hier fehlt es derzeit jedoch noch an begrifflicher Schärfe. Denn bislang tummeln sich unter dieser Bezeichnung diverse Nutzungsformen: kleinteilige Manufakturen zwischen Handwerk und traditionellem Stadtteilgewerbe wie auch Produktionsformen der Industrie 4.0.

Gefragt sind besonders in wachsenden Städten neue Wirtschafts- und Arbeitsformen wie Open Creative Labs (z.B. Acceleratoren, Inkubatoren, Co-Working), die als kreative Unternehmen und spezialisierte Forschungs- und Entwicklungsakteure kleinteilige Flächen in integrierten, urbanen Lagen nachfragen. Doch auch die bevorzugte Standortwahl klassischer Industrie- und Gewerbebetriebe orientiert sich zunehmend an den Bedarfen von (po-

tenziellen) Beschäftigten und Kunden. So werden Nähe von Wohnen und Arbeiten, gute Verkehrsanbindung, attraktives Arbeitsumfeld und ansprechendes Freizeitangebot zu immer wichtigeren Standortfaktoren.

Vor diesem Hintergrund verteilen sich Orte der Wirtschafts- und Wissensgesellschaft zunehmend über die Gesamtstadt und gehen damit über die klassischen Flächenangebote in Industrie- und Gewerbegebieten hinaus. Die wachsenden Ansprüche der Wirtschaft erfordern deshalb künftig eine breitere Betrachtung in Form von Wirtschaftsflächen.

Steuerung und Flexibilität für zukunftsfähige Standorte

Für die Planung von Wirtschaftsflächen bedeuten diese Entwicklungen mehrerlei: 1.) Die Nachfrage nach kleinteiligen Flächen in integrierten oder urbanen Lagen differenziert sich weiter aus. 2.) Die Anforderungen an die Standortqualitäten bestehender Industrie- und Gewerbegebiete steigen. 3.) Der Druck auf Wirtschaftsflächen in attraktiven Lagen wächst, dies aufgrund von Zuzug in die „Schwarmstädte“ und steigender Nachfrage nach Wohnflächen. Angesichts zunehmender Nutzungskonkurrenzen und eines Wettbewerbs um die höchste Bodenrendite sind Wirtschaftsflächen deshalb zwingend auf die planerische Sicherung angewiesen. Die Heraus-

forderung für die Stadtentwicklung liegt jedoch auch darin, mit den wachsenden Veränderungen umzugehen. Hier wird es darum gehen, den „Ungewissheiten“ von Hybridisierung (Kopplung von Produktion und Dienstleistung) und „Industrie 4.0“ mit Flexibilität zu begegnen, Spielräume zu bewahren und Übergänge zu schaffen.

Wirtschaftsflächenplanung wachsender Großstädte.
Von Sandra Wagner-Endres, Ulrike Wolf und Daniel Zwicker-Schwarm, Difu-Impulse, Band 4/2018



Vortrag im Rahmen der Klausursitzung „Handlungsprogramm Wohnen und Wirtschaftsentwicklungskonzept“ am 24.06.2017, Rathaus Heidelberg: Wirtschaft im Wandel: Handlungsansätze der Wirtschaftsflächenentwicklung im interkommunalen Vergleich. Von Sandra Wagner-Endres, <https://difu.de/11396>



Aktualisiert: der Stadtentwicklungsplan Industrie und Gewerbe in Berlin

Viele deutsche Städte haben Fachkonzepte für Gewerbeflächen erarbeitet. In Berlin ist der Stadtentwicklungsplan (StEP) Industrie und Gewerbe das planerische und strategische Instrument, um auf gesamtstädtischer Ebene zu steuern. Im Hinblick auf die neuen Anforderungen beauftragte die zuständige Senatsverwaltung das Difu, die Universität St. Gallen und das Büro Spath + Nagel mit einer Studie zur Aktualisierung des StEP Industrie und Gewerbe Berlin – als Grundlage für die strategische Weiterentwicklung des Instruments. Wichtiger Bestandteil der Konzeptentwicklung war von Beginn an, Expertinnen und Experten der Stadtplanung und Wirtschaftsförderung auf Landes- und Bezirksebene sowie Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft zu beteiligen. Ein Erfahrungsaustausch mit Fachleuten aus anderen Großstädten lieferte reichlich praktische Erkenntnisse: zu den räumlichen Auswirkungen wirtschaftsbezogener Trends, zur strategischen Flächenvorsorge, zu Instrumenten einer aktiven Flächenpolitik sowie zum Umgang mit Flächenkonkurrenzen.

Ergebnis der Studie ist eine umfangreiche Analyse der Trends und Herausforderungen der Gewerbeflächenentwicklung. Sie stützt sich auf aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse und auf konzeptionelle Ansätze anderer Großstädte oder Stadtregionen. Berücksichtigt werden aber auch berlinspezifische Anforderungen in den Bereichen Technologie und Ökonomie und deren Bedeutung für die gesamtstädtische Planung, Entwicklung und Sicherung von Industrie- und Gewerbeflächen. Die Studie umfasst unter anderem ein Vorgehenskonzept, benennt Ziele und Inhalte der zentralen Bestandteile des StEP. Um die Vorschläge zu veranschaulichen, erarbeiteten das Difu und seine Partner beispielhafte Kartendarstellungen, z.B. von „Potenzialräumen“ für urbane Produktion, Kreativwirtschaft oder Büroflächenentwicklung.

Für die Weiterentwicklung des StEP bedeutet dies auch ein neues, breiteres und integriertes Betrachten der Flächen für die Wirtschaft. Diese Perspektive spiegelt sich im neuen Arbeitstitel „StEP Wirtschaft“ wider. Mit ihm wird den sich verändernden Arbeitswelten und stadtentwicklungspolitischen Erfordernissen einer wachsenden Stadt Rechnung getragen.



Difu-Dialog zur Zukunft der Städte: Digitalisierung und Industrie 4.0 – Chancen für die Standortentwicklung und Stadtentwicklungsplanung? 18. Januar 2017, <https://difu.de/11061>

Zukunft der Industrie: Chancen und Herausforderungen am Beispiel Wiesbaden

Die Industrie erfährt in vielen Städten eine neue Bewertung: Vor dem Hintergrund innovativer Produktionstechnologien und zunehmender Verflechtung von Produktion und Dienstleistung wird ihre große Bedeutung für die wirtschaftliche Stabilität von Städten und Metropolregionen wieder erkannt. Einige Städte haben deshalb Konzepte oder Masterpläne für die Industrie entwickelt. Sie thematisieren darin unter anderem die strategische Entwicklung der Industrie als Bestandteil der regionalen Wertschöpfungsstrukturen und greifen die Frage auf, wie sich die technologischen und strukturellen Veränderungen der „Industrie 4.0“ räumlich auswirken.

In einer Studie im Auftrag der Landeshauptstadt Wiesbaden untersuchte das Difu gemeinsam mit der Gesellschaft für angewandte Kommunalforschung (GEFAK) diese Themen am Beispiel des Industriestandorts Wiesbaden. Dafür wurden zum einen die wirtschaftlichen Strukturdaten im regionalen Vergleich analysiert, zum anderen die ansässigen Industrieunternehmen befragt. Das Difu-GEFAK-Team erarbeitete anhand eines Stärken-Schwächen-Profiles Entwicklungsperspektiven und Handlungsempfehlungen mit dem Ziel, die ortsansässige Industrie zu stärken. Dabei wird deutlich: Neben „weichen“ Standortfaktoren wie bezahlbarem Wohnraum bilden die Verkehrs- und die digitale Infrastruktur sowie das Fachkräfteangebot zentrale Entwicklungsfaktoren für die Industrie. Das Zukunftsthema „Industrie 4.0“ bietet darüber hinaus Chancen für die wirtschaftliche Entwicklung Wiesbadens, vor allem durch Verflechtungen mit unternehmensnahen Dienstleistungen und der Logistik. Hierbei sollte die Kommune aktiv unterstützen, indem sie z.B. Plattformen für Kooperationen oder die Innovations- und Technologieförderung stärkt.

Industriestandort Wiesbaden stärken – Studie zur Unternehmensbefragung. Der Magistrat, Amt für Wirtschaft und Liegenschaften der Landeshauptstadt Wiesbaden (Hrsg.), Wiesbaden 2016, <https://difu.de/10558>



Die Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung hat die Ergebnisse der Studie mittlerweile als Industriestrategie beschlossen.

Digitalisierung

Digitale Transformation fordert Kommunen heraus

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) greifen mehr und mehr in alle Bereiche des täglichen Lebens ein. Die rasante Entwicklung internetbasierter Anwendungen bietet dabei vielerlei Möglichkeiten für Kommunen, städtische Infrastruktursysteme effizienter zu organisieren, den Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern transparenter zu gestalten und die Wirtschaft wettbewerbsfähiger zu machen. Der Einsatz von IKT verspricht Lösungen, die zu Umwelt- und Klimaschutz, Lebensqualität, Teilhabe und wirtschaftlicher Stabilität beitragen. Die Digitalisierung wird somit zunehmend als Chance für eine nachhaltigere Stadtentwicklung begriffen. Immer mehr Städte und Regionen sind dabei, eigene strategische oder umsetzungsorientierte Ansätze zu entwickeln, um diese Potenziale für sich nutzbar zu machen.

Gleichzeitig wirft die Dynamik der digitalen Transformation für die Kommunen viele Fragen auf: Wie verändert Digitalisierung kommunales Handeln, und welche Anforderungen ergeben sich daraus? Wie lassen sich digital-vernetzte Anwendungen passgenau nutzen und neu entstehende Risiken dabei möglichst vermeiden? Welche Folgen zeitigen in dem Zusammenhang neue Akteurskonstellationen und Organisationsstrukturen?

„Zwischenbilanz“: Smart City in deutschen Kommunen (vgl. Seite 36)

<p>Smart Cities in Deutschland – eine Bestandsaufnahme. Von Roman Soike und Jens Libbe, Difu-Paper, Berlin 2018</p>	
---	---

Folgen und Akzeptanz der Digitalisierung

Anforderungen, die sich im Zuge der digitalen Transformation und des Ausbaus von IKT-Infrastrukturen in Kommunen ergeben, beleuchtet das Projekt „Technikfolgenabschätzung, Akzeptanz und Kommunikationsstrategien beim Ausbau der IKT-Infrastruktur in Kommunen am Beispiel der drahtlosen Kommunikationsnetze“ (Mobilfunk). Die regelmäßigen Mobilfunkgutachten des Difu begleitend, wird in diesem Vorhaben untersucht, wie sich technologische und anwendungsbezogene Entwicklungen der Mobilfunk-Infrastruktur – vom Telefonie- und Datennetz hin zum Rückgrat neuartiger digital-vernetzter Anwendungen – auf die Organisation des Infrastrukturausbaus in Kommunen auswirken. Im Mittelpunkt des Interesses stehen dabei vor allem Informations- und Kommunikationsprozesse zwischen kommunalen Akteuren

und den für den Infrastrukturausbau verantwortlichen Netzbetreibern. Aber auch Fragen zu Bürgerakzeptanz, Umweltwirkungen von Technologien sowie Risiken und Chancen der Digitalisierung greift das Difu auf.

Wie verändert der Online-Handel die Stadt- und Quartierszentren?

<p>Online-Handel – Mögliche räumliche Auswirkungen auf Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren. Erstellt von Difu, BBE-Handelsberatung und elaboratum, Difu-Paper, Berlin 2017</p>	
--	---

Der im Online-Handel erzielte Umsatz steigt von Jahr zu Jahr – im Internet einzukaufen liegt im Trend. Für viele Menschen ersetzen Online-Plattformen inzwischen ganz selbstverständlich das Kaufhaus, die Boutique, das Fachgeschäft oder gar den Supermarkt. Gehören Läden und klassische Geschäftsstraßen damit bald der Vergangenheit an? Im ExWoSt-Projekt „Mögliche räumliche Auswirkungen von Online-Handel auf Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren“ setzten sich das Difu und zwei Auftragspartner in einer Grundlagenstudie mit den Folgen der Virtualisierung und Digitalisierung des Einzelhandels auf räumliche und sozioökonomische Entwicklungen auseinander. Dabei untersuchten sie unter anderem, welche direkten und indirekten Auswirkungen der Online-Handel auf die Angebots- und Versorgungssituation in verschiedenen Stadt- und Zentrenstypen haben kann. Die Ergebnisse mündeten in Strategien und Handlungsempfehlungen für Kommunen, den Einzelhandel, aber auch die Immobilienwirtschaft, mit denen sich die weitere Entwicklung des stationären Einzelhandels und der verschiedenen Stadträume (gemeinsam) positiv gestalten lässt.

Urbane Sicherheit

Sicherheit beeinflusst die Lebensqualität

Neben vielen anderen Faktoren beeinflusst Sicherheit die Lebensqualität in den Quartieren. Bürgerinnen und Bürger orientieren sich dabei selten an den Aussagen von Kriminalstatistiken, also der registrierten Kriminalität. Eigene Erfahrungen, Schilderungen anderer, Medienberichte und Informationen aus dem Internet prägen das Bild von Sicherheit und Unsicherheit in den Städten. Das Gefühl und die Gewissheit, sich im unmittelbaren Wohnumfeld frei und sicher bewegen zu können, sind die Grundlage dafür, sich dort auch wohlfühlen, nachbarschaftliche Kontakte aufzubauen und Verantwortung füreinander und für das Wohnumfeld zu übernehmen. Um die Lebensqualität im Quartier zu verbessern, ist die Zusammenarbeit vieler Akteure eine wichtige Voraussetzung. Die interdisziplinäre Betrachtung hilft, Ursachen und Zusammenhänge von Unsicherheiten zu verstehen. Erst das gemeinsame Entwickeln von Handlungsstrategien und Maßnahmen schafft nachhaltig wirksame Lösun-

gen. Dabei muss klar sein: Nicht jeder Nutzungskonflikt ist eine Verletzung der öffentlichen Ordnung, und nicht jede verunsichernde „Grenzüberschreitung“ kann als kriminell angesehen werden.

Zusammenarbeit ist notwendig: Das Projekt „transit“

Das Forschungsprojekt „Transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen“, kurz: transit – es wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit“ gefördert – erarbeitete zusammen mit Akteuren aus den drei Bereichen Vorschläge, wie sich die Zusammenarbeit für ein sicheres Wohnumfeld verbessern lässt. Kooperationen von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune sind mancherorts noch nicht erprobt. Kontakte und Routinen bestehen nur vereinzelt oder sporadisch. Oft sind Ansprechpersonen nicht bekannt, werden wichtige Akteure nicht rechtzeitig einbezogen, Potenziale und Synergien erst spät erkannt.

Die Handreichung „Sicherheit im Wohnumfeld“

Zusammen mit dem Landeskriminalamt Niedersachsen entwickelte das Difu eine Handreichung für die Sicherheit in Wohnumfeld und Nachbarschaft. Sie setzt Impulse für die Zusammenarbeit von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune. Dabei geht es einerseits um sozialräumliche Aspekte für ein sichereres Wohnumfeld: Wodurch kann soziale Vernetzung im Quartier gefördert werden?

Wie können regelmäßige Quartiers- oder Stadtteilrunden und Beteiligungsverfahren unterstützt werden? Wie lassen sich direkte Ansprechpersonen für die Bewohnerschaft gewinnen? Andererseits spielen baulich-planerische Gesichtspunkte eine Rolle: Wie können sicherheitsrelevante Kriterien frühzeitig in (städte-)bauliche Planungen und Maßnahmen einbezogen werden? Wie lassen sich bestehende Arbeitshilfen und Kriterienkataloge nutzen, um Sicherheitsbelange zu berücksichtigen? Wie können Planungs- und Nutzungsphasen integriert betrachtet werden? Die Handreichung gibt Hinweise zu Verfahren und Strukturen für ein sicheres Wohnumfeld. An elf Beispielen werden Kooperationsmöglichkeiten und Maßnahmen(bündel) erläutert, die nachweislich zu einem sichereren Wohnumfeld beigetragen haben.

Sicherheit im Wohnumfeld und in der Nachbarschaft. Impulse für die Zusammenarbeit von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune, hrsg. von Verbundprojekt transit, Landeskriminalamt Niedersachsen, Difu, Hannover/Berlin 2016, <https://difu.de/11200>



Weitere Projekte (Auswahl):

- „Monitor Nachhaltige Kommune (2017–2018), Auftraggeber: Bertelsmann Stiftung, <https://difu.de/11371>
- „Monitor Wirtschaft und Region“ (2016–2017), Auftraggeber: Bertelsmann Stiftung, <https://difu.de/10573>
- „Gemeinschaftsstudie der deutschen Städte zur Clusterpolitik“ (2015–2017), Auftraggeber: Freie Hansestadt Bremen, Stadt Chemnitz, Landeshauptstadt Düsseldorf, Region Hannover, Stadt Leipzig, Stadt Mannheim, Landeshauptstadt München, <https://difu.de/10407>

Infrastruktur

Wasserinfrastruktur/Siedlungswasserwirtschaft

Eine Selbstverständlichkeit mit viel „dahinter“

Jede und jeder drehen mehrfach am Tag den Wasserhahn auf, benutzen die Toilettenspülung – meist ohne mit den „dahinter“ liegenden Infrastrukturen vertraut zu sein. Denn diese Infrastrukturen – Leitungen, Kanalisation, Pumpstationen und Aufbereitungsanlagen – befinden sich gut versteckt in der Hauswand, im Erdreich oder am Stadtrand. Der Aufwand der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung bleibt buchstäblich verborgen. Oft sind den Nutzerinnen und Nutzern nicht einmal die eigenen jährlichen Ausgaben für die Versorgung und Entsorgung von Wasser bekannt.

Dabei gilt: Die Siedlungswasserwirtschaft ist im hoch urbanisierten und industrialisierten Deutschland ein überaus wichtiger Teil der kommunalen Daseinsvorsorge. Die Wasserinfrastrukturen sorgen nicht nur für eine sichere Versorgung mit Trinkwasser und für hygienische Verhältnisse. Sie dienen auch dem Umgang mit Überflutung und dem Schutz der Gewässer, tragen maßgeblich zu Gesundheitsvorsorge und Umweltschutz bei.

Die Infrastrukturen der Siedlungswasserwirtschaft sind auch ein über Jahrzehnte aufgebautes milliardenschweres Anlagevermögen und einer der größten Posten in den Kommunalhaushalten. Und sie stehen derzeit unter großem Veränderungsdruck. Im Zuge aktueller Entwicklungen – Stichworte: demografischer Wandel, Energiewende, Ressourcenknappheit, Umweltverschmutzung und allen voran Klimawandel – werden in den kommenden

Jahrzehnten weitreichende Anpassungen der Wasserinfrastrukturen nötig. Vorrangiges Ziel dabei: nachhaltige Wasserdienstleistungen zu bezahlbaren Preisen sichern.

Maßgeschneiderte Ausdifferenzierung statt „One size fits all“

Herausforderungen und die Geschwindigkeit, mit der sich die Rahmenbedingungen verändern, unterscheiden sich von Region zur Region, lassen sich nicht mit Sicherheit vorhersagen. Gefragt sind deshalb Maßnahmen, die an die Verhältnisse vor Ort angepasst sind und die Ungewissheiten mit ins Kalkül ziehen. Nicht eine „One-size-fits-all“-Lösung, sondern ein Ausdifferenzieren der Systeme steht ins Haus. Die Zukunftsfähigkeit urbaner Räume bestimmt sich zunehmend dadurch, dass Lösungen in der gemeinsamen Betrachtung mehrerer Bereiche gefunden werden: z.B. Energie, Landwirtschaft, Wohnen und Stadtentwicklung. Dies wiederum heißt auch: Die Komplexität der Aufgabe nimmt zu.

Die Fördermaßnahme INIS

Vor diesem Hintergrund entwickelten und erprobten 13 Verbundprojekte von 2013 bis 2016 innovative Lösungen, mit denen sich Wasserversorgung und Abwasserentsorgung an die sich verändernden Rahmenbedingungen anpassen lassen. Gefördert hat sie das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der Fördermaßnahme „Intelligente und multifunktionelle Infrastruktursysteme für eine zukunftsfähige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung“ (INIS; <https://nawaminis.de>). Die Verbundprojekte deckten vielfältige Themen ab: von der Wasserversorgung über die Stadtentwässerung und Abwasserentsorgung bis hin zu integrierten Konzepten für Wasser, Abwasser und Energie. Gemäß ihrem transdisziplinären Ansatz arbeiteten nicht nur verschiedene Wissenschaftsdisziplinen, sondern auch „die Praxis“ – Kommunen, Ver- und Entsorgungsbetriebe, Planungs- und Ingenieurbüros usw. – in den Projekten mit.

Dass die Ergebnisse in ganz unterschiedlichen Kommunen und Regionen Deutschlands modellhaft umgesetzt wurden, stärkt die Praktikabilität und Übertragbarkeit der Lösungen. Gleichzeitig funktionierte der Wissenstransfer ab Tag eins: von der Forschung in die Praxis und umgekehrt. Das machte INIS aus.

Begleitet hat die INIS-Projekte das Vernetzungs- und Transfervorhaben INISnet, das sich eigens der „strategischen Kommunikation“ der INIS-Ergebnisse widmete. Es wurde von wichtigen Multiplikatoren der Städte, allen voran dem Difu, und der deutschen Wasserwirtschaft durchgeführt. Neben vielen anderen Produkten und Aktivitäten war INISnet für die Konzeption, Zusammenstellung und Redaktion der zentralen Abschlusspublikation von INIS verantwortlich:

Komprimiertes Wissen: Das Online-„Handbuch“

Wasserinfrastrukturen für die zukunftsfähige Stadt
– Beiträge aus der INIS-Forschung, hrsg. vom Difu,
326 S., Berlin 2017, <https://difu.de/11310>



Das Online-Kompodium „Wasserinfrastrukturen für die zukunftsfähige Stadt“, vom Difu herausgegeben, macht in rund 65 Einzelbeiträgen die Ergebnisse der INIS-Forschung einem breiten Kreis potenzieller Nutzerinnen und Nutzer verfügbar – vor allem Akteuren aus Wasserwirtschaft, kommunalen Verwaltungen und kommunaler Politik. Einzelne Beiträge richten sich auch an die Wissenschaft – denn neben Antworten deckt die Forschung stets neue Fragen auf.

Weitere Informationen:

[Zehn Botschaften an Politik und Praxis](#)



netWORKS: Eine ganze „Projektserie“ zu Wasserfragen in Stadt und Region

Um Innovationen in Wasserwirtschaft und Wasserinfrastrukturen geht es auch im Verbundvorhaben netWORKS.

Die Themen des Online-Handbuchs

Die große Themenvielfalt der INIS-Projekte spiegelt sich in den Beiträgen des Handbuchs wider. Damit Leserinnen und Leser mit unterschiedlichsten fachlichen Hintergründen und Aufgaben schneller an jene Ergebnisse gelangen, die für sie besonders interessant sind, hat INISnet die Beiträge der Online-Publikation in folgende Themenkapitel gegliedert:

- B – Wasserversorgung und Abwasserentsorgung unter Veränderungsdruck
- C – Optimierung von Anlagen und Betrieb
- D – Erschließung ungenutzter Potenziale durch sektorübergreifende Lösungen
- E – Integrierte Bewertung innovativer Systemlösungen
- F – Werkzeuge für Planung, Entscheidungsfindung und Visualisierung
- G – Integration von Stadt- und Infrastrukturentwicklung
- H – Akteure, Strategien und Institutionen der Transformation

Initiiert vom Difu und dem Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) wird netWORKS – es ist Teil von INIS und wird durch das BMBF gefördert – von verschiedenen Forschungseinrichtungen getragen. Dabei arbeiten Fachleute aus den Ingenieurs-, Sozial- und Naturwissenschaften je nach Einzelvorhaben und Projektphase in unterschiedlichen institutionellen und fachlichen Konstellationen zusammen.

Neuartige Systemlösungen ermöglichen der Wasserwirtschaft, sich an veränderte Bedingungen anzupassen. Egal, ob es darum geht, die im Abwasser enthaltene Wärme oder dessen Inhaltsstoffe wieder oder die Abwassernetze anders zu nutzen: „Intelligente“, oft semi- oder dezentrale Lösungen versprechen flexiblere und zugleich wirtschaftlichere Wasserinfrastrukturen. Dabei verändern neue technische Lösungen Stadttechnik wie Haustechnik gleichermaßen. Erkenntnisse und Ergebnisse aus dem Forschungsverbund stehen in der Reihe „netWORKS-Papers“ kostenlos im PDF-Format bereit (<https://networks-group.de/de/publikationen/networks-paper.html>).

netWORKS 3: Know-how für Wandel und Innovationen

Wie lassen sich solche neuartigen Lösungen in Gebäuden und in der technischen Infrastruktur zwischen den Akteuren in Planung und Betrieb abstimmen? Was bedeutet dies für Betreiber und Kommunen? Wer trägt die Kosten, wer hat den Nutzen von entsprechenden Maßnahmen? Wie hoch ist deren Akzeptanz in der Bevölkerung? Welche Spielräume sieht der bestehende Rechtsrahmen vor? Und wie sich zwischen den unterschiedlichen Lösungsstrategien entscheiden? Diesen Fragen widmete sich die 2016 abgeschlossene Vorhabenphase „netWORKS 3: Potenzialabschätzung und Umsetzung wasserwirtschaftlicher Systemlösungen auf Quartiersebene in Frankfurt am Main und in Hamburg“ (<https://difu.de/8682>). In den beiden Modellregionen wurden innovative Systemlösungen simuliert, bewertet und umgesetzt, um sie für die Standardanwendung vorzubereiten und Kommunen Entscheidungshilfen für die Weiterentwicklung der Wasserinfrastrukturen an die Hand zu geben (<https://difu.de/11326>). Die Abschlusspublikation zu netWORKS 3 erschien 2017 gedruckt in der Reihe „Edition Difu – Stadt Forschung Praxis“.

Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten – Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume, hrsg. von Martina Winker und Jan Hendrik Trapp gemeinsam mit Jens Libbe und Engelbert Schramm, Edition Difu – Stadt Forschung Praxis, Band 16, Berlin 2017, weitere Informationen und Bestellung: <https://difu.de/11299>



Entscheidungshilfen für Kommune und Wasserwirtschaft

Der Edition-Difu-Band zeigt anhand von Beispielen, was für eine erfolgreiche „Transformation“ wichtig ist: Hierzu zählen technische Systemalternativen, Erfahrungen aus Pilot-Kommunen, aber auch rechtliche Regelungen und neue Unternehmensstrategien. In der Publikation geht es zudem um Fragen der Systemwahl, des Managements für die Einführung neuartiger Systeme und der Akzeptanz auf Seiten der Nutzenden. Die Autorinnen und Autoren benennen auch, wo noch Handlungsbedarf besteht: unter anderem bei der nötigen Kompetenzvermittlung der wissenschaftlichen und technischen Grundlagen in Aus- und Fortbildung des Fachpersonals.

Informationsbroschüren für jeweils unterschiedliche Akteursgruppen – Entscheidungsträger in den Bereichen Stadtentwicklung und Umwelt, in Regionalentwicklung und Raumordnung sowie strategisch Verantwortliche in Unternehmen der Wasserwirtschaft – stehen kostenlos auch im Netz bereit.

Weitere Informationen:

<https://networks-group.de/de/publikationen/broschueren.html>



Läuft noch bis 2020: netWORKS 4

Seit 2016 und bis 2020 setzt das Difu zusammen mit Projektpartnern das Nachfolge-Vorhaben netWORKS 4 um: „Resilient networks: Beiträge von städtischen Versorgungssystemen zur Klimagerechtigkeit“ (<https://difu.de/10960>).

Wasserinfrastrukturen spielen eine zentrale Rolle bei der Aufgabe, Städte klimagerecht zu gestalten. Sie müssen robust und anpassungsfähig sein, das heißt resilient gegenüber den Folgen des Klimawandels, etwa Starkniederschlägen oder Hitzeperioden. Zugleich müssen sie mit der Ressource Wasser in der Stadt schonend umgehen. Damit dies gelingt, ist es sinnvoll, die „grauen“ (z.B. gebaute Leitungen), „blauen“ (etwa urbane Gewässer) und „grünen“ Infrastrukturen (wie Grünflächen) miteinander zu verknüpfen. Doch wie könnten solche Verknüpfungen von Wasserleitungen, Kanalisationen und urbanen Gewässern oder auch Freiräumen aussehen? Und wie ließe sich damit die „Klimagerechtigkeit“ für die Stadtbewohnerschaft deutlich verbessern? – Fragen, die derzeit in netWORKS 4 untersucht werden.

Weitere Schwerpunkte und Aktivitäten

Difu-Bestandsaufnahme Smart City

Die Digitalisierung der Städte schreitet voran – der Begriff Smart City bringt dies auf den Punkt. Er beschreibt eine Stadt, in der durch Einsatz innovativer Infrastrukturen und Technologien – vor allem vernetzter Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) – intelligente und effiziente Lösungen für unterschiedliche Bereiche der Stadtentwicklung bereitgestellt werden. Hierbei geht es z.B. um Echtzeit-Nutzerinformationssysteme, intelligente Gebäudetechnologien und -automation, integriertes und intermodales Verkehrsmanagement oder Formen von E-Government und E-Partizipation auf der Verwaltungsebene. Bei den technischen Infrastrukturen sollen vor allem die Produktion, Speicherung, Verteilung und Konsumption von Energie besser aufeinander abgestimmt und entsprechende Energiedienstleistungen angeboten werden.

Weltweit diskutiert, entwickelt und erprobt werden ganz unterschiedliche Lösungsansätze. Auch deutsche Städte sind – teils praktisch, teils eher konzeptionell – mit „dabei“. Was bislang fehlte: ein systematischer Überblick über die Smart-City-Aktivitäten in deutschen Kommunen.

Hier setzten von 2016 bis 2017 zwei neue Difu-Projekte, u.a. im Auftrag der Deutsche Telekom AG und in Zusammenarbeit mit Adelphi Consult GmbH Berlin, an – das Ziel: den gegenwärtigen Stand von Smart-City-Ansätzen in deutschen Städten realistisch einzuschätzen. Besonderes Interesse galt Fragen der Umsetzung von Smart-City-Modellen in die Praxis – konzeptionell, pilothaft oder beides kombiniert. Neben einer Bestandsaufnahme wurden anhand von Fallbeispielen Analysen erarbeitet. Zu den eingesetzten Bewertungskriterien zählten Nachhaltigkeit, das Ausmaß von IKT-Einsatz sowie Praxisnähe und Umsetzungsgrad. Untersucht wurde auch, wie einzelne Kommunen Smart-City-Belange organisieren, welche Akteure dabei in welcher Weise kooperieren und welche unterschiedlichen Ziele sie verfolgen.

Smart Cities in Deutschland – eine Bestandsaufnahme. Von Roman Soike und Jens Libbe, Difu-Paper, Berlin 2018	
--	---

→ Seminar „Digitalisierung und Smart City – Wie IKT kommunale Dienstleistungen verändert“, 08.–09. Mai 2017, https://difu.de/10863
--

Lokale „Wärmewende“ – Umbau der städtischen Wärmeversorgung

Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist es, den Gebäudebestand bis 2050 annähernd klimaneutral zu gestalten. Für die Städte ist die „Wärmewende“ der Schlüssel, um die klima- und energiepolitischen Ziele zu erreichen.

Damit CO₂ in dieser Größenordnung eingespart wird, ist ein umfassender Umbau – eine Transformation – städtischer Wärmeversorgungssysteme unumgänglich. Dabei müssen deutlich mehr Gebäude als bisher saniert und fossile Energieträger durch erneuerbare Energien ersetzt werden – und dies im Rahmen hocheffizienter zentraler, semi- und dezentraler Versorgungslösungen.

Kommunen haben beim Umbau städtischer Wärmeversorgungssysteme eine zentrale Funktion: Sie müssen die komplexen Veränderungen – unter Einbezug weiterer Schlüsselakteure wie Energieversorger, Wohnungsunternehmen und Privateigentümer – in einem flexiblen Prozess-Design langfristig strategisch gestalten. Beim notwendigen Management der Transformation geht es darum, einen gesamtstädtischen Such-, Experimentier- und Lernprozess zu organisieren, der technische, organisatorische und institutionelle Fragen umfasst.

Diesen Fragen widmete sich von 2013 bis 2016 das Forschungsvorhaben „Transformation des städtischen Energiesystems und energetische Stadtsanierung. Kommunales Transformationsmanagement auf Basis integrierter Quartierskonzepte“ („TransStadt“). Das Difu und die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg (BTU), Lehrstuhl Stadttechnik, führten dieses Projekt – gefördert vom BMBF im Rahmen der Fördermaßnahme „Umwelt- und gesellschaftsverträgliche Transformation des Energiesystems“ – gemeinsam durch.

Ein von Difu und BTU erarbeiteter und Anfang 2017 veröffentlichter Leitfaden unterstützt Kommunen durch Handlungsempfehlungen zu Prozessgestaltung und Instrumenteneinsatz dabei, die kommunale Wärmewende schrittweise umzusetzen. Er schlägt den Bogen zwischen Stadtentwicklung und Wärmeversorgung und erläutert, wie sich energetische Gebäudemodernisierung und Transformation der Versorgungsstrukturen räumlich und zeitlich abstimmen lassen. Aus technischer Perspektive werden zentrale Transformationswege und ihr Beitrag zum Erreichen des CO₂-Einsparziels im Gebäudebereich dargestellt.

Kommunales Transformationsmanagement für die lokale Wärmewende – TransStadt-Leitfaden. Von Robert Riechel, Jens Libbe, Sven Koritkowski, Matthias Koziol, Jan Hendrik Trapp (Mitarb.), Difu-Sonderveröffentlichung, Berlin 2017, https://difu.de/11268	 
--	--

Als Roter Faden dient in der Print- und Online-Publikation ein Prozesszyklus des kommunalen Transformationsmanagements in zehn Schritten. Er orientiert sich an den räumlichen Ebenen Gesamtstadt und Quartier. Der strategischen Suche nach technischen und organisatorischen Umbaumöglichkeiten auf gesamtstädtischer Ebene folgt das beispielhafte Umsetzen auf Quartiersebene im Rahmen gezielter Interventionsimpulse. In diesem

Sinne lassen sich beispielsweise energetische Quartierskonzepte dazu nutzen, neue technische und organisatorische Maßnahmen konzeptionell vorzubereiten. Aber auch die pilothafte Umsetzung innovativer Versorgungstechnologien oder neue Methoden und Formate der Öffentlichkeitsarbeit sind denkbar. Die gewonnenen Erfahrungen kontinuierlich auszuwerten hilft schließlich dabei, die gesamtstädtische Transformation zu optimieren.



Weitere Informationen: www.difu.de/11268

Weitere Projekte (Auswahl):

- Projekt „Ressourcenleichte zukunftsfähige Infrastrukturen – umweltschonend, robust, demografiefest/RELIS“ (2013–2017), <https://difu.de/8993>
Der Abschlussbericht erschien in der Reihe Texte des Umweltbundesamtes (UBA) als Band 64/2017, <https://difu.de/11475>
Das UBA veröffentlichte auch die vom Difu erarbeitete Broschüre „Ressourcenleichte Infrastrukturen in Stadt und Region“, <https://difu.de/11476>
- Projekt „Notwendigkeiten und Möglichkeiten zur klimaresilienten und zukunftsfähigen Ausgestaltung von nationalen und grenzübergreifenden Infrastrukturen/KLARIS“ (2014–2017), <https://difu.de/9611>

Mobilität

Verkehrswende und Nachhaltige Mobilitätspläne (SUMP)

Das Verkehrssystem zu einem nachhaltigen Sektor auszubauen, ist eine komplizierte und langwierige Aufgabe. Trotzdem: Allein schon aus Klimaschutzgründen steht die Verkehrswende auf der Tagesordnung. So stellte die Bundesregierung 2016 auch für den Verkehrssektor ein eigenes Klimaschutzziel auf: Die Treibhausgas-Emissionen im Verkehr sollen bis 2030 um mindestens 40 % sinken. Wie schwierig dies wird, zeigt die bisherige Entwicklung: Die Emissionen im Verkehr sind seit 1990 praktisch nicht weniger geworden! Immer mehr Neuwagen sind Geländelimosinen (sog. SUV). Und Fortschritte in der Fahrzeugtechnik werden durch Steigerungen der mittels Kraftfahrzeug zurückgelegten Entfernungen kompensiert.

Somit ist klar: Die Fahrzeugtechnik weiterzuentwickeln reicht allein nicht aus. Der Skandal um die Dieselausgaswerte hat diese Tatsache einmal mehr ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt. Verkehre müssen auf emissionsärmere Verkehrsmittel und -träger verlagert, Entfernungen im Verkehr gesenkt werden. Die dazu notwendigen Strategien liegen auf der lokalen Ebene und sind nur mittel- bis langfristig umsetzbar. Vor allem müssen solche „Verkehrswende-Strategien“ verschiedene Maßnahmen verbinden und mit anderen Planungsbereichen wie Stadtplanung, Umweltplanung, Wirtschaftsförderung verknüpft werden. Über Beteiligungsverfahren müssen alle relevanten Akteure in die Entwicklung entsprechender Konzepte einbezogen werden. Ebenfalls nötig: stetes Monitoring und Evaluation.

Für solche Aufgaben sind Nachhaltige Stadtmobilitätspläne (Sustainable Urban Mobility Plans – SUMP) geeignete Instrumente. Sie wurden in der EU-Forschungsin-

itiative CIVITAS entwickelt und entsprechen weitgehend den Verkehrsentwicklungsplänen (VEP) in Deutschland. Allerdings wird bei den SUMP die Umweltorientierung, allein schon durch die Bezeichnung, stärker betont. Damit unterstützen sie die Verkehrswende nachhaltig.

Das Difu organisiert im EU-Projekt PROSPERITY den Wissensaustausch zwischen Kommunen, Ländern, Bund und anderen Akteuren – das Ziel: Sichtbarkeit und Unterstützung des SUMP-Ansatzes zu erhöhen. Hierzu erstellt das Institut Informationsmaterialien und richtet nationale Tagungen aus. Im Ergebnis soll sich die Zahl der Städte, die SUMP anwenden, erhöhen. Im Rahmen des Projektes wurde auch die „Nationale Task Force SUMP Deutschland“ gegründet. Sie erarbeitet Konzepte zur Förderung von SUMP durch Bund und Länder. Das Difu wird kontinuierlich die Erfahrungen aus den anderen 13 beteiligten EU-Ländern und auch aus den „Schwesterprojekten“ SUMP-UP und SUITS einspeisen. Außerdem berät das Institut beispielhaft die Stadt Kassel beim Umsetzen von deren SUMP.

Automatisiertes Fahren und Stadtentwicklung

Das automatisierte Fahren ist als Thema in der (Fach-) Öffentlichkeit angekommen – nicht zuletzt durch das Gesetz zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes über Autos mit hoch- und vollautomatisierter Fahrfunktion vom Mai 2017 sowie durch die anschließende Veröffentlichung des Berichts der Ethikkommission „Automatisiertes und Vernetztes Fahren“. Automobilhersteller, Zulieferer, Unternehmen der IT-Branche und die Deutsche Bahn haben das automatisierte Fahren bereits seit geraumer Zeit als zukünftiges Geschäftsfeld entdeckt – sie testen

bereits Fahrzeuge im Individual- und im öffentlichen Verkehr, auch in einigen deutschen Städten.

Für die Kommunen birgt die Einführung automatisierter Systeme Chancen und Risiken zugleich. Unter „Laborbedingungen“ liegt der mögliche Nutzen automatisierter Fahrzeuge in erhöhter Effizienz des Verkehrs, vermindertem Ausstoß von Luftschadstoffen und Treibhausgasen sowie mehr Verkehrssicherheit. Jedoch bleiben mit Blick auf die Einführung automatisierter und autonomer, d.h. fahrerloser Systeme für die Städte und Gemeinden auch (weiterhin) viele Fragen offen. Besonders Gesichtspunkte der Stadtentwicklung werden bislang noch wenig thematisiert:

- Welche Voraussetzungen müssen infrastrukturseitig geschaffen werden? Wo müssen Daten erfasst oder Fahrspuren gesichert werden? Welche – auch negativen – Effekte ergeben sich eventuell für den öffentlichen Raum?
- Wie sind die Nachfrage nach und die Akzeptanz von automatisierten Systemen in der Bevölkerung einzuschätzen? Wie werden sich psychologische Aspekte des Verkehrs verändern?
- Kommt es vielleicht zu unerwünschten Verlagerungseffekten – etwa weg vom öffentlichen Verkehr oder vom Rad- und Fußverkehr?
- Wie können sich Kommunen die „Effizienzrendite“ bezüglich Sicherheit und Leistungsfähigkeit sichern und für die steigenden Ansprüche an den öffentlichen Raum nutzen?
- Welche Instrumente helfen gegen „Mehrverkehr“?

Um positive Umweltwirkungen zu erzielen, ist es zentral, Fahrzeuge geteilt, d.h. zu mehreren zu nutzen. Während dies im ÖPNV auf Schiene und Straße bereits so ist, würden in einem für die Stadtverträglichkeit weniger wünschenswerten Szenario „Robo-Taxis“ Personen einzeln aufnehmen und eventuell sogar Leerfahrten unternehmen.

Das Difu hat solche Fragen schon frühzeitig aufgegriffen, z.B. in einem Expertenworkshop vom Oktober 2016. Diskutiert wurden dort Veränderungen des Verkehrsangebots, Rückwirkungen auf die Daseinsvorsorge sowie die Bereiche Ethik und öffentlicher Raum. Teilnehmerinnen und Teilnehmer hoben unter anderem hervor, dass Bahnen und Busse in Ballungsräumen das Rückgrat im



Difu-Expertenworkshop zum autonomen Fahren in Kommunen, Foto: T. Stein

Stadtverkehr bleiben müssten. Im Januar 2017 diskutierte ein difu-interner, die Forschungsbereiche übergreifender Workshop die Frage, ob das autonome Fahren das Ende der „Urbanität“ bedeuten könnte. Wie verändern sich etwa Erreichbarkeiten? Wird die kompakte Siedlungsentwicklung gestärkt oder geschwächt?

Auch vor dem Hintergrund der aktuellen verkehrsbedingten Probleme der Luftqualität sollten die Städte und Gemeinden die Chancen automatisierten und autonomen Fahrens aktiv nutzen – als Ergänzung für den ÖPNV wie für neue Angebote im Bereich von Car- und Ridesharing.

Parkraumpolitik und öffentlicher Raum

Parkraumbewirtschaftung – Nutzen und Effekte, hrsg. vom Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg (Auftraggeber), Bearb. Difu: Uta Bauer, Martina Hertel und Stefanie Hanke, Stuttgart 2017



Die Flächen der parkenden Autos stehen im öffentlichen Raum in Nutzungskonkurrenz zu Grün- und Aufenthaltsflächen und den Ansprüchen von Fußgängern, ÖPNV, Liefer- und Radverkehr. Parkraummanagement bietet den Kommunen die Möglichkeit, die Verkehrsmittelwahl zu beeinflussen und auch die Flächennutzung im öffentlichen Raum zu steuern. Erfolgreiches Parkraummanagement braucht einen integrierten Ansatz für private und öffentliche Angebote (Parken in Parkhäusern und Garagen – Parken auf der Straße). Es handelt sich dabei um ein konfliktbeladenes Thema, bei dem die sachliche Argumentation häufig zu kurz kommt.

Vor diesem Hintergrund veranstaltete das Difu im Juni 2016 das Seminar „Vom Parkdruck zu mehr Lebensqualität?! – Neue Entwicklungen und Ansätze im Parkraummanagement“ – in seinem Mittelpunkt: die Instrumente kommunaler Parkraumpolitik wie Bewirtschaftungskonzepte, Best-Practice-Beispiele, Stellplatzsatzungen und Strategien. Vorgestellt wurde auch der Argumentationsleitfaden „16 gute Gründe für Parkraummanagement“. Er war im Rahmen des EU-Projekts „PUSH & PULL“ entwickelt worden. Das internationale Vorhaben mit dem Difu als einem der Partner befasste sich von März 2014 bis Februar 2017 mit „Parkraummanagement als erfolgreicher Strategie für energieeffizienten Stadtverkehr“.

Das Projekt zeigte: Parkraummanagement umfasst tatsächlich viel mehr als „nur“ Parkraumbewirtschaftung: Im englischen Nottingham beispielsweise wurde 2012 erfolgreich eine so genannte „Workplace Parking Levy (WPL)“, eine Parkgebühr am Arbeitsplatz, eingeführt. Bei ihr zahlen Arbeitgeber mit mehr als zehn Parkplätzen für ihre Angestellten eine jährliche Abgabe (oder geben diese Verpflichtung an die Arbeitnehmer weiter). Aus den Einnahmen finanzierte die Stadt zwei neue Straßenbahnlinien. Im belgischen Gent wurde seit 2009 das kostenpflichtige Parken im historischen Stadtzentrum



Geringe Bußgelder führen zur Missachtung von Halteverboten, Foto: M. Hertel

ausgedehnt, die Parkdauer auf drei Stunden begrenzt und die Gebühr deutlich erhöht – die Folgen: Parksuchverkehr verringert, Parkdruck in der Altstadt reduziert, Park&Ride- und Park&Bike-Angebote besser genutzt. Im Ergebnis steht in der Innenstadt mehr öffentlicher Raum für den Rad- und Fußverkehr zur Verfügung. Außerdem müssen Hauseigentümer im Stadtzentrum Bewohnerinnen und Bewohnern – per Satzung – keine Parkplätze mehr anbieten.

Das Difu bearbeitet auch weiterhin für die Kommunen wichtige Fragen rund um Parkraumpolitik: Wie sehen zeitgemäße Stellplatzsetzungen und die dazu erforderlichen Mobilitätskonzepte aus? In welchem Maß können Stellplatzschlüssel bei Neubauten abgesenkt und zugleich Maximalwerte für neue Stellplätze berücksichtigt werden? Wie lassen sich Fahrradabstellanlagen rechtsverbindlich umsetzen?

Förderung des Radverkehrs

Das Fahrrad ist wieder „in“. Es wird in den meisten Kommunen inzwischen auch als Verkehrsmittel für den Alltag ernst genommen. Kommunale Radverkehrsförderung ist jedoch noch lange kein Selbstläufer. Das große „ABER“ kommt in vielen Fällen nämlich dann, wenn es darum geht, den öffentlichen Raum neu- oder umzuverteilen. Sollen Parkplätze oder Fahrspuren wegfallen, um bessere Bedingungen für



Parkraummanagement als Steuerungsinstrument von Verkehrs- und Stadtplanung, Foto: M. Hertel

den Umweltverbund zu schaffen, so stehen meist schwierige Aushandlungen mit verschiedenen Akteuren an. Einige Kommunen zeigen jedoch: Es lassen sich auch an Hauptverkehrsstraßen Lösungen für die Aufteilung des Straßenraums finden, die verkehrliche Funktionen und lebenswerte Stadträume zusammenbringen (Beispiele: Friedrich-Ebert-Straße in Kassel, Osterstraße in Hamburg).

Konsequente Radverkehrsförderung kann ganz wesentlich zur Lösung aktueller Verkehrsprobleme beitragen. Entsprechende Maßnahmen sind vergleichsweise kostengünstig. Sie bewirken meist gerade in innerstädtischen Gebieten Verlagerungen weg vom Kfz-Verkehr oder entlasten den ÖPNV. Die Stadt Karlsruhe beispielsweise erreichte eine Steigerung des Radverkehrs-Anteils von 16 % auf 25 % in nur zehn Jahren – hauptsächlich zu Lasten des Kfz-Verkehrs.

In Sachen Klimaschutz ist der direkt erzielbare Effekt von Treibhausgas-Einsparungen durch Verkehrsverlagerung vom Kfz auf das Fahrrad bei relativ kurzen Entfernungen zwar überschaubar. Eine solche Betrachtung greift aber zu kurz. Das Fahrrad kann ein ganz wesentliches Element für ein anderes Mobilitätsverhalten sein und bei immer mehr Einzelpersonen wie Familien dazu führen, das Auto (oder den Zweitwagen) abzuschaffen und verstärkt den Umweltverbund zu nutzen. Carsharing, öffentliche Fahrradverleihsysteme und neue Mobilitätsangebote sowie



Probefahrt eines Pedelecs im Rahmen des Projekts „Pendeln mit Rückenwind“. Christian Gaebler, zum Zeitpunkt der Aufnahme Staatssekretär, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt. Foto: M. Hertel

eben das eigene Fahrrad bewirken im Zusammenspiel durchaus deutliche Einsparungen von Treibhausgas-Emissionen im städtischen Verkehr. Der Radverkehr ist daher wichtiger Bestandteil integrierter städtischer Mobilitätsstrategien.

Neue hochwertige Radverkehrsverbindungen, allen voran Radschnellwege, können gerade Pendlerinnen und Pendler motivieren, auch weitere Entfernungen per Fahrrad zurückzulegen. Paradebeispiel ist der Radschnellweg Ruhr „RS1“, der momentan auf eine geplante Länge von 101 km ausgebaut wird.

<p>„Pendeln mit Rückenwind“. Ein Praxisleitfaden zu Pedelecs & Co. für Kommunen, Unternehmen und private Haushalte, hrsg. vom Difu, Auftraggeber: Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (2. Aufl., Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz), Bearb. Difu: Tilman Bracher, Martina Hertel, Anne Klein-Hitpaß, Berlin 2016, 2. Aufl. 2017, https://difu.de/11059</p>	
---	---

Am Difu hat sich über viele Jahre ein anerkanntes Kompetenzzentrum zum Radverkehr entwickelt. Mehr als zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen sich praxisnah mit dem Thema im Rahmen der Projekte Fahrradakademie und Fahrradportal sowie mit Spezialthemen wie Pedelecs und Fahrradstraßen. Das Difu berücksichtigt dabei besonders die Bedürfnisse der Kommunen. Fort- und Weiterbildung, Vernetzung, politische Überzeugungsarbeit, Fachexkursionen, verständlich aufbereitete Informationen sowie Forschung zum Thema Radverkehr bilden ein breites Spektrum an entsprechenden Angeboten.

Nationale Fußverkehrsstrategie

Wer kennt das nicht: zugeparkte Gehwege, lange Wartezeiten an Ampeln, verschmutzte Unterführungen oder öde und verlärmt Bürgersteige entlang von Hauptverkehrsstraßen. Zufußgehen in Städten und Gemeinden ist nicht immer ein Vergnügen. Dabei ist Zufußgehen die

gesündeste, preiswerteste und umweltfreundlichste Art der Fortbewegung. Fußverkehr braucht viel weniger Platz als andere Verkehrsarten und verursacht keinen Lärm. Städte und Gemeinden, in denen viele Menschen zu Fuß gehen und verweilen, erfreuen sich meist großer Beliebtheit. Ein hoher Anteil von Fußverkehr ist ein Zeichen dafür, dass sich die Menschen wohlfühlen. Zufußgehende beleben Straßen und Plätze und steigern das Sicherheitsgefühl. Sie stärken den innerörtlichen Einzelhandel und die Gastronomie. Kurz: Die Europäische Stadt ist ohne Fußverkehr nicht vorstellbar. Trotz dieser unbestrittenen Vorteile fristet der Fußverkehr in Stadt- und Verkehrsplanung wie in der Forschung meist noch ein Nischendasein.

Um dies zu ändern, beauftragte das Umweltbundesamt das Difu, ein Grundkonzept für eine bundesweite Fußverkehrsstrategie zu erarbeiten. In diesem „Papier“ werden Defizite ermittelt, Ziele benannt und Maßnahmen zur Förderung des Fußverkehrs vorgeschlagen. Es soll wichtige Impulse setzen und Kommunen motivieren, mehr für Fußgängerinnen und Fußgänger zu unternehmen.

Dabei kann auf einige Vorbilder zurückgegriffen werden: Großstädte wie London, Zürich, Wien und Berlin haben bereits mit viel Erfolg Fußverkehrsstrategien erarbeitet. Auch die Länder Österreich, Schottland oder Wales haben Strategien entwickelt, um den Fußverkehr aktiver zu fördern und seinen Anteil am Gesamtverkehrsaufkommen zu erhöhen.

Derzeit wird in deutschen Städten ungefähr jeder dritte Weg ausschließlich zu Fuß zurückgelegt. In der Hauptstadt Berlin, aber auch in Frankfurt am Main, Rostock und Halle sind sogar mehr Menschen zu Fuß unterwegs als jeweils mit Auto, ÖPNV oder Fahrrad. Mit dem demografischen Wandel und einer älter werdenden Gesellschaft werden der Fußverkehr und eine barrierefreie Fortbewegung in Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen.

Der Entwurf zum Grundkonzept der Fußverkehrsstrategie wurde in einem Expertengremium mit Vertreterinnen und Vertretern aus Kommunen, Ländern, verschiedenen Bundesressorts, Verbänden und Wissenschaft diskutiert. 2018 soll das Projekt abgeschlossen werden.

Weitere Projekte (Auswahl):
→ Projekt „City2Share – sozial – urban – mobil“ (2016–2020), https://difu.de/10708
→ Fort- und Weiterbildung zur Radverkehrsförderung im Rahmen des NRVP 2020 – Qualität sichern und weiterentwickeln (Fahrradakademie) (2017–2019), https://difu.de/3853
→ „Fahrradportal“ (2004–2019), https://difu.de/3794
→ Umsetzung des „Aktionsprogramms Klimaschutz 2020“ und Ausarbeitung des „Klimaschutzplans 2050“ für den Bereich Verkehr (UFOPLAN 2016) (2017–2019), https://difu.de/11196
→ Projekt „Aktive Mobilität: Mehr Lebensqualität in Ballungsräumen“ (2016–2019), https://difu.de/10959

Umwelt

Klimavorsorge und Klimaanpassung

Klimawandel und Wetterextreme wie Starkregen, Stürme und Hitzeperioden wirken sich auf alle Lebensbereiche in der Stadt aus. Die Kommunen haben aber durchaus Möglichkeiten, gemeinsam mit ihren Bürgerinnen und Bürgern, mit ortsansässigen Unternehmen und anderen Akteuren vorausschauend „vorzusorgen“, um Risiken und Schäden möglichst klein zu halten. Zu dieser „Klimavorsorge“ gehört zum einen, geeignete Anpassungsmaßnahmen – und zwar Aufgabenbereiche übergreifend – zu entwickeln und umzusetzen. Zum anderen lässt sich die „Resilienz“ – das heißt die Robustheit der Stadt und ihrer Akteure gegenüber Klimaänderungen und Extremereignissen – insgesamt steigern.

Klimavorsorge und integrierte Klimaanpassung sind damit wichtige Teile der kommunalen Daseinsvorsorge und des Stadtbbaus. Sie tragen mit ihrer Vielfalt innovativer und multifunktionaler Maßnahmen auch dazu bei, die Attraktivität der Stadt und die Lebensqualität zu steigern sowie die Zusammenarbeit zwischen den Akteuren in Stadt und Quartieren zu verbessern.

Zahlreiche kommunale (Pilot-)Projekte berücksichtigen beim Planen und Umsetzen bereits Gesichtspunkte der Klimaanpassung – trotz noch offener Fragen etwa zu Finanzierung und Unterhalt von Maßnahmen sowie zur rechtlichen Verantwortung. Darüber hinaus existieren etliche Möglichkeiten, Synergien für die kommunale Klimaanpassung als langfristige Zukunftsaufgabe zu schaffen: So lässt sich die Klimaanpassung beispielsweise mit anderen stadtgemeinschaftlichen Themen und Ansätzen der Stadtentwicklung verknüpfen, in künftige kommunale Strategieprozesse (ungeachtet der jeweiligen Themenausrichtung) und in kommunale Gesamtstrategien integrieren.

Welche Herausforderungen bestehen für Kommunen und die Akteure der Stadtgesellschaft?

Die Bandbreite möglicher Klimafolgen und Risiken vor Ort bringt es mit sich: Für Klimavorsorge und Klimaanpassung können weder ein bestimmter kommunaler Fachbereich noch ein Akteurskreis oder eine Fachdisziplin allein zuständig sein. Zu beteiligen sind immer mehrere kommunale Dienststellen und auch verwaltungsexterne Akteure, um multifunktionale und langfristig tragfähige Anpassungslösungen zu erarbeiten und umzusetzen. Dabei ist früh zu klären: Wer übernimmt die Federführung? Welche weiteren Dienststellen beteiligen sich? Wie lässt sich die Beteiligung von Akteuren aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Verbänden an der gemeinsamen Arbeit und Kommunikation sicherstellen? Für das Umsetzen der

Strategie und der Maßnahmen ist dann eine geeignete Organisationsform zu erarbeiten – mit klaren Verantwortlichkeiten, Umsetzungsvereinbarungen, Terminzusagen und Ressourcenzuordnungen.

Wie sich das Thema politisch verankern lässt, die entsprechenden Ressourcen bereitgestellt und die erforderlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden können, zeigte sich in Difu-Seminaren, etwa „Vielfalt in der Grünflächen- und Freiraumentwicklung – Urbanes Grün mit neuen Akteuren und Konzepten“ und „Klimaangepasst bauen und sanieren – Kommunen informieren ihre Bürgerschaft“, sowie in den laufenden Difu-Projekten zum Thema Klimaanpassung.

Praxisratgeber Klimagerechtes Bauen – Kostenloser Praxisleitfaden für Kommunen

Klimagerechtes Bauen, <https://difu.de/11177>
Ein unter Schirmherrschaft des Deutschen Städtetages erarbeiteter Praxisratgeber. Kommunen können ihn als Handreichung für Bauherren und Architekten nutzen.



Egal, ob ein Haus oder eine Wohnung neu gebaut oder saniert wird – dies klimagerecht auszuführen lohnt sich in jedem Fall, um extremen Wetterereignissen wie Starkregen, Hitze, Stürmen und Hagel vorsorgend zu begegnen. Das Difu hat daher im Auftrag der Schwäbisch Hall-Stiftung ‚bauen-wohnen-leben‘ einen „Praxisratgeber Klimagerechtes Bauen“ für Bauherren und Architekten erstellt. Die kostenlos zu beziehende Broschüre informiert über Vorsorgemaßnahmen im Kontext Klimaanpassung und Immobilien und zeigt, wie private Bauherren bei Neubau oder Sanierung klimaangepasst handeln können. Sie geht auf Probleme ein, die auf alle, die ein Haus besitzen, zukommen können, stellt eine Checkliste für die Standortanalyse bereit, erläutert anhand von Fotos, Grafiken und Karten bauliche und technische Vorsorgemaßnahmen gegen eindringendes Wasser, zum Schutz vor Hitze sowie Sturm- und Hagelschäden, etwa Rückstausicherungen, Dach- und Fassadenbegrünungen. Darüber hinaus informiert der Praxisratgeber über Möglichkeiten der Finanzierung und Förderung.

KliMoPrax

Im Verbundvorhaben „Klimamodelle für die Praxis (KliMoPrax)“ werden die Anforderungen künftiger Nutzerinnen und Nutzer an ein neuartiges, frei verfügbares und einfach zu bedienendes Stadtklimamodell erarbeitet und in Pilotanwendungen vor Ort getestet. Als Pilotkommunen kooperieren dabei Berlin, Bonn, Essen, Hamburg, Karlsruhe, München und Stuttgart mit dem Difu und

weiteren Partnern. Das neue Modell soll künftig in der Lage sein, stadtklimatische Folgen (Stichworte: Hitze, Strahlung, Luftchemie) mit hoher Auflösung für eine ganze Großstadt zu „berechnen“. Doch die Ziele sind noch weiter gespannt: Das Stadtklimamodelle soll z.B. auch die kleinräumliche Untersuchung von Klimafolgen ermöglichen, Luftverschmutzungen und Schadstoffausbreitungen simulieren oder in der Hitze-, Gesundheits- und Katastrophenvorsorge einsetzbar sein. Das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Projekt wird seine Ergebnisse 2019 vorstellen.

Kommunale Überflutungsvorsorge – Planer im Dialog

Überflutungsvorsorge und Starkregenmanagement sind kommunale Gemeinschaftsaufgaben. Sie erfordern es, unterschiedliche Akteure zu beteiligen, mit diesen zu kooperieren und standardisierte Planungs- und Verwaltungsvorgänge zu optimieren. Vor diesem Hintergrund führt das Difu, gefördert von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU), bis März 2018 das Projekt „Kommunale Überflutungsvorsorge – Planer im Dialog“ durch. Beteiligt sind die Städte Bonn, Dresden, Hagen, Hannover, Jena, Kaiserslautern, Kiel, Köln, Ludwigshafen, Lübeck, Magdeburg, Nürnberg, Oldenburg, Solingen und Stuttgart. Sie unterstützen sich gegenseitig beim Erarbeiten, Einführen und Optimieren geeigneter Strukturen und Verfahren einer koordinierten Überflutungsvorsorge in Neubau und Bestand. Zum Einsatz kommen dabei z.B. Starkregen-Gefahrenkarten, Konzepte zur Niederschlagsbeseitigung und multifunktionale Flächennutzungen. Weitere wichtige Projektthemen: Öffentlichkeitsarbeit, Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger sowie rechtliche Fragen, etwa zu Haftungsrisiko und Informationspflicht.

Nachhaltiges Ressourcenmanagement

Ressourcenschutz – eine Herausforderung für Kommunen

Mit dem Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum hat auch der Ressourcenverbrauch zugenommen – weltweit



Ressourcenarme Stadtentwicklung Seestadt Aspern, Wien, Foto: M. Verbücheln



Baustoffmanagement Seestadt Aspern, Wien, Foto: M. Verbücheln

und stetig. Ein ungebremstes „Weiter so“ führt vorhersehbar zu großen Einschnitten bei der Lebensqualität. Damit wird ein schonender und gleichzeitig effizienter Umgang mit natürlichen Ressourcen immer dringlicher. Wachstum und Wohlstand sollten so weit wie möglich vom Verbrauch der natürlichen Lebensgrundlagen abgekoppelt werden. Wichtige Stichwörter in der Fachdiskussion hierzu lauten Effizienz, Konsistenz und Suffizienz.

Folgerichtig erlangt Ressourcenschutz auch auf der politischen Agenda einen immer höheren Stellenwert. Die Vereinten Nationen formulieren in ihrer „Agenda 2030“ 17 Nachhaltigkeitsziele. Die EU hat das „Kreislaufwirtschaftspaket“ mit Zielen zur Vermeidung und Wiederverwertung verabschiedet. Auf nationaler Ebene führt das im Jahr 2012 gestartete Deutsche Ressourceneffizienzprogramm (ProgRess I) Ziele, Handlungsfelder und Beispiele für ressourceneffizientes Handeln auf. ProgRess II (2016) hebt die wichtige Rolle der Kommunen bei der Ressourceneffizienz hervor.

Entwicklung einer „Servicestelle: ressourceneffiziente Kommune“

Das Difu unterstützt im Rahmen des Projekts „Ressourcenpolitik auf lokaler und regionaler Ebene“ (kommRes) das Umweltbundesamt (UBA) und das Bundesumweltministerium (BMU) beim Weiterentwickeln von ProgRess III bis zum Jahr 2019. Ziel ist es, Kommunen bei der Fortschreibung des Programms verstärkt zu beteiligen – als wichtige Impulsgeber für die programmatische Entwicklung und um Praxistauglichkeit zu gewährleisten. Das Projekt erarbeitet hierzu Grundlagen für die Weiterentwicklung und Anschlussfähigkeit von ProgRess, ermittelt und untersucht entsprechende Politikansätze für die kommunale und regionale Ebene. Um die Ressourceneffizienz vor Ort zu verbessern, sind übergreifende Informations- und Vernetzungsangebote sowie die Unterstützung bei der Projektumsetzung gefragt. Dies soll langfristig durch das Einrichten einer Servicestelle für



Foto: M. Verbücheln

Ressourceneffizienz in Kommunen erreicht werden. Dazu wurde ein Dialogprozess in Form einer Workshop-Reihe zwischen Kommunen und dem Bund angestoßen. Das Forschungsprojekt läuft noch bis 2019 und wird vom Difu im Verbund mit dem Öko-Institut e.V. durchgeführt.



Weitere Informationen: <https://difu.de/11052>

RegioRess: Optimierung regionaler und lokaler Stoffkreisläufe

Welche Möglichkeiten gibt es, Stoffströme und Stoffkreisläufe so zu optimieren, dass sich Ressourceneffizienz und -effektivität auf der kommunalen Ebene erhöhen? Im UBA-Auftrag untersucht das Difu gemeinsam mit dem Öko-Institut hierzu vier kommunale Fallbeispiele, um möglichst praxisnah die wesentlichen Erfolgsbedingungen und Hindernisse zu ermitteln. Besonderes Augenmerk liegt auf den kommunalen und regionalen Gestaltungs- und Umsetzungsmöglichkeiten. Welche Rahmenbedingungen begünstigen ein erfolgreiches Umsetzen? Wie lassen sich regionale und kommunale Managementprozesse verstärkt integrativ gestalten? Entsprechende Politikempfehlungen werden formuliert. Das Projekt mit Laufzeit bis Ende 2017 bereitet seine Ergebnisse für die Kommunalverwaltungen, die Bürgerinnen und Bürger sowie die regionale Wirtschaft auf.



Weitere Informationen: <https://difu.de/9624>

Instrumente, um urbane Stoffströme zu steuern

Im Hoch- und Tiefbau werden die größten Massenströme bewegt. Solche Stoffströme in Richtung eines Kreislaufs zu optimieren, kann den Ressourcenverbrauch deutlich mindern. Im Auftrag des UBA untersucht das Difu, inwieweit stadtplanerische Instrumente urbane Stoffströme beeinflussen können und wie sich Stoffströme nachhaltig steuern lassen. Das Forschungsteam analysiert dabei die grundsätzlichen Einflussmöglichkeiten und ermittelt zusätzlich geeignete Fallbeispiele, um in deren Rahmen

stoffstromorientierte Analysen durchzuführen. Hierzu wählt es vier Großstädte aus, die sich durch besondere Projekte der Stadtplanung im Zusammenhang mit Stoffströmen auszeichnen. Das im Verbund mit dem Öko-Institut e.V. bis 2019 laufende Vorhaben wird die Erkenntnisse aus Theorie und Praxis zusammenführen, wird Möglichkeiten und Grenzen nachhaltiger Steuerung städtischer und stadtreionaler Stoffströme durch die Stadtplanung herausarbeiten und daraus Handlungsempfehlungen für die verschiedenen Akteursgruppen ableiten.

Auswirkungen der Demografie auf die Abfallwirtschaft

Leitfaden zu Auswirkungen von Demografie auf die Abfallwirtschaft. Der vom Difu produzierte Leitfaden steht auf den Homepages von UBA und Difu zum kostenlosen Download bereit: <https://difu.de/10265>



Welchen Einfluss hat der demografische Wandel auf die künftige Kreislaufwirtschaft? Mit welchen Lösungen kann den Herausforderungen begegnet werden? Um die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die kommunale Abfall- und Entsorgungswirtschaft zu ermitteln, entwickelte ein Projektkonsortium aus Difu und Öko-Institut Szenarien für die Jahre 2030 und 2050. Es erarbeitete Handlungsempfehlungen für unterschiedliche kommunale Demografie-Typen (z.B. „wachsend“ oder „schrumpfend“). Dabei beachtete es die bestehenden politischen abfallwirtschaftlichen Ziele. Die Ergebnisse wurden in einem Leitfaden veröffentlicht. Das Forschungsprojekt im UBA-Auftrag endete 2017.

Weitere Schwerpunkte und Aktivitäten

Kommunaler Klimaschutz

Klimaaktive Kommune: Klimaaktive Kommune 2016. Ein Wettbewerb des Bundesumweltministeriums und des Deutschen Instituts für Urbanistik, Berlin 2017, <https://difu.de/11275>



Klimaschutz & erneuerbare Wärme, Themenheft, <https://difu.de/11215>



Der kommunale Klimaschutz gehört bereits seit 2008 zu den „großen“ Difu-Arbeitsschwerpunkten. Das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) beim Difu ist Ansprechpartner für alle Fragen rund um Fördermöglichkeiten, Potenziale und andere Gesichtspunkte des kommunalen Klimaschutzes. Das Projekt im Auftrag des Bundesumweltministeriums läuft noch bis März 2019. Das SK:KK unterstützt vor allem Kommunen durch Beratung zu Fördermöglichkeiten im kommunalen Klimaschutz, mit Fach- und Vernetzungsveranstaltungen zu verschiedenen Themen sowie einer Website mit zahlreichen weiterführenden Informationen.

Darüber hinaus berät das SK:KK-Team Kommunen und weitere Akteure detailliert zur „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen“ (Kommunalrichtlinie), einem speziell auf die Anforderungen der Städte, Gemeinden und Landkreise zugeschnittenen BMU-Förderprogramm. Es unterstützt Kommunen, die sich für den Klimaschutz engagieren und ihre Energiekosten dauerhaft senken wollen.

Das Projekt „Klimaschutz in der kommunalen Praxis: Information, Motivation, Vernetzung“, kurz „KlimaPraxis“, unterstützt und motiviert Kommunen in ihrem Klimaengagement. Hierzu wird unter anderem einmal im Jahr der Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ (bis 2015 Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“) ausgelobt. Ausgezeichnet werden die Gewinner im Rahmen einer jährlichen Kommunalkonferenz. Darüber hinaus sollen Kommunen motiviert werden, gute Ideen aufzugreifen und von den Erfahrungen anderer zu profitieren. Dieser Transfer wird durch Publikationen und unterschiedliche Veranstaltungen (Praxiswerkstätten, Themenseminare) ermöglicht.

„KlimaPraxis“ wird vom Bundesumweltministerium gefördert, Kooperationspartner sind die kommunalen Spitzenverbände.

Der 21. Deutsche Fachkongress für kommunales Energiemanagement fand 2016 in der Landeshauptstadt Kiel und der 22. Kongress 2017 in Aachen statt. Ausgewählte Themenschwerpunkte und ein „Markt der Möglichkeiten“ prägen dieses Fortbildungsangebot, das Akteure aus dem Energie- wie aus dem Klimaschutzmanagement anspricht. Veranstaltet wird der Fachkongress jährlich vom Difu gemeinsam mit einer Gastgeberstadt. Kooperationspartner sind der Arbeitskreis „Energiemanagement“, der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund sowie der Deutsche Landkreistag.

Weitere Projekte (Auswahl):

- Klima-Kompakt: Bedarfserfassung, Beteiligung, Verstärkung in Kommunen (2017–2018)
- Plan4Change: Neue Wege zu einer klimaangepassten Stadtplanung am Beispiel des Modellgebietes „Quartier Feldmark“, siehe auch [Seite 14](#) in dieser Broschüre
- Online-Wertschöpfungsrechner für die energetische Gebäudesanierung: <https://wertschoepfungsrechner.difu.de/startseite/>
- Evaluation Masterplan Umwelt und Gesundheit NRW (2017–2019)
- Gute Praxisbeispiele kompakter und zugleich lärmärmer städtischer Quartiere (2017–2019)
- Umfrage „Wirkungsanalyse der Deutschen Anpassungsstrategie (DAS) für die Kommunen“ (2017–2018)

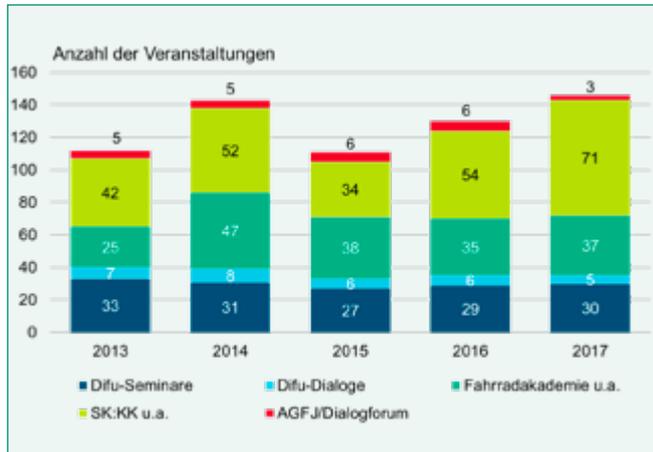


Fortbildung | Stabsstellen der Institutsleitung | Wissensmanagement | Allgemeine Verwaltung

C Daten und Fakten

Fortbildung

Wachsendes Angebot, stabile Nachfrage



Die Seminare und weitere Veranstaltungen des Difu erfreuen sich einer stabilen Nachfrage. Seit 2015 ist ihre Anzahl kontinuierlich gestiegen bis zu dem Höchststand von 146 Veranstaltungen in 2017. Das Wachstum ist vor allem auf den intensiven Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer aus drittmittelfinan-

zierten Projekten zurückzuführen wie den drei großen Projekten „Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz“ (SK:KK), „Fahrradakademie“ und dem „Dialogforum“ (ehemals AGFJ). Gerade über die Difu-Seminare ist zusätzlich zu den Veranstaltungen aus Projektzusammenhängen die Abdeckung einer großen Bandbreite an relevanten und aktuellen Themen gesichert. Aus jedem Forschungsbereich werden Forschungsergebnisse in die Praxis übermittelt. In die Generierung der Seminarthemen werden u.a. auch die Zuwanderstädte einbezogen. Für beide Seiten – die an den Veranstaltungen Teilnehmenden wie die Difu-Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftler – ist vor allem die Möglichkeit zum direkten Erfahrungsaustausch wertvoll – dies spiegelt sich auch in der Bewertung der Seminare wider. Die Zahl der Teilnehmenden ist in den letzten Jahren sehr stabil geblieben. Insgesamt wurden in 2016 rund 5965 Personen erreicht, in 2017 waren es 5814.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Starke Resonanz im Social-Media-Bereich



Stand 10.07.2018:

👍 3.352 Personen gefällt das
📡 3.390 Personen haben das abonniert

Durch zielgruppenorientierte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit informiert das Difu u.a. über Forschungsergebnisse, neue Publikationen und Veranstaltungen. Online-Aktivitäten, Mailings, persönliche Kommunikation mit Medien und die Präsenz auf bzw. das Angebot eigener Veranstaltungen – z.B. Hauptversammlungen des Deutschen Städte-tages, „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ – sind hierbei zentrale Elemente.

Zu den wichtigsten Produkten der Öffentlichkeitsarbeit zählt das Vierteljahresmagazin „Berichte“, das 2017 im Zuge eines Corporate-Design-Prozesses ein neues Outfit erhielt. Berichte-Artikel gehören zu den beliebtesten Inhalten der Difu-Homepage: <https://difu.de/d100718>. Eine weiterhin steigende Reichweite erfährt das Difu auch über seine Social-Media-Aktivitäten bei Facebook. Die Zahl der Abonnenten, die sich seit dem Start 2011 über diesen Kanal tagesaktuell informieren, ist stetig gestiegen: www.facebook.com/difu.de.

Publikationen

Publikationstätigkeit des Instituts insgesamt konsolidiert



In den Jahren 2016 und vor allem 2017 veröffentlichten Difu-Wissenschaftlerinnen und Difu-Wissenschaftler zunehmend extern, d.h. in Publikationen von Dritten (z.B. in Fachzeitschriften) und von Auftraggebern (z.B. in Projektreihen, beim Umweltbundesamt).

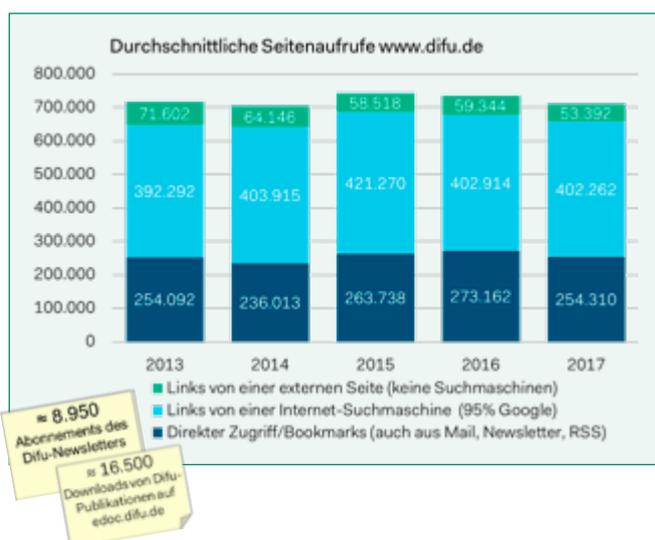
Die Anzahl von Publikationen in den Difu-eigenen Reihen ist im Vergleich zu den Jahren 2013 bis 2015 etwas zurückgegangen. Letzteres ist unter anderem der 2016 und vor allem 2017 laufenden Erneuerung des Corporate Design des Instituts geschuldet. Für das Jahr 2018 ist wieder mit mehr Publikationen in den neu gestalteten Difu-Reihen „Edition Difu – Stadt Forschung Praxis“, „Difu-Impulse“ und „Difu-Papers“ zu rechnen.

[Veröffentlichungen 2016 und 2017, geordnet nach Themen sowie Autorinnen und Autoren aus dem Difu](#)



Wissensmanagement

Gebündelte Online-Informationsservices des Difu



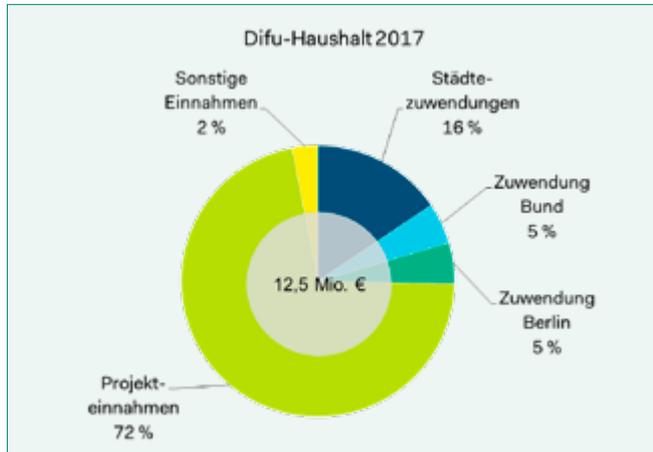
Die Difu-Homepage bildet das Kernelement der Aktivitäten. Sie informiert die breite Fachöffentlichkeit zu Forschung, Publikationen und Veranstaltungen. Die Difu-Zuwanderstädte haben darüber hinaus Zugriff auf exklusive Informationen wie Seminardokumentationen und Vorträge.

Die öffentlichkeitswirksame Darstellung von Projekten und Initiativen auf Bundesebene im Internet ist ein weiterer wichtiger Bestandteil der Difu-Aktivitäten im Wissensmanagement. Hierzu werden zurzeit ca. 15 umfangreiche Internetpräsenzen unterhalten.

Die kommunale Literaturdatenbank ORLIS erschließt Fachliteratur aus dem gesamten deutschsprachigen Raum – in vielen Fällen ergänzt um Volltexte. ORLIS richtet sich gleichermaßen an Kommunalpraxis und Wissenschaft.

Finanzen und Drittmittel

Positive Einnahmenentwicklung seit 2012 – Drittmittelanteil mehr als 70 %



Der Haushalt des Difu hatte im Jahr 2017 ein Gesamtvolumen von 12,5 Mio. Euro und wächst seit 2012 kontinuierlich (zuletzt über 4 % gegenüber dem Haushaltsjahr 2016).

Weitaus größter Finanzierungsbestandteil waren und sind die Einnahmen aus geförderten Zuwendungs- oder Auftragsprojekten: 72 % des Haushalts stammten im Jahr 2017 aus Drittmitteln. Der Bund und das Land Berlin haben das Difu in Form einer Fehlbedarfsfinanzierung mit 1,22 Mio. Euro gefördert, dies entspricht 10 % des Haushalts. Die freiwilligen Zuwendungen der sogenannten Zuwerderstädte und -verbände machen weitere 16 % der Einnahmen aus. Die institutionellen Zuwendungen geben dem Difu die Möglichkeit, nicht durch Drittmittel gegenfinanzierte Aufgaben wahrzunehmen (z.B. Fortbildung, Datenbanken, Bearbeitung von aktuellen Projekten und Themen, Erstellung von Publikationen im Eigenverlag).

2017 mehr als 100 Drittmittelprojekte mit einem Gesamtvolumen von 36,0 Mio. Euro

2017 wurden in 114 durch Drittmittel geförderten Projekten Forschungs- und Dienstleistungen erbracht. 64 davon waren neu akquiriert. Dazu kamen 14 aus Eigenmitteln (sonstige eigene Einnahmen, institutionelle Zuwendungen und Städtezuwendungen) finanzierte Projekte.

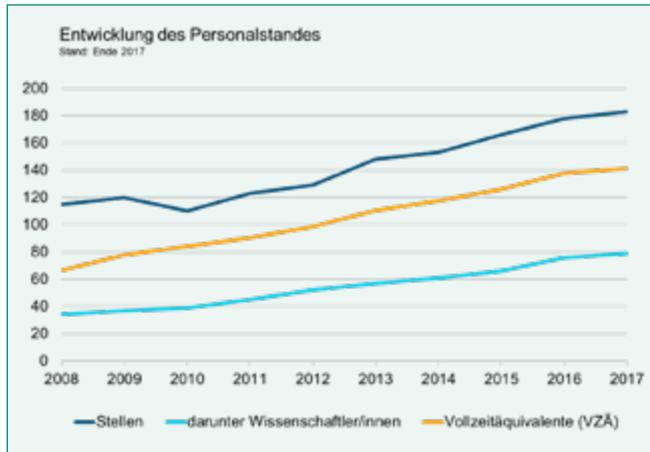
Das durchschnittliche Volumen der drittmittelfinanzierten Projekte betrug 315.000 Euro, mit einer großen Spannweite von wenigen Tausend bis hin zu mehreren Mio. Euro. Fördermittelgeber waren im Wesentlichen öffentliche Einrichtungen (Ministerien, Bundesbehörden, Städte u.a.), daneben aber auch private Organisationen, Stiftungen und Unternehmen.

Eine Liste von Difu-Projekten 2016 und 2017 finden Sie in dieser Broschüre [ab Seite 53](#).



Personalstand und -struktur

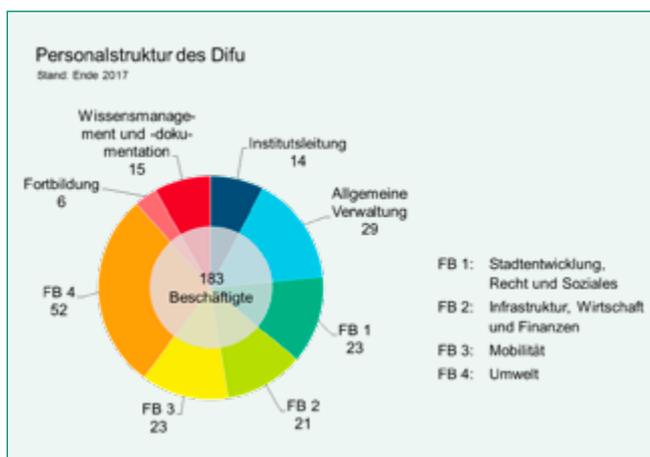
Weiteres Personalwachstum



Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist auch im Jahr 2017 weiter gewachsen. 183 Stellen waren zum Jahresende besetzt, darunter waren 79 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, 46 Beschäftigte im Forschungsservice (Bereichsassistenz, Wissensmanagement, Redaktion, Presse, Fortbildung), 32 Kolleginnen und Kollegen in den internen Services (Zentrale Dienste, Finanzen und Controlling, Personal, Drittmittelmanagement sowie IT) sowie 26 studentische Beschäftigte.

Das Beschäftigungswachstum ist Ausdruck der ebenfalls angestiegenen Drittmittel.

Zwei Drittel der Beschäftigten in den Forschungsbereichen (FB)



Ein erheblicher Anteil der 183 Beschäftigten ist in den Bereichen tätig, die sich mit kommunalorientierter Forschung und mit Wissenstransfer befassen. Insbesondere durch große Vorhaben wie etwa das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK), aber auch durch eine Reihe weiterer Projekte hat beispielsweise allein der Forschungsbereich Umwelt inklusive studentischen Beschäftigten zeitweise rund 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

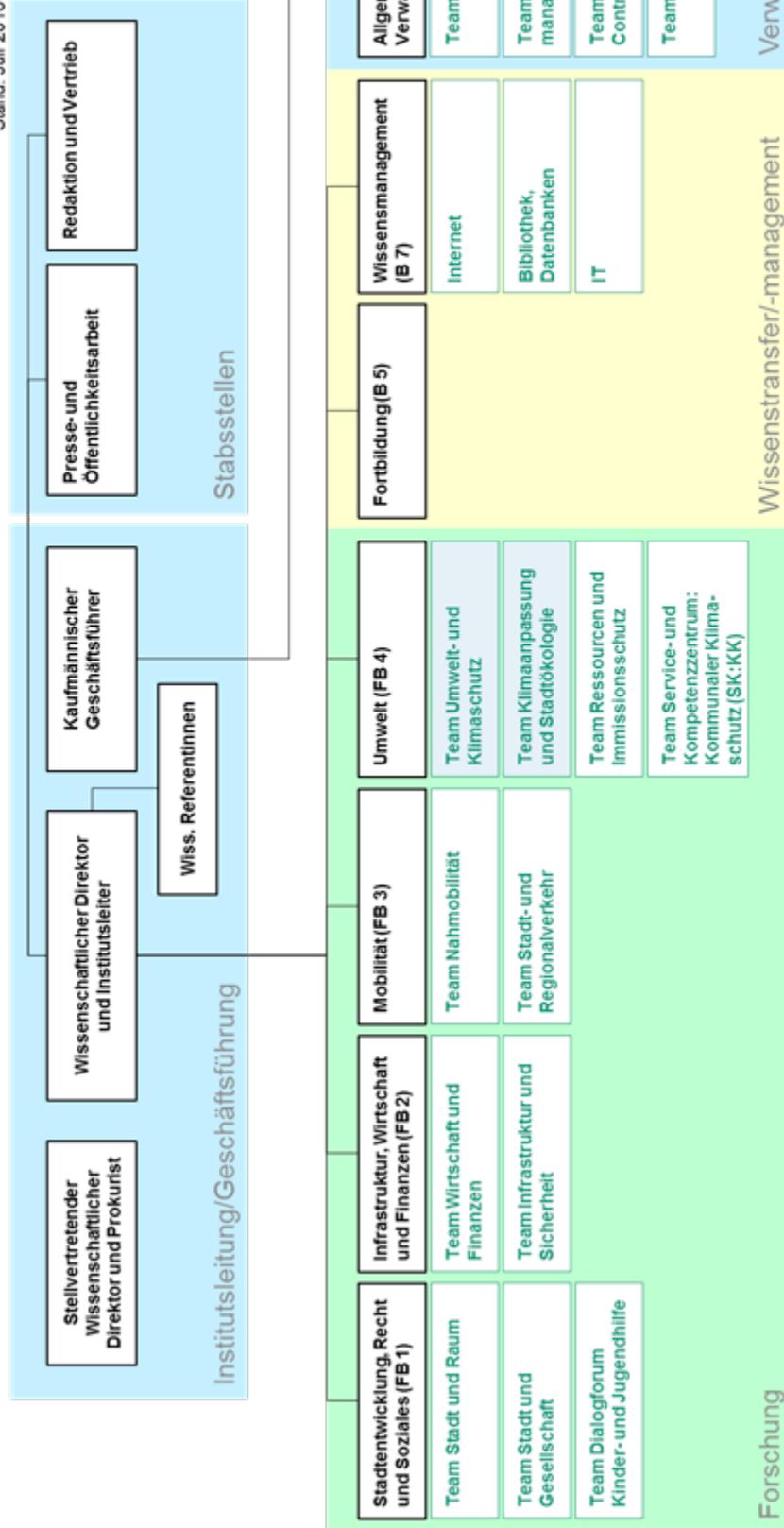


Zimmerstraße 13–15
10969 Berlin
E-Mail: difu@difu.de
Telefon: 030 35001-0/APP

Standort Köln
Auf dem Hünenrücken 3
50668 Köln
Telefon: 0221 340306-0/APP
B: Bereich
FB: Forschungsbereich

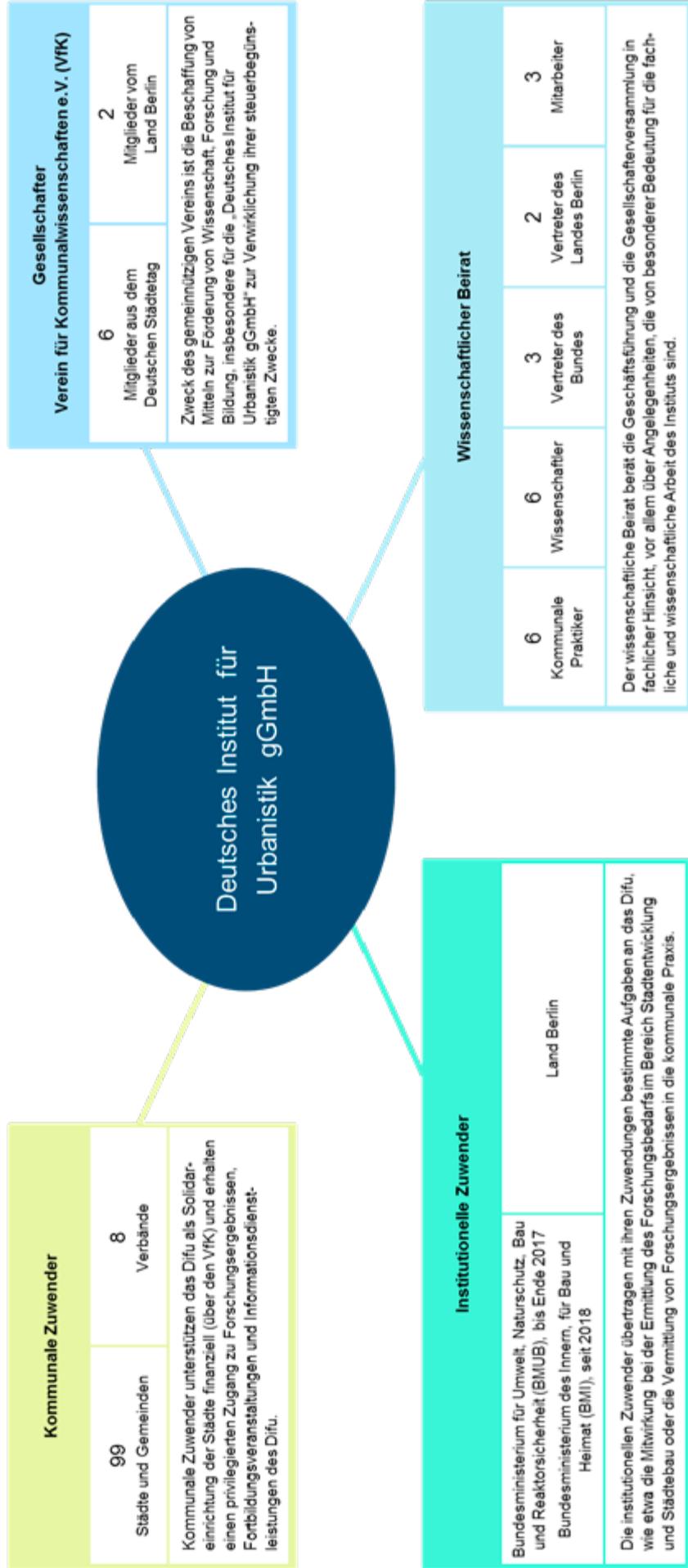
Deutsches Institut für Urbanistik – Organigramm

Stand: Juli 2018



Gesellschafter, Zuwender und Gremien

Stand: Juli 2018



→ Nur zur einfacheren Lesbarkeit und aufgrund des geringen Platzes verzichten wir darauf, männliche und weibliche Schreibformen zu verwenden. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für alle Geschlechter.

Zuwenderstädte 2018

A

Aachen
Amberg
Aschaffenburg
Augsburg

B

Bad Homburg v.d. Höhe
Bautzen
Beelitz
Berlin
Bielefeld
Bocholt
Bochum
Bonn
Braunschweig
Bremen

C

Celle
Cottbus
Cuxhaven

D

Darmstadt
Dortmund
Dresden
Düsseldorf

E

Eisenach
Emmendingen
Erfurt
Erlangen
Essen
Esslingen

F

Falkensee
Flensburg
Forchheim
Frankfurt/M.
Freiburg
Friedrichshafen

G

Gelsenkirchen
Gießen
Gotha
Göttingen

H

Hamburg
Hamm
Hanau
Hannover
Heidelberg
Hennigsdorf
Herne
Hildesheim

I

Iserlohn

J

Jena

K

Karlsruhe
Kassel
Kiel
Koblenz
Köln
Konstanz

L

Lahr
Landau/Pfalz
Landshut
Langenhagen
Leipzig
Lingen
Ludwigsburg
Ludwigshafen
Lünen
Lutherstadt Wittenberg

M

Magdeburg
Mainz
Mannheim
Marburg
Minden
Mülheim/Ruhr
München
Münster

N

Neuss
Norderstedt
Nürnberg

O

Offenbach
Offenburg
Oldenburg

P

Passau
Plauen
Potsdam

R

Regensburg
Reutlingen
Rheine
Rüsselsheim

S

Saarbrücken
Schweinfurt
Stadtroda
Stendal
Stuttgart
Sulzbach-Rosenberg

T

Trier
Tübingen

U

Ulm
Unna

W

Weimar
Wiesbaden
Wismar
Wolfsburg
Wuppertal

Weitere Zuwender

Bund Deutscher Architekten
Österreichischer Städtebund
Region Hannover
Regionalverband Frankfurt Rhein/
Main
Regionalverband Großraum Braun-
schweig
Regionalverband Ruhr
Regionalverband Saarbrücken
Verband Region Stuttgart

Projekte* 2016/2017, nach Themenbereichen

1. Zuwanderung und Integration

Titel	Auftraggeber	Projektleitung (Difu)
Offene Stadt: Theorien, Perspektiven, Instrumente (https://difu.de/11813)	Robert-Bosch-Stiftung	Jan Hendrik Trapp
Zusammenhalt braucht Räume – integratives Wohnen mit Zuwanderern (https://difu.de/11576)	Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)	Dr. Bettina Reimann
Kommunaler Ideenwettbewerb „Zusammenleben Hand in Hand – Kommunen gestalten“ (https://difu.de/11089)	Bundesministerium des Innern (BMI)	Dr. Beate Hollbach-Grömig
Geflüchtete in der „Sozialen Stadt“ – Möglichkeiten der Weiterentwicklung des Quartiersentwicklungsansatzes „Soziale Stadt“ zu einer Strategie zur „Integration von Flüchtlingen im Quartier“ (https://difu.de/10952)	Eigenmittel, vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V.	Dr. Thomas Franke
Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen (https://difu.de/10983)	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)	Dr. Elke Bojarra-Becker
Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe (https://difu.de/9984)	EU (AMIF), BAMF, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration, BMI (davor: BMUB), DStGB	Dr. Bettina Reimann

2. Sozialer Zusammenhalt – Bevölkerung

Titel	Auftraggeber	Projektleitung (Difu)
Wissenschaftliche Begleitung und Evaluation „Planungsdialog EnLAG No. 16“ (https://difu.de/11644)	Amprion GmbH	Dr. Stephanie Bock
Transformative Strategien einer integrierten Quartiersentwicklung: Handlungskonzepte und Bewertungsoptionen für Schwarmstädte (TRASIQ) (https://difu.de/11091)	Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)	Ricarda Pätzold
Lebenswerte Kleinstädte im demografischen Wandel – Lebensqualität erhalten durch ein sektorenübergreifendes interkommunales Entwicklungsmanagement (lebensWert) (https://difu.de/10583)	BMBF	Jan Hendrik Trapp
Symposium „Wachsende Stadt Potsdam“ (https://difu.de/10498)	Stadt Potsdam	Dr. Henrik Scheller
Kommunen Innovativ „KomKomIn“: Wissenschaftliches Begleitungs-, Vernetzungs- und Transfervorhaben der BMBF-Fördermaßnahme (https://difu.de/10578)	BMBF	Dr. Stephanie Bock
30 Jahre Gender in der Stadt- und Regionalentwicklung – Erfahrungen und Perspektiven (https://difu.de/11083)	Landeshauptstadt München, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin, Regionalverband Ruhr, Wien	Franciska Frölich v. Bodelschwingh
Demografischer Wandel und Auswirkungen auf die Abfallwirtschaft (https://difu.de/10265)	Umweltbundesamt (UBA)	Maic Verbücheln
Möglichkeiten der verstärkten Nutzung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit in Programmen wie der „Sozialen Stadt“ (https://difu.de/10311)	UBA	Dr. Thomas Franke
Wissenschaftliche Begleitung der Konzeptionsphase zur Erarbeitung von Leitlinien zur Bürgerbeteiligung der Stadt Köln (https://difu.de/10005)	Stadt Köln	Dr. Stephanie Bock
7. Wettbewerb Kommunale Suchtprävention: „Innovative Suchtprävention vor Ort“ (https://difu.de/10070)	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)	Christa Böhme
Bundeswettbewerb „Gesund älter werden in der Kommune – bewegt und mobil“ (https://difu.de/9634)	BZgA	Christa Böhme

*Ohne Anspruch auf Vollständigkeit

Titel	Auftraggeber	Projektleitung (Difu)
Beteiligungsverfahren bei umweltrelevanten Vorhaben (https://difu.de/9717)	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) vertreten durch das UBA	Dr. Stephanie Bock
Anwendung europäischer Modelllösungen in deutschen Regionen (https://difu.de/9775)	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)	Dr. Beate Hollbach-Grömig
Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten in schrumpfenden bzw. peripherisierten Klein- und Mittelstädten (https://difu.de/9882)	Difu-Eigenmittel	Dr. Elke Bojarra-Becker
Evaluation des Modellprojekts „Strukturierte Bürgerbeteiligung“ (https://difu.de/9324)	Landeshauptstadt Potsdam	Dr. Stephanie Bock
Evaluierung des Kölner Bürgerhaushaltes 2016 (https://difu.de/11690)	Stadt Köln	Dr. Stefan Schneider
Zukunftsstadt Bocholt (https://difu.de/11624)	Stadt Bocholt	Dr. Beate Hollbach-Grömig
Raumagenten. Intermediäre Akteure in der Stadtentwicklung (https://difu.de/11694)	BBSR	Ricarda Pätzold
PartKommPlus – Forschungsverbund für gesunde Kommunen (https://difu.de/9791)	BMBF	Christa Böhme
Umsetzung einer integrierten Strategie zu Umweltgerechtigkeit – Pilotprojekt in deutschen Kommunen (https://difu.de/10312)	UBA	Christa Böhme
Dialogforum – „Bund trifft kommunale Praxis“ (https://difu.de/11991)	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)	Kerstin Landua

3. Wohnen

Titel	Auftraggeber	Projektleitung (Difu)
Ausweitung des kommunalen Wohnungsbestandes durch Neubau und Ankauf als wohnungspolitische Strategie vor dem Hintergrund einer stärkeren Gemeinwohlorientierung (https://difu.de/11693)	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)	Ricarda Pätzold
Umgang mit Gentrifizierung (https://difu.de/9760)	Berlin, Dortmund, Freiburg i. Br., Köln, München, Leipzig, Stuttgart, Wien	Dr. Thomas Franke
Von Pionieren zur städtischen Praxis – Potenziale gemeinschaftlichen Wohnens zur Lösung demografischer und sozialer Herausforderungen. Laborstadt Potsdam (https://difu.de/10766)	Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)	Ricarda Pätzold

4. Städtebau und Stadtentwicklung

Titel	Auftraggeber	Projektleitung (Difu)
Vom Stadtumbau zur städtischen Transformationsstrategie (https://difu.de/11587)	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)	Dr. Henrik Scheller
Schnittstellen, Synergien und Zielkonflikte zwischen Stadtentwicklungs- und Umweltpolitik auf Bundesebene (https://difu.de/11343)	Umweltbundesamt (UBA)	Dr. Henrik Scheller
Baukulturbericht 2018/19 und Kommunalumfrage zum Baukulturbericht (https://difu.de/11370)	Bundesstiftung Baukultur	Daniela Michalski
Kurzexpertise: Urban Nation Museum (https://difu.de/11700)	Berliner Leben – eine Stiftung der Gewobag	Ricarda Pätzold
(Zwischen-) Evaluierung Städtebaulicher Denkmalschutz (https://difu.de/10625)	BBSR	Daniela Michalski
Evaluation Projekte „Flächen gewinnen durch Innenentwicklung“ in Baden-Württemberg (https://difu.de/10340)	Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg	Björn Weber

Titel	Auftraggeber	Projektleitung (Difu)
Forschungsgutachten – Studie zur Städtebauförderung: Erfolgsfaktoren und Hemmnisse der Fördermittelbeantragung, -bewilligung und -abrechnung (https://difu.de/10309)	Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (MBWSV) des Landes Nordrhein-Westfalen	Dr. Stefan Schneider
Baukulturbericht 2016/17 (https://difu.de/9971)	Bundesstiftung Baukultur	Daniela Michalski
Mögliche räumliche Auswirkungen von Online-Handel auf Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren (https://difu.de/9709)	BBSR	Prof. Martin zur Nedden
Aktionsplan Flächensparen (https://difu.de/9613)	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) vertreten durch das UBA	Dr. Stephanie Bock
Anforderungen an ein klimagerechtes Management kompakter Siedlungs- und Infrastrukturf lächen (https://difu.de/10626)	BMUB vertreten durch das UBA	Daniela Michalski

5. Recht

Titel	Auftraggeber	Projektleitung (Difu)
Studie zu kommunalen Flächenankaufstrategien (https://difu.de/11773)	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin	Prof. Dr. Arno Bunzel
Planspiel zur Städtebaurechtsnovelle 2016 (https://difu.de/10004)	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)	Prof. Dr. Arno Bunzel

6. Finanzen

Titel	Auftraggeber	Projektleitung (Difu)
Zwischen Wertschöpfungseffekten und haushaltsrechtlichen Restriktionen: Qualifizierung finanzschwacher Kommunen zur Durchführung von Klimaschutzmaßnahmen (https://difu.de/11586)	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)	Dr. Henrik Scheller
KfW-Kommunalbefragung 2017 (https://difu.de/11462)	KfW Bankengruppe	Dr. Henrik Scheller
KfW-Kommunalbefragung 2017 (Panelkommunen) (https://difu.de/9178)	KfW Bankengruppe	Dr. Henrik Scheller
Die Bedeutung von örtlichen Rahmenbedingungen und Standortfaktoren für die positive fiskalische Entwicklung von Regionen – Best-Practice-Beispiele (https://difu.de/11505)	Bundesministerium der Finanzen (BMF)	Sandra Wagner-Endres
Konzeption einer strategischen Gesamtsteuerung in Leipzig (https://difu.de/11359)	Stadt Leipzig	Dr. Stefan Schneider
KfW-Kommunalpanel – Befragung 2016 (https://difu.de/9178)	KfW Bankengruppe	Dr. Henrik Scheller
KfW-Kommunalbefragung 2016 (Panelkommunen) (https://difu.de/9178)	KfW Bankengruppe	Dr. Henrik Scheller
Leistungsfähige Infrastruktur generationengerecht finanziert (https://difu.de/9945)	Stadt Köln	Dr. Stefan Schneider

7. Wirtschaft und Digitalisierung

Titel	Auftraggeber	Projektleitung (Difu)
Explorative Studie zu rechtlichen Fragen digitaler Transformation der Kommunen (https://difu.de/11683)	Difu-Eigenmittel	Dr. Jens Libbe
Umwelteffekte von Smart City-Infrastrukturen (https://difu.de/11549)	Umweltbundesamt (UBA)	Dr. Jens Libbe
Bonn – Koordinierte Unternehmensbefragung (https://difu.de/11216)	Stadt Bonn – Koordinierte Unternehmensbefragung	Detlef Landua
Chemnitz – 2. Koordinierte Unternehmensbefragung (https://difu.de/11210)	Chemnitz – Koordinierte Unternehmensbefragung	Detlef Landua
Unternehmensbefragung Wifö Herford (https://difu.de/11453)	Wirtschaftsförderung Herford	Dr. Busso Grabow

Titel	Auftraggeber	Projektleitung (Difu)
Kurzstudie zum Thema „Standortfaktoren“ (https://difu.de/11060)	KfW Bankengruppe	Detlef Landua
Smart City-Konzepte in deutschen Städten (https://difu.de/11079)	Deutsche Telekom Technik	Dr. Jens Libbe
Konzept zur Aktualisierung des Stadtentwicklungsplanes Industrie und Gewerbe in Berlin (https://difu.de/10762)	Senatverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin	Sandra Wagner-Endres
Monitor „Wirtschaft und Region“ (https://difu.de/10573)	Bertelsmann Stiftung	Dr. Busso Grabow
Studie Industriestandort Wiesbaden (https://difu.de/10558)	Landeshauptstadt Wiesbaden	Sandra Wagner-Endres
Unternehmensbefragung WIS Salzgitter (https://difu.de/10466)	Wirtschafts- und Innovationsförderung Salzgitter GmbH	Detlef Landua
Gemeinschaftsstudie der deutschen Städte zur Clusterpolitik (https://difu.de/10407)	Freie Hansestadt Bremen, Stadt Chemnitz, Landeshauptstadt Düsseldorf, Region Hannover, Stadt Leipzig, Stadt Mannheim, Landeshauptstadt München	Dr. Holger Floeting
Mobilfunkjahresgutachten 2015 und 2017 (https://difu.de/10142)	KfW Bankengruppe	Detlef Landua
Modellvorhaben der Raumordnung – Digitale Infrastruktur als regionaler Entwicklungsfaktor (MOROdigital) (https://difu.de/9795)	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI)	Dr. Holger Floeting
Kriminalprävention für ein sicheres Wohnumfeld – Transdisziplinäre Sicherheitsstrategien für Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommunen (transit) (https://difu.de/8780)	Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)	Dr. Holger Floeting

8. Infrastruktur

Titel	Auftraggeber	Projektleitung (Difu)
Synthese- und Vernetzungsprojekt Zukunftsstadt (https://difu.de/11588)	Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)	Dr. Jens Libbe
Niedertemperatur-Wärmenetze und Bürgerenergie als Transformationsstrategien (WärmenetzePlus) (https://difu.de/11545)	BMBF	Robert Riechel
Geschäftsstelle der Innovationsplattform Zukunftsstadt (https://difu.de/11685)	Verband der deutschen Ingenieure	Dr. Jens Libbe
Resilient networks: Beiträge von städtischen Versorgungssystemen zur Klimagerechtigkeit (netWORKS 4) (https://difu.de/10960)	BMBF	Jan Hendrik Trapp
Technikfolgenabschätzung, Akzeptanz und Kommunikationsstrategien beim Ausbau der IKT-Infrastruktur in Kommunen (https://difu.de/10409)	Deutsche Telekom Technik	Dr. Holger Floeting
Transformation des städtischen Energiesystems und energetische Stadtsanierung. Kommunales Transformationsmanagement auf Basis integrierter Quartierskonzepte (https://difu.de/9019)	BMBF	Dr. Jens Libbe
Ressourcenleichte zukunftsfähige Infrastrukturen – umweltschonend, robust, demografiefest (https://difu.de/8993)	Umweltbundesamt (UBA)	Dr. Jens Libbe
Konzepte für urbane Regenwasserbewirtschaftung und Abwassersysteme (KURAS) (https://difu.de/8797)	BMBF	Dr. Jens Libbe
netWORKS 3: Intelligente wasserwirtschaftliche Systemlösungen in Frankfurt am Main und Hamburg (https://difu.de/8682)	BMBF	Dr. Jens Libbe
Wissenschaftliche Koordinierung der BMBF-Fördermaßnahme „Intelligente und multifunktionelle Infrastruktursysteme für eine zukunftsfähige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung“ (WK INIS) (https://difu.de/8500)	BMBF	Dr. Jens Libbe

9. Mobilität

Titel	Auftraggeber	Projektleitung (Difu)
Fort- und Weiterbildung zur Radverkehrsförderung im Rahmen des NRVP 2020 – Qualität sichern und weiterentwickeln (Fahrradakademie) (https://difu.de/3853)	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI)	Sebastian Bührmann
NRVP 2020 – Fahrradstraßen – Leitfaden für die Praxis (https://difu.de/11731)	BMVI	Sebastian Bührmann
„kommunal mobil 2018“ (Difu/UBA-Reihe) (https://difu.de/11710)	Umweltbundesamt (UBA)	Martina Hertel
Seminare „Mobilität beginnt zu Fuß“ (https://difu.de/11108)	Deutscher Verkehrssicherheitsrat e.V. (DVR)	Thomas Weber
Umsetzung von ÖPNV-Projekten (https://difu.de/11152)	Difu-Eigenmittel	Dr. Jürgen Gies
Inhouse-Seminar Landkreis Barnim „Radverkehr und Radverkehrsführung“ (https://difu.de/11015)	Landkreis Barnim	Thomas Weber
PROSPERITY – Prosperity through innovation and promotion of Sustainable Urban Mobility Plans (https://difu.de/10772)	Europäische Kommission, Innovation and Networks Executive Agency	Dr. Wulf-Holger Arndt
Expertenworkshop „Automatisiertes Fahren in Kommunen?“ (https://difu.de/10820)	Difu-Eigenmittel	Martina Hertel
Aktive Mobilität: Mehr Lebensqualität in Ballungsräumen (https://difu.de/10959)	UBA	Uta Bauer
Pilotseminare „Mobilität beginnt zu Fuß“ (https://difu.de/10710)	Deutscher Verkehrssicherheitsrat e.V. (DVR)	Uta Bauer
City2Share – sozial – urban – mobil (https://difu.de/10708)	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)	Uta Bauer
Mobilitätsstrategie Hessen (https://difu.de/11183)	Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)	Tilman Bracher
Untersuchung von Möglichkeiten einer ergänzenden ÖPNV-Finanzierung im Mitteldeutschen Verkehrsverbund (MDV) (https://difu.de/10621)	kcw GmbH	Dr. Jürgen Gies
Lärm- und Klimaschutz durch Tempo 30 (https://difu.de/10100)	UBA	Dr. Wulf-Holger Arndt
Begleitung, Nachbereitung der Sitzung des Beratungsgremiums „FahrRat“ und der Auszeichnungsveranstaltung „FahrRadStadt Berlin“	Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin	Angela Kohls
Fahrradportal – Betreuung des Internetportals zum Nationalen Radverkehrsplan im Rahmen des NRVP 2020 – Qualität sichern und weiterentwickeln (https://difu.de/3794)	BMVI	Doris Reichel
Umsetzung des „Aktionsprogramms Klimaschutz 2020“ und Ausarbeitung des „Klimaschutzplans 2050“ für den Bereich Verkehr (UFOPLAN 2016) (https://difu.de/11196)	UBA	Uta Bauer

10. Umwelt

Titel	Auftraggeber	Projektleitung (Difu)
Technische Zusammenarbeit mit Georgien und Mexiko (im Rahmen des GIZ-Globalvorhabens Vertikal integrierter Klimaschutz, VICLIM) (https://difu.de/11843)	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH	Christine Krüger
Umfrage „Wirkungsanalyse der DAS für die Kommunen“ (https://difu.de/11636)	Umweltbundesamt (UBA)	Jens Hasse
Gute Praxisbeispiele kompakter und zugleich lärmarmer städtischer Quartiere (https://difu.de/11551)	UBA	Thomas Preuß
Evaluation „Masterplan Umwelt und Gesundheit Nordrhein-Westfalen“ (https://difu.de/11361)	Umweltministerium NRW	Thomas Preuß
Steuerbare urbane Stoffströme (https://difu.de/11438)	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) vertreten durch das UBA	Maic Verbücheln

Titel	Auftraggeber	Projektleitung (Difu)
Klima-Kompakt: Bedarfserfassung, Beteiligung und Verstetigung im Kommunalen Klimaschutz (https://difu.de/11360)	BMUB	Franziska Wittkötter
Vorsprung durch Nachhaltigkeit – Norderstedt 2030+ (https://difu.de/11090)	Stadt Norderstedt	Dr. Beate Hollbach-Grömig
Monitor Nachhaltige Kommune II (https://difu.de/11371)	Bertelsmann Stiftung	Dr. Jasmin Honold
Ressourcenpolitik auf kommunaler und regionaler Ebene (KommRes) (https://difu.de/11052)	UBA	Maic Verbücheln
Klimaschutz in kleinen Kommunen (https://difu.de/11055)	Difu-Eigenmittel	Corinna Altenburg
Umsetzung der Agenda 2030 auf kommunaler Ebene/IMA Stadt (https://difu.de/11463)	UBA	Dr. Busso Grabow
Strategische Ansätze in Kommunen zur Erhöhung der Ressourceneffizienz (https://difu.de/11053)	UBA	Maic Verbücheln
KliMoPrax – Klimamodelle für die Praxis (https://difu.de/10775)	Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)	Luise Willen
Umfrage „Klimaschutz, erneuerbare Energien und Klimaanpassung in Kommunen“ 2016 (https://difu.de/10608)	Difu-Eigenmittel	Cornelia Rösler
Kommunale Überflutungsvorsorge: „Planer im Dialog“ (https://difu.de/10483)	Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU)	Vera Völker
Online-Wertschöpfungsrechner für die energetische Gebäudesanierung (https://difu.de/10463)	BMUB	Jan Walter
Schlüsselakteure bewegen kommunalen Klimaschutz (https://difu.de/10571)	BMUB	Judith Utz
22. Deutscher Fachkongress für kommunales Energiemanagement (https://difu.de/11058)	TN-Gebühren/Difu-Eigenmittel	Cornelia Rösler
Stadt der Zukunft – Tendenzen, Potenziale und Visionen (https://difu.de/10261)	Difu-Eigenmittel	Marco Helmut Peters
Monitor Nachhaltige Kommune (https://difu.de/9972)	Bertelsmann Stiftung	Dr. Busso Grabow
Umwelt- und Aufenthaltsqualität in kompakturbanen und nutzungsgemischten Stadtstrukturen – Analysen, Fallbeispiele, Handlungsansätze unter Nutzung und Weiterentwicklung des Bauplanungs- und Umweltrechts (https://difu.de/10062)	UBA	Prof. Dr. Arno Bunzel
URBANE VISIONEN – Die Wissensshow zur Stadt von morgen (im Rahmen des „Wissenschaftsjahres 2015 – Zukunftsstadt“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung) (https://difu.de/9861)	BMBF	Ulrike Vorwerk
Praxisratgeber Klimagerechtes Bauen – Mehr Sicherheit und Wohnqualität bei Neubau und Sanierung (https://difu.de/9979)	Schwäbisch-Hall-Stiftung	Luise Willen
21. Deutscher Fachkongress für kommunales Energiemanagement (https://difu.de/11057)	TN-Gebühren/Difu-Eigenmittel	Cornelia Rösler
Hemmnisse und Potenziale zur Ressourceneffizienzsteigerung durch Optimierung regionaler und lokaler Stoffkreisläufe und Stoffströme (RegioRes) (https://difu.de/9624)	UBA	Maic Verbücheln
Notwendigkeiten und Möglichkeiten zur klimaresilienten und zukunftsfähigen Ausgestaltung von nationalen und grenzübergreifenden Infrastrukturen (https://difu.de/9611)	UBA	Dr. Jens Libbe
Neue Wege zu einer klimaangepassten Stadtplanung am Beispiel des Modellgebietes „Quartier Feldmark“ (https://difu.de/9597)	BMUB	Maic Verbücheln
Spatial Planning and Energy for Communities in all Landscapes (SPECIAL) (https://difu.de/8732)	EU – Intelligent Energy Europe (IEE)	Maic Verbücheln
Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) (https://difu.de/9876)	BMUB	Christine Krüger
Klimaschutz in der kommunalen Praxis: Information, Motivation, Vernetzung (Klima-Praxis) (https://difu.de/9874)	BMUB	Cornelia Rösler

Veröffentlichungen 2016 und 2017 (Auswahl)

Bevölkerung/Sozialer Zusammenhalt

- Abt, Jan: Gesund durch Beteiligung – Kinder und Jugendliche als Akteure einer gesundheitsfördernden Quartiersentwicklung, in: Fabian, Carlo, Matthias Drilling, Oliver Niermann und Olaf Schnur (Hrsg.): Quartier und Gesundheit, Wiesbaden 2017
- Abt, Jan: Sicherheit im Wohnumfeld – Akteure, Netzwerke, Strategien für ein sicheres Wohnumfeld in den Fallstudienstädten, transit-Paper, Berlin 2016, http://www.transit-online.info/fileadmin/transit/Materialien/Berichte/Akteure_Netzwerke_Strategien_fuer_ein_sicheres_Wohnumfeld
- Abt, Jan: Vorsicht Ladendiebstahl! Wie Stadtplanerinnen und Stadtplaner an Sicherheit denken, in: Besecke, Anja, Josiane Meier, Ricarda Pätzold und Susanne Thomaier (Hrsg.): Stadtökonomie – Blickwinkel und Perspektiven. Ein Gemischtwarenladen, Berlin 2017, S. 74–77, <http://dx.doi.org/10.14279/depositonce-5910>
- Abt, Jan, und Holger Floeting: Lückenschlüsse. Wege zur Zusammenarbeit für sichere Quartiere, in: Soziale Probleme. Zeitschrift für soziale Probleme und soziale Kontrolle, Vol. 28, H. 2/2017, S. 157–179, <https://doi.org/10.1007/s41059-017-0032-9>
- Abt, Jan, Holger Floeting und Anke Schröder: Sicherheit in Wohnumfeld und Nachbarschaft. Impulse für die Zusammenarbeit von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune, in: forum kriminalprävention, Nr. 2/2017, S. 29–34, https://www.forum-kriminalpraevention.de/files/1Forum-kriminalpraevention-website/pdf/2017-02/sicherheit_im_wohnumfeld.pdf
- Abt, Jan, und Holger Floeting: Sichere Räume zwischen Belegung und Konflikt, in: Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB) (Hrsg.): Kultur und Freizeit vor Ort schützen, DStGB-Dokumentation Nr. 141/2017, S. 32–33, <https://www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Publikationen/Dokumentationen/Nr.%20141%20-%20Veranstaltungen%20sicher%20machen/doku141.pdf>
- Abt, Jan, und Schröder, Anke: Sicherheit im Wohnumfeld und in der Nachbarschaft – Impulse für Kooperationen vor Ort, in: Kerner, Hans-Jürgen, und Erich Marks (Hrsg.): Internetdokumentation des Deutschen Präventionstages, Hannover 2017, <http://www.praeventionstag.de/nano.cms/vortraege/id/3708>
- Abt, Jan, und Anke Schröder: Städtebauliche Kriminalprävention, in: Bauwelt Nr. 6/2017, S. 40–47, <http://bauwelt.de/das-heft/heftarchiv/Staedtebauliche-Kriminalpraevention-2782325.html>
- Abt, Jan, Hanna Blieffert, Holger Floeting und Anke Schröder: Sicherheit im Wohnumfeld und in der Nachbarschaft – Impulse für die Zusammenarbeit von Polizei, Wohnungsunternehmen und Kommune, Hannover 2016, http://www.transit-online.info/fileadmin/transit/Materialien/Handreichung/Handreichung_Onlineversion.pdf
- Böhme, Christa: Gesund älter werden in der Kommune: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung veranstaltet Wettbewerb, in: KOMMUNAL.topinform, September 2016, S. 18–19
- Difu – Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Bundeswettbewerb „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention. Innovative Suchtprävention vor Ort“, September 2015 bis Juni 2016, Dokumentation, Autoren: Böhme, Christa, Patrick Dieckelmann und Beate Hollbach-Grömig, Berlin 2016
- Böhme, Christa: 7. Bundeswettbewerb Kommunale Suchtprävention, in: MDS Medizinischer Dienst des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen und GKV Spitzenverband (Hrsg.): Präventionsbericht 2017, Berlin 2017, S. 22–23
- Böhme, Christa: Innovative Suchtprävention vor Ort. Kommunale Preisträger*innen des Bundeswettbewerbs ausgezeichnet, in: Impulse für Gesundheitsförderung, Dez. 2016, S. 23
- Böhme, Christa, und Bettina Reimann: Bundeswettbewerb „Gesund älter werden in der Kommune – bewegt und mobil“, in: Difu-Impulse, H. 92/2016, S. 19–20
- Difu – Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.): Bundeswettbewerb „Gesund älter werden in der Kommune – bewegt und mobil“, Mai 2015 bis April 2016, Dokumentation, Autoren: Böhme, Christa, Patrick Dieckelmann und Bettina Reimann, Berlin 2016
- BZgA – Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.): Gute Praxis für gesundheitliche Chancengleichheit. Die Good-Practice-Kriterien und Praxisbeispiele, Autoren: Böhme, Christa, Raimund Geene, Iris Grimm, Susanne Jordan u.a., Köln 2016
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.): Soziale Innovationen für eine bessere Daseinsvorsorge – wie kann Interreg diese Ziele unterstützen? Dokumentation einer Veranstaltung am 29. Juni 2016, Bearb.: Hollbach-Grömig, Beate, http://www.interreg.de/INTERREG2014/DE/Aktuelles/DL/DL_BerichtVeranstreihe_29Jun16.pdf?__blob=publicationFile&v=2
- Hollbach-Grömig, Beate: Europäische Lösungen für eine bessere Daseinsvorsorge vor Ort: soziale Innovationen umsetzen durch Interreg, in: Der Landkreis, H. 12/2016, S. 756–757
- Difu – Deutsches Institut für Urbanistik im Auftrag der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung: Gesundheitsförderung und Prävention – Zugangswege älterer Menschen auf kommunaler Ebene, Sonderheft 02, Bearb.: Hollbach-Grömig, Beate, und Franciska Frölich v. Bodelschwingh, Köln 2016
- Kirchhoff, Gudrun: Erfolgsfaktoren kommunaler Integrationspolitik im ländlichen Raum, in: Kommunal Praxis spezial, Fachzeitschrift für Verwaltung, Organisation und Recht, Integration von Flüchtlingen, 16. Jg., H. 3/2016
- Kirchhoff, Gudrun: Zuwanderung und Integration von Geflüchteten in Kommunen, in: WirKommunalen, Ausgabe 1/17 (April 2017)
- Kirchhoff, Gudrun, und Bettina Reimann: „Forschungs-Praxis-Projekt: Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe“, BBSR-Online-Publikation zur DGD/BBSR-Dezembertagung 2015 „Regionale Implikationen der Zuwanderung aus dem Ausland in Deutschland“, März 2017, S. 65–76

- Kirchhoff, Gudrun, und Bettina Reimann: Vielfalt – Herausforderung und Chance für Klein- und Mittelstädte, in: Groß, Torsten, Susanne Huth, Birgit Jagusch, Ansgar Klein, Siglinde Naumann (Hrsg.): „Engagierte Migranten. Teilhabe in der Bürgergesellschaft“, Schwalbach/Ts. 2017, S. 225–231
- Difu – Deutsches Institut für Urbanistik: Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe. Dokumentation des 1. Netzwerktreffens am 07.–08.06.2016, Bearb.: Reimann, Bettina, Gudrun Kirchhoff, Ricarda Pätzold und Wolf-Christian Strauss, Berlin 2016
- Difu – Deutsches Institut für Urbanistik: Vielfalt in den Zentren von Klein- und Mittelstädten – sozialräumliche Integration, städtische Identität und gesellschaftliche Teilhabe. Dokumentation des 2. Netzwerktreffens am 01.–02.12.2016 in Weißenfels, Bearb.: Reimann, Bettina, Gudrun Kirchhoff, Ricarda Pätzold und Wolf-Christian Strauss, Berlin 2017

Städtebau und Stadtentwicklung, Wohnen

- Adrian, Luise, Stephanie Bock und Thomas Preuß: Flächeninanspruchnahme: Ziele und Herausforderungen, in: Nachrichten der ARL, Nr. 3–4/2016, S. 24–27
- Adrian, Luise, Arno Bunzel, Stefan Frerichs, Ricarda Pätzold und André Simon: Umweltqualität in kompakten, urbanen und Nutzungsgemischte Quartieren, Dessau 2017
- Bauer, Uta, und Franciska Frölich v. Bodelschwingh: 30 Jahre Gender in der Stadt- und Regionalentwicklung – Erfahrungen und Perspektiven, Berlin 2017, <http://edoc.difu.de/edoc.php?id=HV2Q19W3>
- Becker-Bojarra, Elke, Thomas Franke und Martin zur Nedden: Herausforderungen von Klein- und Mittelstädten. Fokus: Schrumpfung und Peripherisierung, Difu-Paper, Berlin, August 2017
- Bock, Stephanie, und Angela Million: Abwasser. Über die Verknüpfung von Stadtentwicklung und Wasserinfrastruktur, in: PLANERIN, H. 6/2016, S. 3–4
- Bock, Stephanie, und Jens Libbe: Siedlungswasserwirtschaft. Stadtentwicklung und Wasserinfrastrukturen zusammendenken, in: PLANERIN, H. 6/2016, S. 5–8
- Böhme, Christa: Umweltgerechtigkeit – eine Herausforderung für Städte, in: Impulse, H. 93/2016, S. 7–8
- BfN – Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.): Doppelte Innenentwicklung – Perspektiven für das urbane Grün. Empfehlungen für Kommunen, Autoren: Kühnau, Christina, Jutta Böhm, Markus Reinke, Christa Böhme und Arno Bunzel, Bonn 2017
- Böhme, Christa, und Thomas Preuß: Mehr Gesundheit in Quartieren durch Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum, in: Fabian, Carlo, Matthias Drilling, Oliver Niermann und Olaf Schnur (Hrsg.): Quartier und Gesundheit. Impulse zu einem Querschnittsthema in Wissenschaft, Politik und Praxis, Wiesbaden 2016, S. 177–193
- Böhme, Christa, und Thomas Franke: Schools and Education as Part of the “Social City” Programme, in: Million, Angela, Anna Juliane Heinrich und Thomas Coelen (Eds.): Education, Space and Urban Planning, Berlin 2017, S. 31–37
- Böhme, Christa, Christiane Bunge und Thomas Preuß: Umweltgerechtigkeit in der Stadt – zur integrierten Betrachtung von Umwelt, Gesundheit, Sozialem und Stadtentwicklung in der kommunalen Praxis, in: Umweltpsychologie, H. 2/2016, S. 137–157
- Kühnau, Christina, Christa Böhme, Arno Bunzel, Jutta Böhm und Markus Reinke: Von der Theorie zur Umsetzung: Stadtnatur und doppelte Innenentwicklung. Empirische Ergebnisse einer Befragung deutscher Großstädte und Handlungsempfehlungen, in: Natur und Landschaft, H. 7/2016, S. 329–335
- BfN – Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.): Urbanes Grün in der doppelten Innenentwicklung, Autoren: Böhm, Jutta, Christa Böhme, Arno Bunzel, Christina Kühnau, Detlef Landua und Markus Reinke, BfN-Skripten, Nr. 444, Bonn-Bad Godesberg 2016, <https://difu.de/publikationen/2016/urbanes-gruen-in-der-doppelten-innenentwicklung.html>
- Böhme, Christa, Thomas Franke, Thomas Preuß, Michael Schipperges, Kristin Schwarze und Bärbel Winkler-Kühlen: Möglichkeiten der verstärkten Nutzung von Synergien zwischen Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit in Programmen wie der „Sozialen Stadt“. Im Auftrag des Umweltbundesamtes, Dessau-Roßlau 2017
- Difu (Hrsg.): Klimaschutz in der verbindlichen Bauleitplanung. Online-Publikation, Bearb. Difu: Bunzel, Arno, Franciska Frölich v. Bodelschwingh und Daniela Michalski, Berlin
- Franke, Thomas, und Wolf-Christian Strauss: Gentrifizierung = Gentrifizierung = Gentrifizierung? Anmerkungen zu deutlichen Positionen über unklare Verhältnisse. Standpunkt, in: Difu-Berichte, H. 3–4/2016, S. 2–3
- Franke, Thomas, und Olaf Schnur: „Problemgebiete“ und Stadtpolitik am Beispiel des Programms „Soziale Stadt“, in: Weber, Florian, und Olaf Kühne (Hrsg.): Fraktale Metropolen. Stadtentwicklung zwischen Devianz, Polarisierung und Hybridisierung, Wiesbaden 2016, S. 295–311
- Franke, Thomas, Olaf Schnur und Patrick Senkel: Geflüchtete in der Sozialen Stadt. Potenziale der Weiterentwicklung des Quartiersansatzes Soziale Stadt im Kontext der Fluchtmigration, vhw- Schriftenreihe, Nr. 6, Berlin 2017
- Franke, Thomas, Ricarda Pätzold, Bettina Reimann, Wolf-Christian Strauss und Martin zur Nedden: Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung, Edition Difu – Stadt Forschung Praxis, Bd. 15, Berlin 2017
- Grabow, Busso, und Beate Hollbach-Grömig: Handel, Standortfaktoren und Nachhaltigkeit, in: Besecke, Anja, Josiane Meier, Ricarda Pätzold und Susanne Thomaier (Hrsg.): Stadtökonomie – Blickwinkel und Perspektiven, Universitätsverlag der TU Berlin, Berlin 2017, S. 56–59, <http://dx.doi.org/10.14279/depositonce-5910>
- Difu (Hrsg.) im Auftrag des Informationszentrums Mobilfunk e.V. (IZMF) (Hrsg.): Gutachten 2015 zur Umsetzung der Zusagen der Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber, Gutachter Difu: Grabow, Busso, Detlef Landua und Roman Soike; Gutachter Schlange und Co. GmbH: Schlange, Joachim, Christopher Haasen und David Lam, 2016
- Difu (Hrsg.): OB-Barometer, Bearb.: Grabow, Busso, Jasmin Hohnold und Detlef Landua, Berlin 2016

- Zwicker-Schwarm, Daniel, und Beate Hollbach-Grömig: Transnationale Zusammenarbeit von Städten und Regionen: Europäische Lösungen für die Stadtentwicklung, in: Europa kommunal, H. 5/2016, S. 42–45
- Landua, Detlef, Sandra Wagner-Endres und Ulrike Wolf: Standortfaktoren für Unternehmen – die kommunale Perspektive. Ergebnisse auf Grundlage der Daten des Difu-Projekts „Koordinierte Unternehmensbefragung“, im Auftrag der KfW Bankengruppe, Difu-Paper, Berlin 2017
- Difu (Hrsg.): Wasserinfrastrukturen für die zukunftsfähige Stadt. Beiträge aus der INIS-Forschung, Bearb.: Libbe, Jens, Stephanie Bock, Darla Nickel, Margarethe Langer und Christian Wilhelm, Berlin 2017, <https://difu.de/publikationen/2017/wasserinfrastrukturen-fuer-die-zukunftsaehige-stadt.html>
- Michalski, Daniela: Baukultur zahlt sich aus. Positionen zur Stadtentwicklung von Politik und Immobilienwirtschaft, in: Immobilien & Finanzierung, Nr. 01/2017, S. 26–27
- Bundesstiftung Baukultur (Hrsg.): Baukulturbericht 2016/17. Stadt und Land, Bearb. Difu: Michalski, Daniela, Franciska Frölich v. Bodelschwingh, Ricarda Pätzold, Wolf-Christian Strauss und Ana Shalin Stoeckermann; Planungsgruppe Stadt + Dorf, Berlin, Potsdam 2016
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.): Online-Handel – Mögliche räumliche Auswirkungen auf Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren, Bearb. Difu: zur Nedden, Martin, Beate Hollbach-Grömig, Elke Bojarra-Becker und Ricarda Pätzold, BBSR-Online-Publikation 08/2017, Bonn 2017
- Pätzold, Ricarda: Gemeinschaftliches Wohnen – Möglichkeiten und Grenzen für das Leben im Alter, in: Sinning, Heidi (Hrsg.): Altersgerecht wohnen und leben im Quartier. Trends, Anforderungen und Modelle für Stadtplanung und Wohnungswirtschaft, Stuttgart 2017, S. 123–134
- Pätzold, Ricarda: Der Siegeszug der Monotonie?! Filialisten & Franchise-Konzepte in Handel und Gastronomie, in: Besecke, Anja, Josiane Meier, Ricarda Pätzold und Susanne Thomaier (Hrsg.): Stadtkonomie – Blickwinkel und Perspektiven | Perspectives on urban economics. Ein Gemischtwarenladen | a general merchandise store, Berlin 2017, S. 93–97
- Pätzold, Ricarda: Sozialer Wohnungsbau. Vom Hoffnungskonzept zum „Ghetto“ und zurück, in: PLANERIN, H. 1/2017, S. 8–10
- Pätzold, Ricarda: Stadt.Land.Umland. Neukonfiguration einer konfliktreichen Beziehung, in: PLANERIN, H. 3/2016, S. 5–7
- Reimann, Bettina: Wohnsituation und Wohneigentumserwerb von Migrantinnen und Migranten, in: Gesemann, Frank, und Roland Roth (Hrsg.): Handbuch Lokale Integrationspolitik, Wiesbaden 2018, S. 549–563
- Bock, Stephanie: Erfolgsbedingungen kommunaler Bürgerbeteiligung: Perspektiven, Chancen und Fallstricke in der Praxis, in: Bauer, Hartmut, Christiane Büchner und Lydia Hajasch (Hrsg.): Partizipation in der Bürgerkommune, Kommunalwissenschaftliches Institut der Universität Potsdam, KWI Schriften 10, Potsdam 2017, S. 103–116
- Bock, Stephanie, und Bettina Reimann: „Mehr Beteiligung wagen“ – Evaluation des Modellprojekts „Strukturierte Bürgerbeteiligung“. Abschlussbericht, Hrsg.: Jakobs, Jann, und Heinz Kleger, Potsdam 2017.
- Bock, Stephanie, und Bettina Reimann: Beteiligungsverfahren bei umweltrelevanten Vorhaben. Abschlussbericht, TEXTE 37/2017 (Umweltforschungsplan des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit), Dessau-Roßlau 2017, https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2017-05-30_texte_37-2017_beteiligungsverfahren-umweltvorhaben.pdf
- Bock, Stephanie, und Bettina Reimann: Haltung, Kommunikation und Verbindlichkeit: Unverzichtbare Bausteine einer Öffentlichkeitsbeteiligung bei Großprojekten, in: wohnen. Zeitschrift der Wohnungswirtschaft Bayern, H. 2/2017, S. 54–57
- Bock, Stephanie, und Bettina Reimann: Das 3 x 3 einer guten Öffentlichkeitsbeteiligung bei Großprojekten. Status quo und Perspektiven, in: eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 01/2017 vom 06.04.2017, <http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/informieren-mitmachen/beitraege-themenschwerpunkte/einzelansicht-beitraege-themenschwerpunkte/article/das-3-x-3-einer-guten-oeffentlichkeitsbeteiligung-bei-grossprojekten-status-quo-und-perspektiven/>
- Bock, Stephanie, und Bettina Reimann: Was bringt's? Das Potsdamer Modellprojekt „Strukturierte Bürgerbeteiligung“ aus Sicht der begleitenden Evaluation, in: eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 02/2016 vom 15.07.2016
- Bunzel, Arno, Franciska Frölich v. Bodelschwingh, Stefanie Hanne und Wolf-Christian Strauss: Planspiel zur Städtebaurechtsnovelle 2016/2017. Entwurf des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2014/52/EU im Städtebaurecht und zur Stärkung des neuen Zusammenlebens in der Stadt, Berlin 2017
- Bunzel, Arno: Städtebaurechtsnovelle 2016/2017 im Planspieltest, in: ZfBR – Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht, H. 3/2017, S. 220–228
- Bunzel, Arno: Erschließung, in: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung: Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung, Hannover 2016
- Bunzel, Arno: Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen, in: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung: Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung, Hannover 2016
- Bunzel, Arno: Kommentierungen zu §§ 13b BauGB und 6a BauNVO, in: Bleicher, Ralf, Arno Bunzel, Thomas Engel, Jörg Finkeldei und Lucia Wecker: Baurecht. Ergänzbares Vorschriftenammlung mit Kommentar, 130. Ergänzungslieferung, Kronach, München, Bonn, Potsdam 2017
- Bunzel, Arno, Michael Groß, Michael Krautzberger und Martin zur Nedden: Bodenpolitik und Bodenrecht gemeinwohlorientiert gestalten, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): WiSo direkt, Nr. 11/2017, Berlin 2017

Politik, Verwaltung und Recht

Abt, Jan, Stephanie Bock und Bettina Reimann: Das 3 x 3 einer guten Öffentlichkeitsbeteiligung bei Großprojekten. Dokumentation des Fachgesprächs, Berlin, 25.01.2017, Berlin 2017, https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/dokumentation_des_fachgespraechs.pdf

- Bunzel, Arno, und Heinz Janning: Grenzenloser Einzelhandel und nachhaltige Raum- und Stadtentwicklung, in: ZfBR – Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht, H. 5/2017
- Bunzel, Arno: Vertragliche Regelungen zum Schutz und zur Förderung von Wohnraum, in: Mitschang, Stephan (Hrsg.): Schaffung, Erhaltung und Sicherung von Wohnraum – Fach- und Rechtsfragen der Planungs- und Genehmigungspraxis, Berliner Schriften zur Stadt- und Regionalplanung, Band 22, Frankfurt am Main 2017, S. 103–114
- Bunzel, Arno: Die Innenentwicklungsmaßnahme – Idee für ein neues Instrument zur Baulandmobilisierung, in: Pätzold, Ricarda, u.a. (Hrsg.): Stadtökonomie – Blickwinkel und Perspektiven. Ein Gemischtwarenladen. Sammelband für Dietrich Henckel, Berlin 2017
- Aring, Jürgen, Arno Bunzel, Bernd Hallenberg, Martin zur Nedden, Ricarda Pätzold und Fabian Rohland: Wohnungspolitik neu positionieren! Plädoyer von vhw und Difu für eine soziale und resiliente Wohnungspolitik, Berlin 2017, <https://difu.de/presse/2016-08-24/wohnungspolitik-neu-positionieren.html>
- Bunzel, Arno, und Martin zur Nedden: Zurück zur kommunalen Bodenpolitik, in: der gemeinderat, H. 9/2016, S. 16–19
- Bunzel, Arno: Kommentierungen zu §§ 246 BauGB, in: Bleicher, Ralf, Arno Bunzel, Thomas Engel, Jörg Finkeldei und Lucia Wecker: Baurecht. Ergänzbares Vorschriftensammlung mit Kommentar, 126. Ergänzungslieferung, Kronach, München, Bonn, Potsdam 2016
- Difu im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR): Planspiel zur Städtebaurechtsnovelle 2016/2017. Entwurf des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2014/52/EU im Städtebaurecht und zur Stärkung des neuen Zusammenlebens in der Stadt, Bearb.: Bunzel, Arno, Franciska Frölich v. Bodelschwingh, Stefanie Hanke und Wolf-Christian Strauss, Berlin 2017
- Difu (Hrsg.): Klimaschutz in der verbindlichen Bauleitplanung. Online-Publikation, Bearb.: Bunzel, Arno, Franciska Frölich v. Bodelschwingh und Daniela Michalski, Berlin 2017
- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) (Hrsg.): Europäische Modelllösungen nutzen! Ansätze für die Kapitalisierung der Ergebnisse transnationaler Interreg-Projekte in Kommunen und Regionen, Bearb. Difu: Hollbach-Grömgig, Beate, Jürgen Gies und Stefanie Schäfter; IMP-HSG Institut für Systemisches Management und Public Governance, Universität St. Gallen; blue! advancing european projects, MORO-Informationen, H. 17/1/2017, Bonn 2017
- Bönker, Frank, Jens Libbe und Hellmut Wollmann: Remunicipalisation Revisited: Long-Term Trends in the Provision of Local Public Services in Germany, in: Wollmann, Helmut, Ivan Kopic, Gérard Macou (eds.): Public and social services in Europe: From public and municipal to private sector provision, London 2016, S. 71–85
- Scheller, Henrik, und Stefan Schneider: KfW-Kommunalpanel 2016, herausgegeben von der KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main 2016
- Scheller, Henrik, und Stefan Schneider: KfW-Kommunalpanel 2017, herausgegeben von der KfW Bankengruppe, Frankfurt am Main 2017
- Scheller, Henrik: German Federalism: On the way to a "cooperative centralism"?, in: Kincaid, J./Jedwab, J. (eds.) 2017: Identities, Trust, and Cohesion in Federal Countries: The Public Perspective. Queen's Policy Studies Series, McGill-Queen's University Press 2017
- Scheller, Henrik: Educational Federalism in Germany: Tensions between the Länder's autonomy and cooperative unitarization, in: Wong, Kenneth (ed.) 2017: Federalism and Education: Governance, Standards, and Innovation for the 21st Century, Harvard University Press 2017
- Scheller, Henrik: Der föderalismustheoretische Diskurs in der Bundesrepublik – zwischen Pfadabhängigkeit und normativer Verselbständigung?, in: Hausteiner, Eva Marlene (Hrsg.): Föderalismen. Traditionen und Modelle jenseits des Bundesstaates, Berlin 2016
- Gerrits, Lucas, und Henrik Scheller: Die Steuerpläne von Bündnis 90/Die Grünen zur Bundestagswahl 2013 im Spiegel der Printmedien – Framing entlang der „redaktionellen Linien“?, in: Zeitschrift für Politik (ZfP), H. 2/2016
- Scheller, Henrik: Integration im deutschen Bundesstaat: Von einer Finanzkraft- zu einer Bedarfsorientierung fiskalischer Ausgleichsmechanismen, in: Der Gemeindehaushalt, H. 1/2017, S. 6–12
- Scheller, Henrik: Ansätze für eine generationengerechte Stadt-, Infrastruktur- und Finanzierungsplanung der Kommunen, in: Sächsischer Rechnungshof (Hrsg.): Finanzkontrolle in Sachsen, Band 8, Dresden 2017, S. 91–102
- Scheller, Henrik: Der deutsche Bildungsföderalismus: Seismograph deutscher Bundesstaatlichkeit in Zeiten wachsender Kooperationsanforderungen, in: Europäisches Zentrum für Föderalismusforschung Tübingen (Hrsg.): Jahrbuch des Föderalismus 2017. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa, Baden-Baden 2017
- Scheller, Henrik, und Benedikt Walker: Municipal infrastructure policies in the Federal Republic – in between growing disparities and losing political autonomy?, in: Peter Biegelbauer, Kirstin Lindloff und Fritz Sager (eds.): "Infrastructure policy-making: between regional interests and societal goals?", EPA Special Issue, autumn 2017
- Scheller, Henrik: Kommunale Infrastrukturpolitik. Zwischen Konsolidierung und aktiver Gestaltung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 16–17/2017, S. 39–46
- Scheller, Henrik: Die Integrationskraft des deutschen Bundesstaates und seiner Glieder – ein fiskalisches Organisationsproblem?, in: Junkernheinrich, Martin, und Joachim Lange (Hrsg.): Föderale Finanzbeziehungen unter Druck. Von der Flüchtlingspolitik bis zur Reform des Finanzausgleichs, Loccumer Protokolle 14/16, Rehburg-Loccum 2017, S. 133–158
- Junkernheinrich, Martin, Stefan Koriath, Thomas Lenk, Henrik Scheller und Matthias Woisin (Hrsg.): Jahrbuch für öffentliche Finanzen 2017, Berlin 2017

Finanzen

- Grabow, Busso: Zwischen Sanierungsstau und den Investitionsbedarfen einer wachsenden Stadt, in: Der Gemeindehaushalt, H. 2/2016, S. 25–28 sowie in: Der Gemeindehaushalt, Sonderdruck „Mein Hannover 2030“/2016, S. 9–12.

Scheller, Henrik, und Sabrina Schimmel: Zur Erhebung kommunaler Investitionsrückstände in Deutschland – „Wunschkonzert“ oder Beitrag zur Versachlichung der finanzpolitischen Debatte?, in: Österreichische Gemeindezeitung (ÖGZ), November 2017.

Klug, Gabriele C., Michael Thöne, Stefan Schneider: Nachhaltige Finanzplanung im Konzern Stadt Köln: Handlungsfähigkeit bleiben, Infrastruktur stärken, Tragfähigkeit erreichen, in: Der Gemeindehaushalt, H. 5/2017, S. 97–104

Wirtschaft und Digitalisierung

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Monitor Nachhaltige Kommune, Bericht 2016 Teil 1: Ergebnisse der Befragung und der Indikatorenentwicklung, Bearb.: Grabow, Busso, Jasmin Honold, Uta Bauer, Ulrike Wolf, Detlef Landua und Paul Gallep (Difu); Henrik Riedel, Oliver Haubner, Nils Zumbansen, Kirsten Witte (Bertelsmann Stiftung), Gütersloh 2016

Grabow, Busso, und Jasmin Honold: Transformation zur Nachhaltigkeit in Kommunen – empirische Befunde, in: Heinrichs, Harald, Ev Kirst und Jule Plawitzki (Hrsg.): Gutes Leben vor Ort, Berlin 2017, S. 7–12

Hollbach-Grömig, Beate: Online-Handel – Trend oder Hype? Und was heißt das für Städte und Gemeinden?, in: Österreichische Gemeinde-Zeitung. Das Magazin des Österreichischen Städtebundes, H. 4/2017, S. 23–25

Hollbach-Grömig, Beate: Klicken statt Bummeln. Auswirkungen des Online-Handels auf Innenstädte und Ortszentren, in: AKP. Fachzeitschrift für Alternative Kommunal Politik, H. 4/2017, S. 48–49

Landua, Detlef, Sandra Wagner-Endres und Ulrike Wolf: Standortfaktoren für Unternehmen – die kommunale Perspektive, Difu-Paper, Berlin 2017

BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.): Online-Handel – Mögliche räumliche Auswirkungen auf Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren, Bearb.: zur Nedden, Martin, Beate Hollbach-Grömig, Elke Bojarra-Becker und Ricarda Pätzold (alle Difu); BBE Handelsberatung/elaboratum, München, BBSR-Online-Publikation, Nr. 08/2017, Bonn 2017

Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH, BBE Handelsberatung GmbH, elaboratum GmbH: Online-Handel – Mögliche räumliche Auswirkungen auf Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren. Kurzfassung der Ergebnisse der Studie, Bearb. Difu: zur Nedden, Martin, Beate Hollbach-Grömig, Elke Bojarra-Becker und Ricarda Pätzold, Difu-Paper, Berlin 2017

Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Wirtschaft und Liegenschaften (Hrsg.): Industriestandort Wiesbaden stärken – Studie zur Unternehmensbefragung, Bearb.: Wagner-Endres, Sandra, Ulrike Wolf und Paul Gallep (alle Difu), Bunde, Jürgen, Michael Hauschild und Christian Worm (alle GEFAK GmbH), Online-Publikation, Wiesbaden 2016

Infrastruktur

Brandenburgisch Technische Universität (BTU) Cottbus-Senftenberg (Lehrstuhl Stadttechnik) und Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) (Hrsg.): Empfehlungen an den Bund zur Unterstützung der Kommunen bei der lokalen Wärmewende, Bearb. Difu: Riechel, Robert, und Jens Libbe, Cottbus und Berlin 2016, http://www.transformation-des-energiesystems.de/sites/default/files/TransStadt_Empfehlungen_Bund.pdf

Bock, Stephanie und Jens Libbe: Siedlungswasserwirtschaft. Stadtentwicklung und Wasserinfrastrukturen zusammen denken, in: PLANERIN, H. 6/2016, S. 5–8

Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB) und Deutsches Institut für Urbanistik (Difu) (Hrsg.): Wasser, Abwasser, Energie – Übergreifende Lösungen und Modellvorhaben zur Integration der Infrastrukturen. Ergebnisse und Erkenntnisse aus der BMBF-Fördermaßnahme INIS, Bearb.: Bock, Stephanie, und Darla Nickel, DStGB-DOKUMENTATION No. 139, Berlin

Difu – Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Bundesministerium für Bildung und Forschung (Förd.): Intelligente und multifunktionelle Infrastruktursysteme für eine zukunftsfähige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Ergebnisse aus den INIS-Projekten, Berlin 2016

Felmeden, Jörg, Jens Libbe, Bernhard Michel, Engelbert Schramm und Martina Winker: Integrierte Infrastrukturbeachtung. Zur Umsetzung neuartiger Wasserinfrastrukturen, in: PLANERIN, H. 6/2016, S. 9–13

Felmeden, Jörg, Bernhard Michel, Engelbert Schramm, Jan Hendrik Trapp und Martin Zimmermann: Gesamtstädtische und regionale Perspektiven, in: Winker, Martina, Jan Hendrik Trapp (Hrsg.) gemeinsam mit Jens Libbe und Engelbert Schramm: Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten. Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume, Edition Difu – Stadt Forschung Praxis, Bd. 16, Berlin 2017, S. 185–194

Kerber, Heide, Jan Hendrik Trapp und Engelbert Schramm (2017): Akteure in der Transformation der Infrastrukturen, in: Winker, Martina, Jan Hendrik Trapp (Hrsg.) gemeinsam mit Jens Libbe und Engelbert Schramm (2017): Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten. Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume, Edition Difu – Stadt Forschung Praxis, Bd. 16, Berlin 2017, S. 197–206

Libbe, Jens: Kommunale Daseinsvorsorge zeitgemäß begründen. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung gilt als Kernbestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge, in: Transforming Cities. Urbane Systeme im Wandel. Das technisch-wissenschaftliche Fachmagazin, H. 2/2016, S. 22–27

Libbe, Jens: Wasserver- und -entsorgung zukunftsfest ausrichten. Ergebnisse aus 13 Forschungsberichten: zehn Botchaften an Politik und Praxis, in: gfw Wasser + Abwasser, H. 6/2016, S. 589–591

Libbe, Jens: Akteure, Strategien und Institutionen der Transformation, in: Difu (Hrsg.): Wasserinfrastrukturen für die zukunftsfähige Stadt. Beiträge aus der INIS-Forschung, Berlin, S. 280–281, <https://difu.de/11310>

Libbe, Jens: Gekoppelte Infrastrukturen sind nicht nur eine technische Herausforderung, in: Difu-Berichte, H. 2/2017, Standpunkt, S. 3–4

- Libbe, Jens, und Darla Nickel: Wasser in der Stadt der Zukunft – planerische Herausforderungen und politische Aufgaben, in: *disp The Planning Review*, Nr. 206, H. 3/2016, S. 110–115, <http://www.tandfonline.com/eprint/mSfMm4dUcuRZY-apvT6tn/full>
- Libbe, Jens, und Ulrich Petschow: Verwundbarkeiten durch Sektorkopplung, in: *Ökologisches Wirtschaften*, H. 4/2017, DOI 10.14512/OEW320416
- Libbe, Jens, Darla Nickel, Stephanie Bock, Margarethe Langer und Christian Wilhelm: Wasserinfrastrukturen für die zukunftsfähige Stadt, in: Difu (Hrsg.): *Wasserinfrastrukturen für die zukunftsfähige Stadt*. Beiträge aus der INIS-Forschung, Berlin 2017, S. 22–25, <https://nawam-inis.de/mediathek>
- Libbe, Jens, und Ulrich Petschow: Leitbilder und Infrastrukturen. Politikpapier für das Umweltbundesamt, Berlin 2017 (unveröffentlicht)
- Libbe, Jens, und Robert Riechel: Die kommunale Energiewende. Technische Transformationspfade und kommunales Transformationsmanagement, in: *Ökologisches Wirtschaften*, H. 1/2017, S. 36–40
- Libbe, Jens, und Robert Riechel: Die kommunale Wärmewende. Technische Transformationspfade und Prozessorganisation, in: *Transforming Cities. Urbane Systeme im Wandel*. Das technisch-wissenschaftliche Fachmagazin, Nr. 2/2017, S. 48–52
- Libbe, Jens, und Robert Riechel: Die kommunale Wärmewende ist mehr als eine technische Frage. In: *GAI A – Ecological Perspectives for Science and Society*, Vol. 26, Nr. 1/2017, S. 70–72
- Libbe, Jens, und Roman Soike: Die Bedeutung des Smart City-Konzepts für die Entwicklung der kommunalen Infrastruktur im 21. Jahrhundert, in: *Der Gemeinderat* 60. Jg./2017
- Libbe, Jens, und Roman Soike: Vernetzung der Smart City braucht klare Struktur, in: *Treffpunkt Kommune*, Nr. 10/2017, <http://www.treffpunkt-kommune.de/vernetzung-der-smart-city-braucht-klare-struktur/>
- Libbe, Jens, Engelbert Schramm, Martina Winker und Jutta Deffner: Integrierte Infrastrukturplanung, in: Winker, Martina, und Jan Hendrik Trapp (Hrsg.) gemeinsam mit Jens Libbe und Engelbert Schramm: *Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten*. Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume, Edition Difu – Stadt Forschung Praxis, Bd. 16, Berlin 2017, S. 81–90
- Libbe, Jens, und Jan Trapp: Neuartige Wasserinfrastrukturen bieten Optionen für unternehmerische Strategien in der Siedlungswasserwirtschaft, in: *Kommunalwirtschaft*, H. 9/2016, S. 5–6
- Nickel, Darla, und Margarethe Langer: Zukunftsfähige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung. Botschaften an Praxis und Politik, in: *Transforming Cities. Urbane Systeme im Wandel*. Das technisch-wissenschaftliche Fachmagazin, Nr. 2/2016, S. 28–31
- Nickel, Darla: Werkzeuge für Planung, Entscheidungsfindung und Visualisierung, in: Difu (Hrsg.): *Wasserinfrastrukturen für die zukunftsfähige Stadt*. Beiträge aus der INIS-Forschung, Berlin 2017, S. 188–189, <https://nawam-inis.de/mediathek>
- Matzinger, Andreas, Darla Nickel u.a.: Maßnahmensteckbriefe der Regenwasserbewirtschaftung. Ergebnisse des Projektes KURAS. Online-Publikation, 2017, <http://kuras-projekt.de/downloads/erzeugnisse-regenwasserbewirtschaftung>
- Matzinger, Andreas, Darla Nickel u.a.: KURAS-Leitfaden: Zielorientierte Planung von Maßnahmen der Regenwasserbewirtschaftung. Ergebnisse des Projektes KURAS. Online-Publikation, 2017, <http://kuras-projekt.de/downloads/erzeugnisse-regenwasserbewirtschaftung>
- Nickel, Darla: Wasserversorgung und Abwasserentsorgung unter Veränderungsdruck, in: Difu (Hrsg.): *Wasserinfrastrukturen für die zukunftsfähige Stadt*. Beiträge aus der INIS-Forschung, Berlin 2017, S. 28–29, <https://nawam-inis.de/mediathek>
- Ott, Ralf, Jan Hendrik Trapp und Engelbert Schramm: Koordinationsbedarfe und Optimierungen, in: Winker, Martina, und Jan Hendrik Trapp (Hrsg.) gemeinsam mit Jens Libbe und Engelbert Schramm: *Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten*. Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume, Edition Difu – Stadt Forschung Praxis, Bd. 16, Berlin 2017, S. 207–218
- Riechel, Robert: Zwischen Gebäude und Gesamtstadt: Das Quartier als Handlungsraum in der lokalen Wärmewende, in: *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, 85. Jg., H. 4/2016, S. 89–101
- Riechel, Robert, und Sven Koritkowski unter Mitwirkung von Jens Libbe und Matthias Koziol: Wärmewende im Quartier. Hemmnisse bei der Umsetzung energetischer Quartierskonzepte, *Difu-Papers*, Berlin 2016
- Riechel, Robert, Sven Koritkowski, Jens Libbe und Matthias Koziol, unter Mitarbeit von Jan Hendrik Trapp: Kommunales Transformationsmanagement für die lokale Wärmewende. *TransStadt Leitfaden*, Berlin 2017, <https://difu.de/11268>
- Schramm, Engelbert, Heide Kerber, Jan Hendrik Trapp, Martin Zimmermann und Martina Winker (2017): Novel urban water Systems in Germany: governance structures to encourage transformation, in: *Urban Water Journal* (DOI: 10.1080/1573062X.2017.1293694).
- Schramm, Engelbert, Jan Hendrik Trapp, Thomas Giese, Thomas Werner und Martina Winker: Machbarkeitsstudien zur Verbesserung der Planungsspielräume – Das Beispiel Hamburg, in: Winker, Martina, und Jan Hendrik Trapp (Hrsg.) gemeinsam mit Jens Libbe und Engelbert Schramm: *Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten*. Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume, Edition Difu – Stadt Forschung Praxis, Bd. 16, S. 91–97
- Trapp, Jan Hendrik, Heide Kerber und Engelbert Schramm: Implementation and diffusion of innovative water infrastructures: obstacles, stakeholder networks and strategic opportunities for utilities, in: *Environmental Earth Science*, Nr. 76/2017: 154, <https://doi.org/10.1007/s12665-017-6461-8>
- Trapp, Jan Hendrik, und Jens Libbe: Strategieoptionen und Rolle der Unternehmen in der Transformation, in: Difu: *Wasserinfrastrukturen für die zukunftsfähige Stadt*. Beiträge aus der INIS-Forschung, Berlin 2017, S. 292–295, <https://difu.de/11310>
- Trapp, Jan Hendrik, und Jens Libbe: Neuartige Wasserinfrastrukturen – Optionen für Unternehmensstrategien und Innovation, *netWORKS-Papers* Nr. 29, Berlin 2016, <https://difu.de/8682>
- Trapp, Jan Hendrik und Jens Libbe: Neue Strategieoptionen für Wasserunternehmen, in: Winker, Martina, und Jan Hen-

- drik Trapp (Hrsg.) gemeinsam mit Jens Libbe und Engelbert Schramm: Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten. Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume, Edition Difu – Stadt Forschung Praxis, Bd. 16, Berlin 2017, S. 237–257
- Trapp, Jan Hendrik, Wulf Holger Arndt, Jens Libbe, Stefan Schneider, Maic Verbücheln, Jan Winkelhaus (Difu, Berlin); Moritz Motschall, Dierck Bauknecht, Thomas Bergmann, Jens Gröger (Öko-Institut, Berlin): Ressourcenleichte zukunftsfähige Infrastrukturen – umweltschonend, robust, demografiefest, UBA Texte 64/2017, Berlin und Dessau 2017
- Trapp, Jan Hendrik, Wulf Holger Arndt, Jens Libbe, Stefan Schneider, Maic Verbücheln, Jan Winkelhaus (Difu, Berlin); Moritz Motschall, Dierck Bauknecht, Thomas Bergmann, Jens Gröger (Öko-Institut, Berlin): Ressourcenleichte zukunftsfähige Infrastrukturen in Stadt und Region. Handlungsfelder für eine zukunftsfähige Infrastrukturgestaltung, Dessau-Roßlau 2017
- Winker, Martina, Thomas Giese, Jens Libbe, Jörg Londong, Martin Oldenburg und Engelbert Schramm: Probleme und Stolpersteine beim Umsetzen neuartiger Wasserinfrastrukturen: Diskrepanzen zwischen Theorie und Praxis, in: Difu (Hrsg.): Wasserinfrastrukturen für die zukunftsfähige Stadt. Beiträge aus der INIS-Forschung, Berlin 2017, S. 134–139, <https://nawam-inis.de/mediathek>
- Winker, Martina, Jens Libbe, Jörg Felmeden, Thomas Giese und Sabine Kunkel: Abhängigkeiten und Interdependenzen von Siedlungs- und Baustruktur mit der Wasser- und Energieinfrastruktur, in: Difu (Hrsg.): Wasserinfrastrukturen für die zukunftsfähige Stadt. Beiträge aus der INIS-Forschung, Berlin 2017, S. 140–143, <https://nawam-inis.de/mediathek>
- Winker, Martina, Jens Libbe, Engelbert Schramm und Jan Hendrik Trapp: Fachübergreifende Zusammenarbeit und neue Akteurssettings zur Gestaltung städtischer Infrastruktur, in: Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (Hrsg.): Jahrestagung 2016. Stadt, Land, Fluss – Deutsche Wasserwirtschaft – Garant für Lebensqualität, Tagungsband, Bonn 2016, S. 26–27
- Winker, Martina, Jens Libbe, Jan Hendrik Trapp, Engelbert Schramm und Ralf Ott: Differenzierung der Wasserinfrastruktur auf der kommunalen Ebene, in: Winker, Martina, und Jan Hendrik Trapp (Hrsg.) gemeinsam mit Jens Libbe und Engelbert Schramm: Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten. Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume, Edition Difu – Stadt Forschung Praxis, Bd. 16, S. 37–43
- Winker, Marina, Jan Hendrik Trapp, Jörg Felmeden, Engelbert Schramm und Jens Libbe: Transformation der Wasserinfrastruktur organisieren. Was ist dabei zu beachten?, in: Transforming Cities. Urbane Systeme im Wandel. Das technisch-wissenschaftliche Fachmagazin, 2016, S. 49–53
- Winker, Martina, und Jan Hendrik Trapp (Hrsg.) gemeinsam mit Jens Libbe und Engelbert Schramm: Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten. Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume, Edition Difu – Stadt Forschung Praxis, Bd. 16, Berlin 2017
- ## Mobilität
- Appelhans, Nadine, Jürgen Gies und Anne Klein-Hitpaß (Hrsg.): Elektromobilität: im Spannungsfeld technologischer Innovation, kommunaler Planung und gesellschaftlicher Akzeptanz, Difu-Impulse, Bd. 1/2016, Berlin 2016
- Arndt, Wulf-Holger (Hrsg.): Commercial transport in urban areas, Difu-Sonderveröffentlichung, Berlin 2016
- Arndt, Wulf-Holger: Environmentally friendly commercial transport in urban areas, in: Commercial transport in urban areas, Difu-Sonderveröffentlichung, Berlin 2016
- Arndt, Wulf-Holger: Lärmschutz und Luftreinhaltung durch Tempo 30, in: mobilogisch! H. 2/2016, Berlin 2016
- Arndt, Wulf-Holger: Funktion und Gestaltung von städtischen Haupt(verkehrs)straßen mit Schwerpunkt Innenstadt, in: mobilogisch! H. 1/2016, Berlin 2016
- Arndt, Wulf-Holger: Umweltverträglicher Wirtschaftsverkehr in Städten. Wer oder was bringt's wirklich? In: mobilogisch! H. 1/2016, Berlin 2016
- Arndt, Wulf-Holger (Hrsg.): Umweltverträglicher Wirtschaftsverkehr in Städten. Wer oder was bringt's wirklich? Difu-Impulse, Bd. 6/2015, Berlin 2016
- Bauer, Uta, Melanie Herget, Wilko Manz und Joachim Scheiner: Familienmobilität in Berlin, in: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt (Hrsg.): Stadt der Zukunft – Stadt der Vielfalt, H. 6, Zielgruppengerechte Mobilitätsangebote, S. 19–23, http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/gender_mainstreaming/download/heft6_zielgruppengerechte_mobilitaetsangebote.pdf
- Uta Bauer, Melanie Herget, Wilko Manz und Joachim Scheiner: Mobilität von Familien – Was ist charakteristisch? Was erleichtert ihren Alltag? Handbuch der kommunalen Verkehrsplanung, 77. Erg.-Lfg. 2017
- Bracher, Tilman, Kirstin Lindloff und Martina Hertel: Neue Mobilität für Städte und Gemeinden: elektrisch, autonom und gut geplant, in: Behörden Spiegel: Das E-Mobility-Jahrbuch 2017, Bonn 2017
- Deffner, Jutta, Konrad Götz, Gisela Stete, Tilman Bracher, Melina Stein und Simon Bülow: Nachhaltige Mobilitätskultur in Hessen gestalten. Konzept für eine Mobilitätsstrategie, im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Wiso-Diskurs, H. 2/2017, Berlin 2017
- Bormann, Rene, Tilman Bracher, Bert Leerkamp, Ulrich Hatzfeld, Helmut Holzapfel, Ulrike Reutter, Oliver Schwedes und Martin Stuber: Mobilität 2050. Demokratisch, nachhaltig und digital vernetzt. Reihe WISO Direkt, Nr. 4/2017, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2017
- Gies, Jürgen, und Uta Bauer (Hrsg.): Wege zu nachhaltiger Mobilität. Ergebnisse aus transnationaler Forschung unter der „Era-net Transport“-Initiative „Stepping Stones“, Difu-Impulse, Bd. 2/2016, Berlin 2016
- Deutsch, Volker, Klaus J. Beckmann, Carsten Gertz, Jürgen Gies, Christian Holz-Rau, Felix Huber: Integration von Stadtplanung und ÖPNV für lebenswerte Städte. Belange des ÖPNV müssen in die strategische Stadt- und Verkehrsplanung einfließen, Difu-Paper, Berlin 2016

- Gies, Jürgen: Verkehrsprojekte in den Kommunen voranbringen, in: Kommunalpolitische Blätter (KOPO), H. 12/2016, S. 42–43
- Gies, Jürgen: Klimafreundlicher und ressourcenschonender Verkehr. Mit Interreg gute Ideen für nachhaltige Mobilität voranbringen, in: mobilogisch! H. 4/2016, S. 57–58
- Hanke, Stefanie: Rechtliche Rahmenbedingungen neuartiger Wasserinfrastrukturen. Zu den rechtlichen Möglichkeiten und Grenzen der Einführung von Grauwasserrecycling, Schwarzwasserbehandlung sowie Wärmerückgewinnung, netWORKS-Paper, H. 32, Berlin 2016
- Hanke, Stefanie: Kommunale Unternehmen in Deutschland als Erfahrungsträger und Kooperationspartner für Kommunen in Schwellen- und Entwicklungsländern – eine Bestandsaufnahme, Difu-Paper, Berlin 2016
- Difu (Hrsg.): Praxisleitfaden im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt Berlin: „Pendeln mit Rückenwind“ – Ein Praxisleitfaden zu Pedelecs & Co. für Kommunen, Unternehmen und private Haushalte, Bearb. Difu: Hertel, Martina, Tilman Bracher und Anne Klein Hitpaß, Berlin 2016
- Push & Pull Consortium (Hrsg.): PUSH&PULL – Parking management and incentives as successful strategies for energy-efficient urban transport. Final report, Bearb. Difu: Hertel, Martina, Sonderveröffentlichung 2017
- Klein, Tobias, und Sabine Schulten: Qualitätssprung für den Radverkehr. Radschnellverbindungen als sinnvolle Ergänzung im Stadt-Umland-Verkehr, in: Stadt und Gemeinde, H. 6/2016, S. 266–269
- Klein-Hitpaß, Anne: Mehr Mobilität bei weniger Verkehr? Forschungsprojekt City2Share zur Einführung innovativer Mobilitätskonzepte gestartet, in: Behörden Spiegel, H. 8/2016, Bonn, S. 19
- Lindloff, Kirstin, u.a.: Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Planung von Infrastruktur. Dialogforen „Feste Fehmarnbeltquerung“ und „Schiene Nord“, in: Eisenbahntechnische Rundschau, H. 1+2/2017, S. 42–47
- Lindloff, Kirstin, und Martina Hertel: Automatisiertes Fahren in Städten und Gemeinden: vom Selbstfahrer zum „Selbstläufer“? Handlungsfelder zur gezielten Stärkung des kommunalen Nutzens, in: KommunalPraxis spezial, H. 4/2017
- Lindloff, Kirstin, Katharina Lisetska, Thomas Eisenmann und Nils Bandelow: Regionale Betroffenheit in informellen Beteiligungsverfahren bei Infrastrukturprojekten, in: dms – der moderne staat, H. 1/2017, S. 89–115, <https://doi.org/10.3224/dms.v10i1.05>
- Biegelbauer, Peter, Kirstin Lindloff und Fritz Sager: Infrastructure policy between regional interests and societal goals. Editorial introduction to the Special Issue, in: European Policy Analysis Vol. 3, Nr. 2/2017, S. 212–225, DOI: 10.1002/epa2.1024
- Böhme, Christa, Christiane Bunge und Thomas Preuß: Umweltgerechtigkeit in der Stadt. Zur Integration von Umwelt, Gesundheit, Sozialem und Stadtentwicklung in der kommunalen Praxis, in: Zeitschrift Umweltpsychologie, H. 2/2016, S. 137–157
- Böhme, Christa, Christiane Bunge und Thomas Preuß: Umweltgerechtigkeit – eine Herausforderung für gesundheitsfördernde, nachhaltige Städte, in: Impulse für Gesundheitsförderung, Dez. 2016, S. 7–8.
- Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz beim Difu (Hrsg.): Akteure im kommunalen Klimaschutz erfolgreich beteiligen – Von den Masterplan-Kommunen lernen, Bearb. Difu: Hansel, Mareike, Niko Hübner, Christine Krüger und Greta Link, Berlin 2017
- Difu (Hrsg.): Ausgezeichnete Praxisbeispiele: Kommunaler Klimaschutz 2015 – Ein Wettbewerb des Bundesumweltministeriums und des Deutschen Instituts für Urbanistik, Bearb. Difu: Hogrewe-Fuchs, Anna, Anna-Kristin Jolk, Sigrid Künzel, Anne-Kathrin Schormüller und Ulrike Vorwerk, Köln 2016
- Difu (Hrsg.): Ausgezeichnete Praxisbeispiele: Klimaaktive Kommune 2016 – Ein Wettbewerb des Bundesumweltministeriums und des Deutschen Instituts für Urbanistik, Bearb. Difu: Bendler, Jan, Anna Hogrewe-Fuchs, Anna-Kristin Jolk, Sigrid Künzel und Ulrike Vorwerk, Köln 2017
- Difu (Hrsg.): Praxisratgeber Klimagerechtes Bauen. Mehr Sicherheit und Wohnqualität bei Neubau und Sanierung, Bearb. Difu: Jolk, Anna-Kristin, Sigrid Künzel, Marco Peters und Luise Willen, Köln 2017
- Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz beim Difu (Hrsg.): Die Kommunalrichtlinie – Förderung für den kommunalen Klimaschutz! Bearb. Difu: Link, Greta, Berlin 2016
- Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz beim Difu (Hrsg.): Förderung für Klimaschutz in kommunalen Unternehmen, Bearb. Difu: Link, Greta, Berlin 2017
- Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz beim Difu (Hrsg.): Klimaschutz in Bewegung, Bearb. Difu: Nagel, Anna, Berlin 2017
- Peters, Marco, Jan Walter und Lara Falkenberg: Stadt der Zukunft – Tendenzen, Potenziale und Visionen, Difu-Paper 2016
- Preuß, Thomas: Instrumente für das Flächensparen: Aktionsplan und Planspiele, in: Meinel, Gotthard, Daniela Förtsch, Steffen Schwarz und Tobias Krüger (Hrsg.): Flächennutzungsmonitoring VIII Flächensparen – Ökosystemleistungen – Handlungsstrategien, Berlin 2016, S. 23–29
- Preuß, Thomas, und Wolf-Christian Strauss: Quo vadis Flächenkreislaufwirtschaft: Wer sich im Kreis dreht, verfehlt das Ziel?, in: Besecke, Anja, Josiane Meier, Ricarda Pätzold und Susanne Thomaier (Hrsg.): Stadtökonomie – Blickwinkel und Perspektiven. Ein Gemischtwarenladen, Berlin 2017, S. 49–52

Umwelt

- Böhme, Christa, und Thomas Preuß: Mehr Gesundheit in Quartieren durch Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum, in: Fabian, Carlo, Matthias Drilling, Oliver Niermann und Olaf Schnur (Hrsg.): Quartier und Gesundheit. Impulse zu einem Querschnittsthema in Wissenschaft, Politik und Praxis, Wiesbaden 2017, S. 177–193

- Rösler, Cornelia (Hrsg.): Vom Energiebeauftragten zum Energiemanagement. Dokumentation des 20. Deutschen Fachkongresses für kommunales Energiemanagement, Difu-Impulse, Bd. 3/2016
- Rösler, Cornelia: Klimaschutz und Klimaanpassung in Landkreisen, in: Der Landkreis, H. 7/2017, S. 331–334

- Difu (Hrsg.): Klimaschutz & Fläche – Bodenschutz und Flächenmanagement für erfolgreichen kommunalen Klimaschutz, Bearb. Difu: Schormüller, Kathrin, Köln 2016
- Umweltbundesamt (UBA) (Hrsg.): Lärm- und Klimaschutz durch Tempo 30: Stärkung der Entscheidungskompetenzen der Kommunen, Bearb. Difu: Schormüller, Kathrin, Thorsten Deppner, Eckhart Heinrichs und Karsten Sommer, Berlin 2016
- Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz beim Difu: In 2016 17 unterschiedliche Fachartikel zur Kommunalrichtlinie in folgenden Fachzeitschriften: Der Landkreis, Städtetag aktuell, Stadt und Gemeinde interaktiv, Deutsches Ingenieurblatt, Zeitschrift für kommunale Wirtschaft, Stadt + Werk, KOMMUNALtopinform, Kommunaler Beschaffungsdienst, Umweltbriefe, UmweltMagazin, Kommunal-Info des kommunalpolitischen Forums Sachsen, Saarländische Kommunalzeitschrift, Forum Kommunalpolitik, Der Gemeinderat, KGSt Journal, Mobilogisch und Die Kommunalwirtschaft, Berlin 2016
- Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz beim Difu: Unterschiedliche Fachartikel zur Kommunalrichtlinie in folgenden Fachzeitschriften: Die Gemeinde SH – Zeitschrift für die Kommunale Selbstverwaltung in Schleswig-Holstein, Sachsenlandkurier – Zeitschrift des Sächsischen Städte- und Gemeindetages, Transforming Cities (TranCit) und Der Überblick – Verbandszeitschrift des Städte- und Gemeindetags Mecklenburg-Vorpommern, Berlin 2017
- Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz beim Difu: „Nahaufnahme – Klimaschutzmanager/-in des Monats“, Online-Reihe, 12 Ausgaben in 2016, „Nahaufnahme – Klimaschutzmanager/-in des Monats“, Online-Reihe, 12 Ausgaben in 2017
- me – Klimaschutzmanager/-in des Monats“, Online-Reihe, 12 Ausgaben in 2017, „Projekt des Monats“, Online-Reihe, 12 Ausgaben in 2016, „Projekt des Monats“, Online-Reihe, 12 Ausgaben in 2017
- Verbücheln, Maic, und Susanne Dähler (Hrsg.): Klimaschutz in der Stadt- und Regionalplanung. Erneuerbare Energien und Energieeffizienz in der kommunalen Planungspraxis, Berlin und Köln 2016
- Verbücheln, Maic, Anna-Kristin Jolk und Josefine Pichl: Klimangepasste Planung im Quartier am Beispiel des OSTPARKs in Bochum – Ergebnisse aus dem Projekt Plan4Change, Berlin 2017
- UBA – Umweltbundesamt (Hrsg.): Auswirkungen des demografischen Wandels auf die kommunale Abfallwirtschaft, Autoren: Verbücheln, Maic, Josefine Pichl und Susanne Dähler, Dessau-Roßlau 2017
- Walter, Jan: Erneuerbare Wärme. Kommunale Vorbilder zum Nachahmen, in: Transforming Cities, Nr. 2/2017, S. 74–77
- Difu (Hrsg.): Klimaschutz & erneuerbare Wärme – Beispiele, Aktivitäten und Potenziale für die kommunale Wärmewende, Bearb. Difu: Walter, Jan, Köln 2017

Gremien und Mitgliedschaften (Auswahl)

Stand: Juni 2018, gelistet nach Difu-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeitern

Dr.-Ing. Wulf-Holger Arndt

Leiter, Arbeitskreis 1.8.3 „Erhebungsmethoden im Wirtschaftsverkehr“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).

Mitglied, Arbeitskreis 1.8.2 „Konzeption und Einsatz von Verkehrsnachfragemodellen zur Berechnung des Wirtschaftsverkehrs“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).

Mitglied, Arbeitskreis 1.7.5 „Wirkungen von Maßnahmen zur Umweltentlastung“ der FGSV.

Mitglied, QA 7 Postfossiler Verkehr – Elektromobilität der FGSV.

Mitglied im Expertenbeirat Forschungsvorhaben „Veränderung des gewerblichen Lieferverkehrs und dessen Auswirkungen auf die städtische Logistik“, BMVI.

Mitglied, Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft (DVWG).

Mitglied, Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).

Dipl.-Geogr. Uta Bauer

Ständiger Gast, Kommission „Frauen in der Stadt“ des Deutschen Städtetages.

Mitglied, Mobilitätsbeirat „Fußverkehr“ der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Berlin.

Mitglied, SRL-Arbeitsgruppe „Nahmobilität“.

Dr.-Ing. Elke Becker

Berufenes Mitglied, Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL).

Berufenes Mitglied, Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL).

Mitglied, Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e.V. (SRL).

Mitglied, Förderverein für Zivilgesellschaftsforschung (fvzf).

Berufenes Mitglied, Bewertungskommission für die Arbeitsgemeinschaft der Städte mit historischen Stadtkernen im Land Brandenburg.

Mitglied, Ad-hoc-Arbeitskreis der Akademie für Raumforschung und Landesplanung „Daseinsvorsorge und gleichwertige Lebensbedingungen“.

Berufenes Mitglied, Projektbeirat „Wissen messen, Regionen gestalten. Science Scorecard“ beim Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft.

Dr. rer. pol. Stephanie Bock

Ständiger Gast, Kommission „Frauen in der Stadt“ des Deutschen Städtetages.

Ständiger Gast, Kommission „Frauen in der Stadt“ des Deutschen Städtetages.

Berufenes Mitglied, Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Landesgruppe Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern.

Mitglied, Begleitkreis zur BMBF-Fördermaßnahme „Nachhaltiges Landmanagement – Innovative Systemlösungen“.

Mitglied, Expertenkreis „Informations- und Kommunikationsplattform Fläche“ des UBA-Forschungsvorhabens zur Entwicklung und Erprobung einer Kommunikationsplattform zur Förderung des Know-how-Transfers zum kommunalen Flächenmanagement.

Mitglied, Beirat zum UBA-Forschungsvorhaben „Planspiel Flächenhandel“.

Dipl.-Ing. Christa Böhme

Arbeitsgemeinschaft Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung (AGGSE) beim Deutschen Institut für Urbanistik.

Arbeitskreis „Planung für gesundheitsfördernde Stadtregionen“ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung.

Beratender Arbeitskreis „Gesundheitliche Chancengleichheit“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung.

Fachkommission „Friedhof und Stadtgrün“ des Deutschen Städtetages.

Forschungsbegleitende Arbeitsgruppe zum Forschungsprojekt „Qualifizierung, Rückgewinnung und Sicherung urbaner Frei- und Grünräume“ des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR).

Jury zum KfW-Award „Bauen und Wohnen“.

Jury zum Förderaufruf „Gut Älterwerden im vertrauten Umfeld“ der Fachstelle Altern und Pflege im Quartier (FAPIQ) des Landes Brandenburg.

Projektbegleitende Arbeitsgruppe zum Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben

„Naturerfahrungsräume in Großstädten am Beispiel Berlin“ des Bundesamtes für Naturschutz (BfN).

Projektbegleitende Arbeitsgruppe zum Forschungsvorhaben „Schutz und Weiterentwicklung der biologischen Vielfalt im Rahmen der integrierten Stadtentwicklung“ des Bundesamtes für Naturschutz (BfN).

Projektbegleitende Arbeitsgruppe zum Projekt „Grünflächen in der Sozialen Stadt“ der Deutschen Umwelthilfe (DUH).

Sachverständigenbeirat für Naturschutz und Landschaftspflege des Landes Berlin.

Dipl.-Volkswirt Tilman Bracher

Mitglied, Fachkommission Verkehrsplanung des Deutschen Städtetages.

Mitherausgeber, Handbuch der Kommunalen Verkehrsplanung (HKV).

Mitglied, Arbeitsausschuss 1.1., „Grundsatzfragen der Verkehrsplanung“ der FGSV.

Mitglied, Mobilitätsbeirat der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Berlin.

Mitglied, Bund/Länder-Arbeitskreis „Fahrradverkehr“.

Mitglied, „Beirat Radverkehr“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI).

Mitglied, „FahrRat“ der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, Berlin.

Mitglied, Wissenschaftlicher Beirat des VCD.

Mitglied, Deutsche Verkehrswissenschaftliche Gesellschaft.

Mitglied, Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e.V. (SRL), Forum Mensch und Verkehr.

Sebastian Bührmann M.A., PBD Urb. (Canada)

Mitglied, Kommunale Koordinierungsgruppe Radverkehr (KoKo-Rad).

Mitglied, Arbeitskreis 2.5.1 „Aktuelle Themen des Radverkehrs“ (ERA-AK) der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen (FGSV).

Beiratsmitglied, Projekt InfRad – Infrastruktur als Einflussfaktor auf den Radverkehr.

Prof. Dr. Arno Bunzel

Mitglied, Fachkommission Baurecht des Deutschen Städtetages.

Ständiger Gast, Planungs- und Bauausschuss des Städte- und Gemeindebundes Brandenburg.

Ständiger Gast, Erfahrungsaustausch „Städtebau“ der Mitgliedsverbände des DStGB.

Berufenes Mitglied, Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Landesgruppe Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern.

Mitglied, Gesellschaft für Umweltrecht.

Dr. Holger Floeting

Mitglied, Qualitätszirkel „Stadt“ der Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention im Auftrag der Landeskommision Berlin gegen Gewalt.

Mitglied, Fachbeirat Nationales Zentrum für Kriminalprävention.

Dr. rer. nat. Dipl.-Geogr. Thomas Franke

Ständiger Gast, Fachkommission „Stadtentwicklungsplanung“ des Deutschen Städtetages.

Mitglied, Steuerungskreis des Modellprojekts „Jugendmigrationsdienste im Quartier“.

Dr. phil. Jürgen Gies

Ständiger Gast, Arbeitsgruppe Verkehrsfinanzierung der Fachkommission Verkehrsplanung des Deutschen Städtetages.

Dr. rer. pol. Busso Grabow

Ständiger Gast, Ausschuss für Wirtschaft und Europäischen Binnenmarkt des Deutschen Städtetages.

Ständiger Gast, Finanzausschuss des Deutschen Städtetages.

Mitglied, Wirtschaftsrat der Stadt Potsdam.

Dipl.-Dok. (grad.) Rita Gräber

Mitglied, Arbeitskreis One-Person-Libraries (OPL) Berlin-Brandenburg.

Ass. iur. Stefanie Hanke, LL.M.

Ständiger Gast, Arbeitskreis Rechtsfragen der Fachkommission ÖPNV des Deutschen Städtetages.

Koordinatorin, Arbeitskreis DAWI/Beihilfe in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag.

Mitglied, Arbeitskreis 1.6.7 „Neue Finanzierungsinstrumente für den ÖPNV“ der FGSV.

Dipl.-Geogr. Martina Hertel

Mitglied, Arbeitskreis 2.4.1 „Schnittstellen von ÖV, Rad- und Fußverkehr“ (FGSV).

Dr. rer. nat. Beate Hollbach-Grömig

Berufenes Mitglied, Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL).

Berufenes Mitglied, Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern der ARL.

Mitglied, Lenkungsgruppe der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern der ARL (bis Ende 2017).

Dipl.-Volkswirt Rüdiger Knipp

Mitglied, KGSt-Arbeitskreis „Kommunale Fortbildung“.

Mitglied, „Kommunaler Qualitätszirkel zur Integrationspolitik“ (hervorgegangen aus dem KGSt-Innovationszirkel Integrationspolitik).

Dipl.-Ing. Christine Krüger

Ständiger Gast, Bund-Länder-Austausch „Klimaschutz“.

Dipl.-Soz. Kerstin Landua

Ständiger Gast, Konferenz der Leiterinnen und Leiter der Großstadtjugendämter, Deutscher Städtetag, Berlin.

Beiratsmitglied, AFET – Bundesverband für Erziehungshilfe e.V., Hannover.

Beiratsmitglied, Projekt „Entwicklung eines Verfahrens zur Leistungsbegründenden Einschätzung von (drohenden) Teilhabebeeinträchtigungen durch Fachkräfte der Jugendhilfe, Deutsches Jugendinstitut e.V. München und Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, -psychotherapie, Universitätsklinikum Ulm“.

Dr. rer. pol. Jens Libbe

Mitglied, Wissenschafts- und Praxisbeirat des Instituts für angewandte Forschung Urbane Zukunft der Fachhochschule Potsdam (2016–heute).

Mitglied, Arbeitsgruppe Urbane Nachhaltigkeitstransformationen des Deutschen Komitees für Nachhaltigkeitsforschung in Future Earth (2017–2019).

Mitglied, Expertenbeirat des Projekts TRAFIS – Transformation hin zu klimaresilienten und ressourcenschonenden Infrastrukturen. Das Beispiel gekoppelter Infrastrukturen, Umweltbundesamt (2016–2018).

Validierungsplattform Projekt „TransImpact – Wirkungsvolle transdisziplinäre Forschung“ (2016–2018).

Mitglied, Dialogplattform Smart Cities auf Einladung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), Berlin.

Lehrbeauftragter zum Thema „Management und Governance öffentlicher Unternehmen“, Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) in Kooperation mit der Hochschule für Verwaltung und Rechtspflege (HVR), Bachelor-Studiengang „Public Management“, Berlin.

Mitglied, Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL), Landesgruppe Berlin-Brandenburg.

Mitglied, Fachbeirat des BDZ – Bildungs- und Demonstrationszentrum für dezentrale Abwasserbehandlung e.V., Leipzig.

Mitglied, Wissenschaftsbeirat des Public Social Responsibility Instituts, Wien.

Projektbeirat „Kommunen als Impulsgeber, Gestalter und Moderator der Energiewende – Elemente energienachhaltiger Governance (EnGovernance)“, Saarbrücken.

Internationale Jury „Smart Cities Demo“, Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVT), Wien.

Member of UERA – Urban European Research Alliance.

Dipl.-Ing. Daniela Michalski

Ständiger Gast, Arbeitsgruppe „Kommunale Denkmalpflege“ des Deutschen Städtetages.

Ständiger Gast, Arbeitsgruppe „Denkmalschutz“ des Städtetages Nordrhein-Westfalen.

Prof. Dipl.-Ing. Martin zur Nedden

Mitglied, Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL).

Stellvertretender Kuratoriumsvorsitzender, Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU).

Stellvertretender Vorsitzender, Stiftungsrat der Bundesstiftung Baukultur.

Ständiger Gast in Ausschüssen des Deutschen Städtetages.

Vorsitzender, Stiftungsrat der Stiftung Sächsischer Architekten.

Mitglied, Beirat Stadtumbau des Landes Sachsen-Anhalt.

Mitglied, Informationskreis für Raumordnung (IfR).

Mitglied, Kuratorium Nationale Stadtentwicklungspolitik.

Mitglied, Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung e.V. (SRL).

A.o. Mitglied, Bund Deutscher Architekten (BDA).

Dipl.-Ing. Ricarda Pätzold

Ständiger Gast, Fachkommission „Wohnungswesen“ des Deutschen Städtetages.

Mitglied, Stiftungsrat der Stiftung Naturschutz Berlin.

Mitglied, Wissenschaftlicher Beirat „Theologie der Stadt“, Kirchenkreis Berlin-Schöneberg.

Susanne Plagemann, M.A.

Ständiger Gast, IT-Arbeitskreis der Leibniz-Gemeinschaft.

Präsidiumsmitglied, Europäischer Verein Urbandata.

Dipl.-Agrar-Ing. Thomas Preuß

Beirats- und Jurymitglied, GRÜNE LIGA Berlin e.V., Landeshauptstadt München und CivixX Werkstatt für Zivilgesellschaft, 9. Netzwerk 21-Kongress, Bundesweiter Fortbildungs- und Netzwerkkongress für lokale Nachhaltigkeitsinitiativen sowie Deutscher Nachhaltigkeitspreis „Zeitzeichen“ 2018.

Dr. rer. soc. Bettina Reimann

Mitglied, „Kommunaler Qualitätszirkel zur Integrationspolitik“ (hervorgegangen aus dem KGSt-Innovationszirkel Integrationspolitik).

Mitglied und Ko-Leitung, Arbeitskreis „Qualität“ der „Allianz Vielfältige Demokratie“, eine Initiative der Bertelsmann Stiftung.

Dipl.-Ing. Robert Riechel

Mitglied, Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern der ARL.

Mitglied, Arbeitsgruppe „Regionale Steuerung der Energiewende in Nordostdeutschland: Innovationen im Planungssystem?“ der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Berlin/Brandenburg/Mecklenburg-Vorpommern der ARL.

Dipl.-Ing. Cornelia Rösler

Ständiger Gast, Umweltausschuss des Deutschen Städtetages (DST).

Ständiger Gast, Fachkommission Umwelt des DST.

Ständiger Gast, Umweltamtsleiterkonferenz der Großstädte.

Ständiger Gast, Umweltamtsleiterkonferenz der Mittelstädte.

Ständiger Gast, Amtsleiterkonferenz Umwelt des Städtetages NRW.

Mitglied, Arbeitsgruppe Energiepolitik des DST.

Dr. phil. Jochen Roose

Herausgeber, Forschungsjournal Soziale Bewegungen. Analysen zu Demokratie und Zivilgesellschaft.

Mitglied, Institut für Protest- und Bewegungsforschung.

Mitglied, Deutsche Gesellschaft für Soziologie (Sektion Politische Soziologie, Sektion Europasozologie).

Dr. phil. Henrik Scheller

Ständiger Gast, Ausschuss für Finanzen und Kommunalwirtschaft des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB).

Mit-Herausgeber des Jahrbuchs für öffentliche Finanzen (seit 2008).

Mitglied, Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW).

Dr. rer. pol. Stefan Schneider

Gast-Dozent an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR) mit Lehrveranstaltungen in mehreren Studiengängen des Fachbereichs 3 – Allgemeine Verwaltung, Schwerpunkte: Kostenrechnung, Controlling, Öffentliche Finanzwirtschaft (seit 2016).

Dipl.-Ing. Wolf-Christian Strauss

Ständiger Gast, Fachkommission „Stadtplanung und Städtebau“ des Deutschen Städtetages (DST).

Mitglied, European Urban Research Association (EURA).

Dipl.-Ing. Sandra Wagner-Endres

Ständiger Gast, Fachkommission Wirtschaftsförderung des Deutschen Städtetages.

Mitglied, Projektbeirat „Stadt weiterbauen im Blankenburger Süden“, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen Berlin.

Mitglied, Expert*innenkreis „Bottrop 2018+“.

Jurymitglied, Europäischer Unternehmensförderpreis (European Enterprise Promotion Awards), Deutscher Vorentscheid.

Dipl.-Geogr. Björn Weber

Ständiger Gast, Arbeitskreis Energiemanagement des Deutschen Städtetages.

Jurymitglied, Förderprogramm „Kommunaler Klimaschutz.NRW“.

Sybille Wenke-Thiem

Ständiger Gast, Presseausschuss des Deutschen Städtetages.

Ständiger Gast, Jahrestagung der Städtischen Pressereferenten, Deutscher Städtetag.

Ständiger Gast, Jahresseminar der Städtischen Pressereferenten, Deutscher Städtetag.

Vorträge 2016 und 2017 (Auswahl)

Bevölkerung/Sozialer Zusammenhalt

- Abt, Jan: „Akteure der urbanen Sicherheit“, Workshop „Sicher und gerecht? Das gute Leben und die Stadt“, IZEW Tübingen, 23.03.2016, Tübingen.
- Abt, Jan: „Lokal spezifische Netzwerke und angepasste Sicherheitsarchitekturen – Zusammenarbeit der Akteure und die Rolle der Kommunen“, Abschlussveranstaltung des Forschungsprojektes transit „Sicherheit in Wohnumfeld und Nachbarschaft“, 03.11.2016, Hannover.
- Abt, Jan, und Anke Schröder: „Sicherheit im Wohnumfeld und in der Nachbarschaft – Impulse für Kooperationen vor Ort“, 22. Deutscher Präventionstag, 20.06.2017, Hannover.
- Abt, Jan: „Sicherheit im Wohnumfeld und in der Nachbarschaft“, 2. Symposium Wohnungseinbruch des Kommunalen Präventionsrates Leipzig, 27.09.2017, Leipzig.
- Bock, Stephanie: „Gender Mainstreaming: Ein Beitrag zu lebenswerten Städten für alle – Ziele, Erfolge und Grenzen“, Frauenbeirat der Stadt Bochum, 09.03.2016, Bochum.
- Böhme, Christa: „Bundeswettbewerb ‚Gesund älter werden in der Kommune – bewegt und mobil‘: Konzeption, Beteiligung und inhaltliche Schwerpunkte“, Satellitenveranstaltung „Das Älterwerden gestalten: Kommunale Gesundheitsförderung mit älteren Menschen“, 16.03.2016, Berlin.
- Böhme, Christa: Moderation Forum „Good Practice – Gesundheitsförderung bei Älteren“. Satellitenveranstaltung „Das Älterwerden gestalten: Kommunale Gesundheitsförderung mit älteren Menschen“, 16.03.2016, Berlin.
- Böhme, Christa: Podium Multiplikatorenkonferenz „Kommunale Suchtprävention“, 30.05.2017, Stuttgart, und 07.06.2017, Hamburg.
- Böhme, Christa: Moderation Workshop „Bedeutung von Präventionsketten in der kommunalen Suchtprävention“, Multiplikatorenkonferenz „Kommunale Suchtprävention“, 30.05.2017, Stuttgart.
- Böhme, Christa: Moderation Workshop „Strukturen schaffen – Vernetzung auf kommunaler Ebene“, Multiplikatorenkonferenz „Kommunale Suchtprävention“, 07.06.2017, Hamburg.
- Floeting, Holger: „Kooperative Maßnahmen zur Kriminalprävention im Wohnumfeld – Beispiele für gemeinschaftliches und integriertes Handeln“, 03.11.2016, Hannover.
- Floeting, Holger, und Anke Schröder: „Sicherheit im Wohnumfeld, eine komplexe Aufgabe im lokalen Kontext“, 5. Niedersächsische Regionalkonferenz Kommunale Kriminalprävention, 16.03.2016, Braunschweig.
- Kirchhoff, Gudrun: „Erfolgsfaktoren kommunaler Integrationskonzepte“, „Zukunftsforum Ländliche Entwicklung 2016“ des BMEL im Rahmen der Grünen Woche, Begleitveranstaltung des Deutschen Landfrauenverbandes „Willkommenskultur gestalten – Netzwerke für eine gelingende Integrationspolitik im ländlichen Raum“, 20.01.2016, Berlin.
- Kirchhoff, Gudrun: „Migration und Integration im ländlichen Raum“, Frühjahrstagung „Migranten aufnehmen und integrieren: Die ländliche Entwicklungspolitik vor neuen Herausforderungen“ der Agrarsozialen Gesellschaft (AGS), 25.05.2016, Meißen.
- Kirchhoff, Gudrun: „Migration und Integration in ländlichen Regionen“, Seminarreihe „Ankommen in Kassel – Wohn-, Lebens- und Partizipationsperspektiven von Geflüchteten“, Fachbereich Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung der Universität Kassel, 14.06.2016, Kassel.
- Kirchhoff, Gudrun: „Erfolgsfaktoren und Hindernisse von Flüchtlingen im ländlichen Raum – Erfahrungen aus Forschungs-Praxis-Projekten“, Auftaktveranstaltung zu den Modellvorhaben: Integration von Flüchtlingen im ländlichen Raum der Hessischen Staatskanzlei Wiesbaden, 24.06.2016.
- Kirchhoff, Gudrun: Impulsbeitrag „Zuwanderung und Integration in ländlichen Regionen“, Workshop „Einwanderung: Neue Chancen für Kommunen im demografischen Wandel“, Kommunaler Fachtag „Integration vor Ort“ der Heinrich Böll Stiftung, 08.09.2016, Leipzig.
- Kirchhoff, Gudrun: „Interkulturelle Öffnung und Willkommenskultur in strukturschwachen ländlichen Regionen“, vhw-Seminar „Wie schaffen wir das? – Konzepte und Instrumente zur Integration und Inklusion von Geflüchteten in der Kommune“, 27.10.2016, Hannover.
- Kirchhoff, Gudrun: Impulsbeitrag „Wohnen und Unterbringung von Geflüchteten“, Konferenz des Paritätischen Gesamtverbandes „Paritätische Perspektiven – Die Zukunft der Flüchtlings- und Integrationspolitik gestalten“, 23.03.2017.
- zur Nedden, Martin: Social City Concept: A Sustainable Approach to Urban Planning; an exchange on urban development in Malaysia and Germany. Vortrag im Rahmen einer Asienreise über das „Expert-Programm“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, 05.10.2016, Kuala Lumpur.
- Pätzold, Ricarda: „Spezifische Integrationspotenziale des ländlichen Raums“, Fachgespräch „Integrationspotenziale in Kommunen des ländlichen Raums“ (Landkreis Meißen), 28.09.2016, Riesa.
- Reimann, Bettina: „Vielfalt in Stadt und Land. Herausforderungen und Handlungsoptionen von Kommunen“, 18. Münchner Tage für Nachhaltiges Landmanagement „Menschen kommen. Menschen gehen. Wie bleiben Kommunen im Gleichgewicht? Resiliente Ländliche Räume in Zeiten regionaler und globaler Wanderungsbewegungen“, 07.–08.03.2016, München.
- Reimann, Bettina: „Zukunftsfähigkeit und Zuwanderungen – Bedingungen und Potenziale der Integration in kleinen Städten und Gemeinden“, 3. Regionalkonferenz Mainfranken „Integration als Chance für Mainfranken“, 21.10.2016, Mainfranken/Würzburg.
- Reimann, Bettina: „Sozialer Zusammenhalt in Stadt und Land – Kommunale Herausforderungen und Handlungsoptionen“, Fachtagung „Vielfalt erleben – Internationale Jugendarbeit stärkt lokale Gesellschaften“, BMFSFJ, 22.06.2017, Bonn.

Strauss, Wolf-Christian: „Zusammenhalt stärken – Teilhabe ermöglichen. Aufgaben und Herausforderungen eines Integrationskonzepts“, Initialbeitrag Auftaktworkshop „Neuaufgabe des Integrationskonzepts“ der Stadt Kassel und Inputbeitrag AG „Steuerung der kommunalen Integrationspolitik“, 08.09.2016, Kassel.

Strauss, Wolf-Christian: „Verfügungsfonds in der Sozialen Stadt und darüber hinaus“, Workshop „Finanzierung und Geschäftsmodelle – Fonds als Instrumente der Stadtentwicklung“, Begleitforschung BMBF-Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“, 29.05.2017, Nienburg/Weser.

Strauss, Wolf-Christian: „Integrationskonzept – Aufgaben und Herausforderungen“, Impulsvortrag „Auftaktveranstaltung zum Integrationskonzept“, 30.05.2017, Steinfurt.

Städtebau und Stadtentwicklung, Wohnen

Bock, Stephanie: „Aktionsplan Flächensparen – nicht ohne Kontingenzierung“, 9. Dresdener Flächennutzungssymposium, 03./04.05.2017, Dresden.

Bock, Stephanie: Moderation der Session „Bauen und Wohnen“ und Teilnahme an der Podiumsdiskussion „Nachhaltige Flächenentwicklung – Wunschliste Koalitionsvertrag“, Dresdener Flächennutzungssymposium, 03./04.05.2017, Dresden.

Böhme, Christa, und Christiane Bunge: „Forschungsvorhaben Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum“, Bundesweiter Kongress Umweltgerechtigkeit in der Sozialen Stadt, 13.06.2016, Berlin.

Böhme, Christa, und Thomas Preuß: „Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum: Soziale Lage, Umweltqualität und Gesundheit zusammendenken“, Humangeographisches Kolloquium der Humboldt-Universität zu Berlin, 24.01.2017, Berlin.

Böhme, Christa, und Christiane Bunge: „Aktivitäten und Projekte zu Umweltgerechtigkeit“ beim Beratenden Arbeitskreis des Kooperationsverbundes „Gesundheitliche Chancengleichheit“, 28.03.2017, Köln.

Böhme, Christa, und Christiane Bunge: „Umweltgerechtigkeit im städtischen Raum: Soziale Lage, Umweltqualität und Gesundheit zusammendenken!“, Experten-Workshop „Quartiersbezogene Gesundheitsförderung – Gesunde Quartiersentwicklung“, 20.04.2017, Berlin.

Böhme, Christa, und Christiane Bunge: „Umweltgerechtigkeit – Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten für Kommunen“, ARL-Kongress 2017 „Gesundheit in der räumlichen Planung verankern“, 11.05.2017, Potsdam.

Böhme, Christa: „Strategien doppelter Innentwicklung“, Kurs „Zusammenspiel von ISEKs und FNPs in der Planungspraxis“ beim Institut für Städtebau und Wohnungswesen, 08.06.2017, Berlin.

Böhme, Christa: Moderation Arena „Stadt zum Durchatmen – Klimaschutz, Umweltgerechtigkeit und Gesundheit“, 11. Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik, 13.06.2017, Hamburg.

Böhme, Christa, „Handlungsempfehlungen und erste Praxisergebnisse zur Implementierung von Umweltgerechtigkeit in Pilot-Kommunen – Werkstattbericht aus der Forschung“, Fachgespräch „Leitlinien und Handlungsempfehlungen für mehr Umweltgerechtigkeit“, 16.06.2017, Berlin.

Bunzel, Arno: „Städtische Dichte, Urbanitätsversprechen oder Stressfaktor?“, Podiumsdiskussion, Difu-Dialog, 15.02.2017, Berlin.

Bunzel, Arno: „Die kompakte und funktionsgemischte Stadt verwirklichen“, Veranstaltung des Umweltbundesamtes „UBA-Forum mobil & nachhaltig. Die Stadt für morgen“, 30.03.2017, Berlin.

Franke, Thomas: „Gentrifizierung ... !?“, Gesprächsreihe neu-N der SPD-Stadtratsfraktion Nürnberg zum Thema „Gentrifizierung in Nürnberg – bereits in vollem Gange?“, 09.03.2016, Nürnberg.

Franke, Thomas: „Integration in den Sozialraum – Was können wir aus den Erfahrungen mit dem Programm Soziale Stadt lernen?“, Veranstaltung „Ankunftsorte. Integration von Flüchtlingen in das Gemeinwesen“, 16.08.2016, Hannover.

Franke, Thomas: „Integration im Quartier – Lernen aus dem Programm „Soziale Stadt““, Veranstaltung „Migration als Motor – Perspektiven für die Stadt- und Regionalentwicklung“ der Stadt Kassel, 10.09.2016, Hofgeismar.

Franke, Thomas: „Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung“, 31. Treffen des SRL-Arbeitskreises „Soziale Stadt – Präventive Stadtentwicklung“, 08.10.2016, Kassel.

Franke, Thomas: Moderation des Fachhearings „Milieuschutzsatzung für Münster“, 17.11.2016, Münster.

Franke, Thomas: „Integration in „Ankunftsstadtteilen“ – Was können wir aus den Erfahrungen mit dem Programm Soziale Stadt lernen?“, Workshop „Segregation, Integration und die Rolle von Ankunftsstadtteilen“, 18.01.2017, Saarbrücken.

Franke, Thomas: „Integration im Quartier – Was haben wir? Was brauchen wir?“, Auftaktveranstaltung Modellförderung „Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement“ des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung, 03.04.2017, Hannover.

Grabow, Busso: Erfolgsfaktoren für ein kommunales Nachhaltigkeitsmanagement, Abschlussveranstaltung Forschungs- und Entwicklungsnetzwerk „Nachhaltige Verwaltung“: Kommunale Verwaltung nachhaltig gestalten, 19.01.2016, Berlin.

Grabow, Busso: Stadt der Zukunft, Arbeitskreis Zukunft des Kreisverbandes Potsdam der CDU, 21.11.2017, Potsdam.

Grabow, Busso: Kompass SDGs – Mit globalen Nachhaltigkeitszielen zum wirkungsorientierten Nachhaltigkeitsmanagement, 10. Kommunalkongress der Bertelsmann-Stiftung, 06.12.2017, Düsseldorf.

Grabow, Busso: Nachgefragt: Wie hält es die Lokalpolitik mit der Nachhaltigkeit?, 10. Kommunalkongress der Bertelsmann-Stiftung, 06.12.2017, Düsseldorf.

Libbe, Jens: Impuls BMBF-Konferenz „Wege in die Zukunftstadt“, Arbeitsgruppe „Wohnen und Leben in der Zukunftstadt: Energie-, klima- und ressourcengerechte Entwicklung von Stadt, Quartier, Gebäude“, 22.–23.02.2016, Berlin.

- Libbe, Jens: Keynote „Integrated Urban Planning – Between Concepts and Urban Planning“, German Habitat Forum – Urban Solutions, Workshop „Realising Integrated Urban Development“, 02.06.2016, Berlin.
- Libbe, Jens: Fachgespräch „Urbanisierungstrends und die Zukunft des Wohnens – Globale Perspektiven der Stadtentwicklung“, TU Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung (ISR), 22.05.2017, Berlin.
- zur Nedden, Martin: „Weiterentwicklung großer Wohnsiedlungen. Schlaglichter aus den Studienergebnissen“, Informationsveranstaltung „Perspektiven großer Wohnsiedlungen“ der SPD-Ratsfraktion der Stadt Leipzig, 09.03.2016, Leipzig.
- zur Nedden, Martin: „Visionen für Magdeburg. Ein Blick von außen auf diese Stadt“, Podiumsdiskussion zur Bewerbung der Stadt Magdeburg als Kulturhauptstadt „Auf dem Weg zur Kulturhauptstadt Europas“, 26.04.2016, Magdeburg.
- zur Nedden, Martin: „Was die Städte bewegt“. Jahrestreffen 2016 der Difu-Zuwanderstädte und -Verbände, 20.06.2016, Berlin.
- zur Nedden, Martin: „Position zur aktiven Bodenpolitik“, Kongress „Nationale Stadtentwicklungspolitik“ des Bundes Deutscher Architekten (Bundesvorstand), 16.09.2016, Hannover.
- zur Nedden, Martin: „Zuwanderung in Klein- und Mittelstädten. Integrations- und stadtentwicklungspolitische Ansätze“, 27. Münsteraner Wirtschaftliche Gespräche, 29.09.2016, Münster.
- zur Nedden, Martin: „Reurbanisierung – Ansätze zu ihrer Bewältigung durch Stadtentwicklungsplanung“, 27. Münsteraner Wirtschaftliche Gespräche, 29.09.2016, Münster.
- zur Nedden, Martin: „Smart and Social City Concepts. An exchange on urban development in Indonesia and Germany“, Vortrag im Rahmen einer Asienreise über das „Expert-Programm“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, 03.10.2016, Jakarta.
- zur Nedden, Martin: „Onlinehandel. Trends – Auswirkungen – Handlungsempfehlungen“, 50. Oberbürgermeisterkonferenz der Städte in den neuen Ländern, 30.03.2017–31.03.2017, Rostock.
- zur Nedden, Martin: „Digitalisierung als Element der integrierten Stadtentwicklung“, 12. Bielefelder Stadtentwicklungstage, 17.05.2017, Bielefeld.
- zur Nedden, Martin: „Strategien zur Schaffung von preisgünstigem Wohnraum“, Preisverleihung „Moritz-Ziller-Preis für Stadtgestaltung“ der Stadt Radebeul, 23.06.2017, Radebeul.
- zur Nedden, Martin: „Schulbau der Zukunft“, Symposium „Schulbau der Zukunft“, Montagstiftung/Bund der Deutschen Architekten, 20.06.2017.
- zur Nedden, Martin: „Schrumpfung und Peripherisierung in Klein- und Mittelstädten. Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten“, Vorstellung der Projektergebnisse in der Ratssitzung der Stadt Schwarzenberg, 12.10.2017, Schwarzenberg.
- zur Nedden, Martin: „Herausforderungen der Städte/Integrierte Stadtentwicklung. Aktuelle Aspekte der Stadt- und Regionalentwicklung“, Inhouse-Veranstaltung für die Hansestadt Wismar, 17.10.2017, Wismar.
- zur Nedden, Martin: „Stadtentwicklung zwischen Boomtowns und schrumpfenden bzw. peripherisierten Mittel- und Kleinstädten“, Regionalplaner tagung Sachsen, 23.10.2017–24.10.2017, Leipzig.
- Pätzold, Ricarda: „Unterbringung von Flüchtlingen: Bauen, Bauen, Bauen! Aber wo, was und wie?“ SBE 16, Thementag „Nachhaltige Lösungen in der Wohnungswirtschaft (ZEBAU)“, 09.03.2016, Hamburg.
- Pätzold, Ricarda: „Kommunale Gestaltungsmöglichkeiten der Wohnraumversorgung“, Fachgespräch „Wohnen findet Stadt: Kommunale Wohnraumversorgung in Ballungsräumen“ (Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag), 05.04.2016, Regensburg.
- Pätzold, Ricarda: „Dynamische Entwicklungen langfristig planen – Die Quadratur des Kreises?“ Workshop „Quartiersentwicklung“, 22. Sommerakademie der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, 20.–22.06.2016, St. Marienthal.
- Pätzold, Ricarda: „Leistbare Stadt – Soziale Durchmischung, lokale Aufwertung und Gentrifizierung“, IBA-Talk, 20.09.2016, Wien.
- Pätzold, Ricarda: „Perspektive Wissenschaft“, Impuls und Diskussion im Rahmen des Dialogs „Aufbruch Stadt: Wohnen in der wachsenden Stadt“ (Technische Universität Berlin und HUMBOLDT-VIADRINA Governance Platform), 01.09.2016, Berlin.
- Pätzold, Ricarda: „Mittelfristige Perspektiven der Unterbringung: Folgen für den Wohnungsmarkt“, Kommunaler Fachtag zur Integration vor Ort „Gut Ankommen – in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen“ (Heinrich Böll Stiftung Thüringen e.V.), 09.09.2016, Leipzig.
- Pätzold, Ricarda: „Mischen. Mischen? Mischen!“ Klausurtag der Abteilung „Sozialplanung, Sozialberichterstattung und Förderung der freien Wohlfahrtspflege“ des Sozialamts der LHS Stuttgart, 10.11.2016, Stuttgart.
- Pätzold, Ricarda: „Weg vom Denken in Quadratmetern. Vom schwierigen Verhältnis zwischen Wohnfläche und Wohnqualität“, Jahreskongress „Temporäres Wohnen: Hohe Dynamik – Wohin entwickelt sich das Segment?“ (Heuer Dialog), 26.–27.04.2017, Köln.
- Pätzold, Ricarda: „Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung“, Tag der Stadterneuerung, 13.05.2017, Leipzig.
- Pätzold, Ricarda: „Wer macht Stadt? Tendenzen der gegenwärtigen Stadtentwicklung“, Panel „Rhythmen der Großstadt“, Evangelischer Kirchentag, 26.05.2017, Berlin.
- Pätzold, Ricarda: „Bleiben die Innenstädte Herz und Motor?“ Impuls und Podiumsdiskussion „Bleibt die Mitte Herz und Motor?“ (bau_werk Oldenburg), 31.05.2017, Oldenburg.
- Pätzold, Ricarda: „Von Pionieren zur städtischen Praxis – wie Kommunen Wohnprojekte unterstützen, Fachtagung Grundstücksvergabe für gemeinschaftliches Wohnen (netzwerk frankfurt für gemeinschaftliches wohnen und FORUM Gemeinschaftliches Wohnen e. V., Bundesvereinigung), 16.06.2017, Frankfurt am Main.
- Pätzold, Ricarda: „Nutzungsmischung und soziale Vielfalt im Quartier“, Veranstaltung des BDA Gelsenkirchen „Die Mischung macht's“: Zurück zum urbanen Quartier!, 10.10.2017, Gelsenkirchen.

Pätzold, Ricarda: „Sozialer Wohnungsbau gestern und heute“, SRL-Jahrestagung 2017 „Stadt sozial entwickeln – Boden sozial nutzen“, 19.–21.10.2017, München.

Pätzold, Ricarda: „Individuell oder in Gemeinschaft? – Wohnmodelle der Zukunft“, Tagung „Wohnungsbau in Rheinland-Pfalz – Sozial, Schnell, Gut“ (Architektenkammer RP), 27.10.2017, Mainz.

Reimann, Bettina: „Segregation – Integration. Begriffsannäherung. Bewertung. Umgang.“ Workshop „Segregation, Integration und die Rolle von Ankunftsstadtteilen“, 18.01.2017, Saarbrücken.

Strauss, Wolf-Christian: „Urban fabric and System of spatial planning in Germany“, Besuchergruppe der Bartlett School London (Master Student Field Trip), TU Campus Wedding, 19.02.2016, Berlin.

Strauss, Wolf-Christian: „Urban fabric and System of spatial planning in Germany“, Besuchergruppe der Bartlett School London (Master Student Field Trip), TU Campus Wedding, 15.02.2017, Berlin.

Strauss, Wolf-Christian: „Projektbericht: Kommunalen Umgang mit ‚Gentrifizierung‘ – Fallstudie Stuttgart“, Diskussion der ‚GRDRs 647/2016 Umgang mit sozialer Verdrängung (Gentrifizierung) in Stuttgart“, gemeinsame Ausschusssitzung SGA/UTA (öffentlicher Teil) Stuttgart, 15.05.2017, Stuttgart.

Strauss, Wolf-Christian: Podiumsteilnahme „Zwischen Globalen Städten und Landflucht – Wie leben wir in Zukunft?“, „Oldenburger Schlossgespräche 2017“, Kooperationsveranstaltung der EWE Stiftung und der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, 01.12.2017, Oldenburg.

Politik, Verwaltung und Recht

Abt, Jan: Moderation BMUB/UBA-Fachgespräch „Das 3x3 einer guten Öffentlichkeitsbeteiligung bei Großprojekten. Status quo und Perspektiven“, 25. 01.2017, Berlin.

Bock, Stephanie: „Politik zum Anfassen: Mit Bürgerbeteiligung vor Ort die Demokratie-Akzeptanz steigern“, Demokratie-Tag 2016, veranstaltet von GRÜNE KÖLN und GRÜNE im Landschaftsverband Rheinland (LVR), 27.02.2016, Köln.

Bock, Stephanie: „Neue Kooperationsformate für eine zukunfts-fähige Stadtentwicklung“, Gängeviertel Bausymposium IV „Kooperationsverfahren und Sanierung“, 18.04.2016, Hamburg.

Bock, Stephanie: Moderation Arbeitsforen „Verkehrsplanung und Mobilität“ sowie „Spielplätze und Kleingärten“, 2. Münchener Frauenkonferenz „Haushalt fair teilen. Gleichstellungsorientierte Steuerung öffentlicher Finanzen“, 06.–07.10.2016, München.

Bock, Stephanie: „Dialoge auf Augenhöhe? Chancen und Risiken einer kommunalen Dialogkultur“, Demokratiedialog „Gut beteiligt? Bürger*innenbeteiligung unter erschwerten Bedingungen“ der Heinrich Böll Stiftung, 26.10.2016, Dresden.

Bock, Stephanie: „Evaluation des Modellprojekts ‚Strukturierte Bürgerbeteiligung‘“, Fachtagung „Öffentlichkeitsbeteiligung im Städtebau“ des Instituts für Städtebau, 28.10.2016, Berlin.

Bock, Stephanie: Expertengespräch „Participedia – A Global Partnership to Create and Mobilize Knowledge about Democratic Innovation“, Kulturwissenschaftliches Institut Essen, 28.10.2016, Essen.

Bock, Stephanie: „Das 3x3 einer guten Öffentlichkeitsbeteiligung bei Großprojekten“, BMUB/UBA-Fachgespräch „Das 3x3 einer guten Öffentlichkeitsbeteiligung bei Großprojekten. Status quo und Perspektiven“, 25.01.2017, Berlin.

Bunzel, Arno: „Planspiele als Forschungsansatz“, Lehrveranstaltung „Urban and Regional Research“, Technische Universität Berlin, Studiengang Stadt- und Regionalplanung, 12.01.2016, Berlin.

Bunzel, Arno: „Als welche Nutzungsart im Sinne der Baunutzungsverordnung sind Anlagen des Online-Handels einzustufen?“, Workshop „Städtebaurecht und Online-Handel“ beim Handelsverband Deutschland (HDE), 12.05.2016, Berlin.

Bunzel, Arno: „Die Methode Planspiel“, Arbeitsgruppe bei der Gemeinsamen Geschäftsstelle mit dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit zur Umsetzung der Demografiestrategie in den Regionen, 18.05.2016, Berlin.

Bunzel, Arno: „Doppelte Innenentwicklung – eine Strategie für eine urbane und grüne Innenentwicklung“, Seminar „Urbanes Grün und Innenentwicklung“, Difu, 23.06.2016, Berlin.

Bunzel, Arno: „Berlin wächst“, Immobiliendialog der Investitionsbank Berlin, 27.06.2016, Berlin.

Bunzel, Arno: „Gestaltung von Stadtquartieren – worauf kommt es perspektivisch an?“, Forum Zukunft der Städte im 21. Jahrhundert des Demografiekongresses, 02.09.2016, Berlin.

Bunzel, Arno: Präsentation der Ergebnisse des Planspiels zur Novellierung des Bauplanungsrechts 2016/2017, Anhörung des Ausschusses für Umwelt Bauen, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages, 15.02.2017.

Bunzel, Arno: „Vertragliche Regelungen zum Schutz und zur Förderung von Wohnraum“, wissenschaftliche Fachtagung der TU Berlin „Schaffung, Erhaltung und Sicherung von Wohnraum – Fach- und Rechtsfragen der Planungs- und Genehmigungspraxis“, 20.03.2017, Berlin.

Bunzel, Arno: „Entwicklungsmaßnahmen und Baulandmodelle – Voraussetzungen, Anwendungsbereiche und Nebenwirkungen Bodenpolitik“, Difu-Seminar „Bausteine und Stolpersteine kommunaler Bodenpolitik – Strategien, Instrumente, Akteure“, 23.03.2017.

Bunzel, Arno: „Instrumente der Baulandmobilisierung – eine Zwischenbilanz“, Forum zum Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen, 25.04.2017, Berlin.

Bunzel, Arno: „Update Bauplanungsrecht“, Kurs „Baulandbereitstellung – Städtebauliche Umlegung – Flächenmanagement“, Institut für Städtebau Berlin, 04.05.2017, Berlin.

Bunzel, Arno: Impulsvortrag „Plädoyer für eine aktive Bodenpolitik der Kommunen“, Difu-Jahrestreffen 2017, 16.05.2017, Berlin.

Bunzel, Arno: Podiumsdiskussion Auftaktveranstaltung Planspiel zur Einführung einer „Innenentwicklungsmaßnahme“ in das Baugesetzbuch, 01.06.2017, Berlin.

- Bunzel, Arno: Vorträge „Die Umsetzung der UVP-Änderungs-RL: Was ist neu?“, „Das neue Urbane Gebiet – mögliche Anwendungsfälle bei Planungen und Genehmigungen“, „Planungen im Umfeld von Seveso-Betrieben“ und „Ferienwohnungen“, Seminar „Update Städtebaurecht: Novellierung von BauGB und BauNVO 2017 – Anwendungshinweise für die Praxis“ am 21.06.2017, Köln, und 26.06.2017, Berlin.
- Bunzel, Arno: „Dichte im Planungsrecht“, Difu-Seminar „Dichte und Qualität – Nachverdichtung und ihre Grenzen in wachsenden Städten“, 26.09.2017.
- Bunzel, Arno: Vorträge „Kommunale Bodenpolitik“ und „Interkommunale Kooperation“, Inhouse-Seminar für die Stadt Wismar, 17.10.2017.
- Bunzel, Arno: „Urbanes Gebiet“, Technischer Ausschuss der Stadt Friedrichshafen, 07.11.2017, Friedrichshafen.
- Bunzel, Arno: „Urbanes Gebiet – § 6a BauNVO“, Veranstaltung des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks und des Deutschen Instituts für Stadt und Raum e.V. „Städtebau und Handwerk“, 20.11.2017, Berlin.
- Floeting, Holger: „Zukunft der Krisen- und Katastrophenbewältigung: Verbesserung durch Resilienz?“ Statement, 3. BMBF-Innovationsforum „Zivile Sicherheit“, 12.04.2016, Berlin.
- Floeting, Holger: „Was heißt hier ‚transdisziplinär‘? Herausforderungen für die zivile Sicherheitsforschung“, 03.11.2016, Hannover.
- Floeting, Holger: „Urbane Sicherheit“, 14. Polizeiführungstagung (Ainringer Ostertage) des Fortbildungsinstituts der Bayerischen Polizei, 10.04.2017, Ainring.
- Hollbach-Grömig, Beate: Einführung „Nicht ohne meine Nachbarn?! Interkommunale Kooperation in der ‚Spreeregion‘“, Difu-Dialog, 13.01.2016, Berlin.
- zur Nedden, Martin: „(Rechtliche) Sicherungsinstrumente. Die Situation in der Bundesrepublik“, Workshop zur Zentrenentwicklung der Stadt Wien, 05.04.2016, Wien.
- zur Nedden, Martin: „Smart Regions? Konsequenzen der digitalen Transformation der Regionalentwicklung“, Tagung der evangelischen Akademie Loccum „Erfolgsfaktoren der Regionalentwicklung jenseits der großen Städte“, 14.06.2016, Loccum.
- Schneider, Stefan: „Chancen aus der Entwicklung der Metropolregion“, Input Strategieworkshop des Landkreises Potsdam-Mittelmark, 14.01.2016, Caputh.
- Schneider, Stefan: „Chancen aus der Entwicklung der Metropolregion“, 8. Kreisentwicklungsforum Potsdam-Mittelmark – Teil einer Metropolregion im Herzen Europas, 27.02.2016, Seddiner See.
- Schneider, Stefan: „Wirkungsorientierte strategische Steuerung in Kommunen – Warum eigentlich erst jetzt?“, Netzwerktagung für Controller/innen und Führungskräfte aus den Bereichen des SGB VIII und des SGB XII, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., 18.04.2016, Hannover.
- Schneider, Stefan: „Strategische Steuerung der Landeshauptstadt Potsdam“, Workshop der Arbeitsgruppe Strategische Steuerung der Landeshauptstadt Potsdam, 20.05.2016, Potsdam.
- Schneider, Stefan: „Wirkungsorientierte Steuerung in Kommunen – Warum eigentlich erst jetzt?“, Deutsch-Marokkanische Akademie für Gute Regierungsführung, Seminar für Angehörige der marokkanischen Verwaltung, 27.09.2016 sowie 01.11.2016, Europäische Akademie Berlin.
- Schneider, Stefan: „Herausforderungen für Städte und Gemeinden – Chancen für ein modernes Stadt- und Regionalmanagement“, Fachtagung Stadt.Land.Wandel. Neue Herausforderungen und berufliche Perspektiven, Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften, 03.11.2016, Salzgitter.

Finanzen

- Grabow, Busso: Lokal nachhaltige Infrastrukturplanung und regionalwirtschaftliche Ausgleichsmöglichkeiten: ein paar Diskussionsimpulse, 3. Begleitgruppensitzung zum BMBF-Projekt EnAHRgie, 13.05.2016, Ahrweiler.
- Libbe, Jens: „Notwendigkeiten und Grenzen einer koordinierten Finanzplanung in Zeiten städtischen Wachstums: neue Ansätze zur Kooperation zwischen Fachverwaltungen und Beteiligungen, Symposium „Integrierte Infrastruktur- und Finanzplanung in Zeiten urbaner Transformation“, 14.12.2017, Köln.
- Scheller, Henrik: „Zur Reform des Bund-Länder-Finanzausgleichs. Durchbruch und Systembruch?“ Perspektiven für das Gesetzgebungsverfahren auf der Grundlage des MPK-Beschlusses vom 3. Dezember 2015, Landesvertretung Baden-Württemberg, 20.01.2016, Berlin.
- Scheller, Henrik: „Wir schaffen das!“ – Aber wer ist „wir“ und was ist „das“? Reformanstöße aus der Flüchtlingszuwanderung für die Aufgaben- und Finanzverteilung im föderalen System. Konferenz „Föderale Finanzen unter Druck. Von der Flüchtlingspolitik zur Reform des Länderfinanzausgleichs“, 14.–16.03.2016, Loccum.
- Scheller, Henrik: „Education Federalism in Germany – between states' autonomy and exogenous unitarization drivers?“, Workshop on Federalism and Education: Governance, Standards, and Innovation for the 21st Century, 04.–05.04.2016, Zaragoza/Spain.
- Scheller, Henrik: „Grundseminar Haushalt“, Sonderseminar für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 07.06.2016, Berlin.
- Scheller, Henrik: „10 Jahre Föderalismusreform – neue Freiheiten oder neue Verflechtungen?“, 9. Workshop „Jahrbuch für öffentliche Finanzen“, 23.–24.09.2016, Leipzig.
- Scheller, Henrik: „Ansätze für eine generationengerechte Stadt-, Infrastruktur- und Finanzierungsplanung. Von kommunalen Investitionsrückständen und integrierten Handlungsansätzen“, 2. Symposium „Nachhaltige öffentliche Finanzwirtschaft“, 12.10.2016, Dresden.
- Scheller, Henrik: „L'investissement public en Allemagne: le dilemme entre le frein à la dette et le retard de l'investissement“. Institut français des relations internationales (Ifri), 24.01.2017, Paris.

- Scheller, Henrik: „Leistungsfähige Infrastruktur generationenerecht finanziert – Das Beispiel der Stadt Köln. Strategische Infrastrukturplanung im Konzern Stadt Köln – zukünftige Bedarfe und deren Auswirkungen auf die finanzielle Tragfähigkeit“, Finanzausschuss des Deutschen Städtetages, 11.05.2017, Magdeburg.
- Scheller, Henrik: „Recent Trends in Urban Development in Germany“, Berlin, 12.05.2017, Berlin.
- Scheller, Henrik: „Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2017“, Seminar „Investitionen contra Schuldenbremse – Die Zukunft der Finanzen von Kommunen, Ländern und dem Bund“, 26.06.2017, Schloss Machern.
- Scheller, Henrik: „Neue Finanzierungskonzepte bei Infrastrukturprojekten“, Tutzing Sommerakademie „Investitionen in Deutschland“, 05.09.2017, Tutzing.
- Scheller, Henrik: „The exhausted federal state – Reform debate and constitutional reality in Germany“, Visiting Program for Participants from the Philippines Experiences, Benefits and Challenges of Decentralization, 17.10.2017, Berlin.
- Scheller, Henrik: „Raus aus den Schulden. Die schuldenfreie Stadt, Utopie oder reelle Chance?“, 27.10.2017, Frankenthal (Pfalz).
- Scheller, Henrik: Vorstellung der Difu-Aktivitäten im Finanzausschuss des Städtetages Baden-Württemberg, 24.11.2017, Schwäbisch Hall.
- Schneider, Stefan: „Aspekte der kommunalen Aufgabenwahrnehmung. Infrastruktur, Finanzierung, Steuerung“, Vortrag im Rahmen der Studienreise zu aktuellen Entwicklungen im Finanzverfassungsrecht in Deutschland und China, Friedrich-Ebert-Stiftung, 27.04.2016, Berlin.
- Schneider, Stefan: „Kommunale Finanzen als regionale Aufgabe“, Auftaktveranstaltung MORO „Lebendige Regionen“, Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, 09.05.2016, Berlin.
- Schneider, Stefan, und Tatiana Maruda: „Schätzung nachhaltiger kommunaler Infrastrukturbedarfe als Anwendungsfall des neuen kommunalen Finanzmanagements“, TU Berlin, 22.09.2017, Berlin.
- Schneider, Stefan: „Langfristige Bedarfe und Risiken – Hilft der Algorithmus? Planen, Prognosen und Projektionen“, Leitung einer Podiumsdiskussion, Symposium „Integrierte Infrastruktur- und Finanzplanung in Zeiten urbaner Transformation“, 14.12.2017, Köln.

Wirtschaft und Digitalisierung

- Floeting, Holger: „Migrantenökonomien in Deutschland“, Technische Universität Berlin, Institut für Stadt- und Regionalplanung, 12.01.2017, Berlin.
- Floeting, Holger: „Sicherheit als Standortfaktor in Städten und Gemeinden“, Jahrestagung der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau, 28.09.2017, Hannover.
- Grabow, Busso: „Kommunale Gewerbeflächenpolitik ‚lessons learned‘“, Workshop „Gewerbeflächenentwicklung in der Landeshauptstadt Potsdam“, 28.01.2016, Potsdam.

- Grabow, Busso: „Wirtschaft 4.0: neue Mischung und Dichte in der Stadt?“, 5. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, Forum C: Mischung und Dichte in der Arbeitswelt, 01.07.2016, Berlin.
- Grabow, Busso: „Gewerbeflächenmanagement“, 119. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Europäischen Binnenmarkt des Deutschen Städtetages, 15.09.2016, Coburg.
- Grabow, Busso: „Aktualisierung des Stadtentwicklungsplans Industrie und Gewerbe Berlin“, 121. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Europäischen Binnenmarkt des Deutschen Städtetages, 30.11.2017, Neuss.
- Honold, Jasmin: „Monitor Nachhaltige Kommune: Ein Indikatorenkatalog für ein zielorientiertes Nachhaltigkeitsmanagement im Baukastenprinzip“, 54. Jahrestagung der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Süd des Verbands Deutscher Städtestatistiker, 19.05.2017, Würzburg.
- Honold, Jasmin: „Monitor Sustainable Municipality. A project to develop SDG-Indicators for German municipalities“, GIZ-Webinar GGA Talk! 2030 Agenda Implementation Talks: „What's new?“, 30.05.2017, Berlin.
- Honold, Jasmin: „Monitor Sustainable Municipality. Project Concept and Initial Results“, Tagung DIN/TC268, 01.06.2017, Berlin.
- Hollbach-Grömig, Beate: „Einzelhandel und Onlinehandel: Aktuelle Diskussionen und Perspektiven“, 25.01.2016, TU Berlin.
- Hollbach-Grömig, Beate: Einführung „Online-Handel: Trend oder Hype“, Difu-Dialog, 16.03.2016, Berlin.
- Hollbach-Grömig, Beate: Vortrag „Stadtmarketing“ und Moderation der Sitzung der Strukturkommission Marketing, 22.04.2016, Aachen.
- Hollbach-Grömig, Beate: „Mögliche räumliche Auswirkungen von Online-Handel auf Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren“, Ausschuss Standortpolitik des HDE, 28.04.2016, Berlin.
- Hollbach-Grömig, Beate: „Smart Cities: Mögliche räumliche Auswirkungen von Online-Handel auf Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren“, Tagung des Wissensnetzwerks Stadt und Handel, 24.11.2016, BTU Cottbus.
- Hollbach-Grömig, Beate: „Mögliche räumliche Auswirkungen von Online-Handel auf Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren“, 24.01.2017, TU Berlin.
- Hollbach-Grömig, Beate: Keynote „Mögliche räumliche Auswirkungen von Online-Handel auf Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren“, Tagung „Onlinehandel: Entwicklungen, Auswirkungen, Strategien“ von Österreichischem Städtebund, Stadt Wien, Wirtschaftskammer und Arbeiterkammer Wien, 26.01.2017, Wien.
- Hollbach-Grömig, Beate: „Räumliche Auswirkungen des Strukturwandels im Einzelhandel und Handlungsansätze für die kommunale Planung“, IHK Potsdam, 27.03.2017, Potsdam.
- Hollbach-Grömig, Beate: „Zukunftsstadt 2030 – Das Beispiel Norderstedt“, 06.07.2017, TU Berlin.
- zur Nedden, Martin: „Online-Handel: Trend oder Hype? Auswirkungen auf Städte“, DST-Ausschuss für Wirtschaft und Europäischen Binnenmarkt, 07.04.2016, Celle.

- zur Nedden, Martin: „Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt): Mögliche räumliche Auswirkungen von Online-Handel auf Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren“, Präsidiumssitzung des Handelsverbandes Deutschland (HDE), 19.04.2016, Berlin.
- Wagner-Endres, Sandra: „Wirtschaftsflächenkonzepte. Neue Anforderungen am Beispiel des Stadtentwicklungsplanes Industrie und Gewerbe Berlin, 39. Sitzung der Fachkommission Wirtschaftsförderung des Deutschen Städtetages, 04.04.2017, Hannover.
- Wagner-Endres, Sandra: „Wirtschaft im Wandel: Handlungsansätze der Wirtschaftsflächenentwicklung im interkommunalen Vergleich“, Klausursitzung Handlungsprogramm Wohnen und Wirtschaftsentwicklungskonzept, 24.06.2017, Heidelberg.
- Wagner-Endres, Sandra: „Industriestandort Wiesbaden stärken – Ergebnisse der Studie zur Unternehmensbefragung, 40. Sitzung der Fachkommission Wirtschaftsförderung des Deutschen Städtetages, 25.09.2017, Potsdam.
- Libbe, Jens: „Smart Cities – The Influence of Digitalisation and Other Factors on Future City Development“, MBA „Building Sustainability“, TU-Campus EUREF, 12.01.2017, Berlin.
- Libbe, Jens: „Aktuelles aus der Infrastrukturforschung. Schlussfolgerungen aus der INIS-Forschung und darüber hinaus“, Erster DWA-Forschungstag WASSER BERLIN INTERNATIONAL, 29.03.2017.
- Nickel, Darla: „Improving Decision-Making in Urban Stormwater Management: Strategies and stakeholder involvement in the KURAS project“, Internationale Konferenz NOVATECH – moving towards an integrated and sustainable urban water management, 29.06.2016, Lyon.
- Nickel, Darla: „Finanzierung von Maßnahmen der Regenwasserbewirtschaftung: Bedarfe, Anforderungen, erste Überlegungen“, netWORKS-Workshop „Investitionsbedarfe“, 06.10.2016, Frankfurt am Main.
- Nickel, Darla: „KURAS-Methode der zielorientierten Planung von Regenwasserbewirtschaftung“, KURAS-Abschlussveranstaltung, 26.10.2016, Berlin.
- Nickel, Darla: „KURAS-Methode der zielorientierten Planung von Regenwasserbewirtschaftung“, Planer-Apero, 29.11.2016, Hamburg.

Infrastruktur

- Floeting, Holger: „Regionalentwicklung und Digitalisierung“, 2. Transferwerkstatt Digitale Infrastruktur als regionaler Entwicklungsfaktor, 07.10.2016, Kassel.
- Libbe, Jens: „Intelligente, digital vernetzte, ressourcenschonende und lebenswerte Städte von morgen. Einschätzungen zu ‚Smart Cities‘ aus kommunalwissenschaftlicher Perspektive“, AG Städtebau/Raumordnung des Deutschen Verbands für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (DV) in Zusammenarbeit mit der Bundesvereinigung der Landes- und Stadtentwicklungsgesellschaften e.V. (BVLEG), 24.02.2016, Berlin.
- Libbe, Jens: „Smart City vor dem Hintergrund internationaler Fallstädte“, öffentliche Vortragsreihe „Zukunfts-Stadt?! Stadtentwicklung im internationalen Kontext“, Fachhochschule Erfurt, Institut für Stadtforschung, Planung und Kommunikation, 03.05.2016.
- Libbe, Jens: „Intelligente Städte und Gemeinden im 21. Jahrhundert“, Infotag „Urbane Zukunft“ des Instituts für angewandte Forschung, Fachhochschule Potsdam, 25.05.2016.
- Libbe, Jens: „Zukunft städtischer Infrastruktur“, Input und Podiumsdiskussion, 22. Internationale Sommerakademie der Deutschen Bundesstiftung Umwelt „Jahr ‚Eins‘ nach Paris – Klimaschutz im urbanen Raum“, 22.06.2016, Internationales Begegnungszentrum (IBZ) des Klosters Mariental, Ostritz.
- Libbe, Jens: „Sektorkopplung im Themenfeld Wärmewende – kommunale Perspektiven und die Akteure vor Ort“, Abschlusskonferenz der BMBF-Fördermaßnahme „Umwelt- und gesellschaftsverträgliche Transformation des Energiesystems“ der sozial-ökologischen Forschung, 05.10.2016, Berlin.
- Libbe, Jens: Impulsreferat und Podiumsdiskussion „Energie und Wasser – Verknüpfung kritischer Infrastrukturen als Teil intelligenter Stadt- und Regionalplanung“, Jahrestagung des OLEC – Oldenburger Energiecluster, 02.11.2016, Oldenburg.
- Libbe, Jens: Impulsreferat „Smart City als Gegenstand von Forschung“, Großer Konvent der Schader-Stiftung „Kulturelle Praktiken 4.0 – Verführung oder Selbstbestimmung“, 18.11.2016, Darmstadt.
- Riechel, Robert: „Zwischen Gebäude und Gesamtstadt: Das Quartier als Handlungsraum in der lokalen Wärmewende“, Konferenz „(De)zentrale Energiewende – Wirklichkeiten, Widersprüche und Visionen“ des Leibniz-Forschungsverbundes Energiewende, 30.06.2016, Berlin.
- Riechel, Robert: „Management of transition processes by municipalities: Neighborhood energy concepts as experimental spaces?“ IST – International Sustainability Transition Conference, Wuppertal Institut, 08.09.2016.
- Riechel, Robert, und Jens Libbe: „Ergebnisse und Erfahrungen aus ‚TransStadt‘“, Treffen von Forschungsbegleitprojekten „Energie im Quartier“, 17.02.2017, Berlin.
- Soike, Roman: „Potenziale der Digitalisierung für die Stadt – Betrachtung aktueller Ansätze aus Deutschland“, Kolloquium „Smart City, Smart Region – Herausforderungen der Digitalisierung für die kommunale Praxis“, Regionalverband FrankfurtRheinMain, 25.04.2017, Frankfurt am Main.
- Trapp, Jan Hendrik: „Strategieoptionen und Handlungsspielräume in der Transformation von Wasserinfrastruktur“, „Zukunftsfähige Wasserinfrastrukturen, Technische Innovationen – integrierte Planungsansätze – zielgruppenorientierte Kommunikation – institutionelle Anforderungen, Abschlusskonferenz zur BMBF-Fördermaßnahme „Intelligente und multifunktionelle Infrastruktursysteme für eine zukunftsfähige Wasserversorgung und Abwasserentsorgung“, 20.–21.04.2016, Berlin.
- Trapp, Jan Hendrik: „Ressourcenleichte zukunftsfähige Infrastrukturen (RELIS)“, Workshop „RessPol“ zur Weiterentwicklung der ressourcenpolitischen Debatte, 14.03.2017, Berlin.
- Trapp, Jan Hendrik: „Ressourcenleichte zukunftsfähige Ver- und Entsorgungsinfrastrukturen“, ProgRess Umsetzungsworkshop: Nachhaltiges Bauen und nachhaltige Stadtentwicklung, Ressourceneffiziente Bauwerks-, Stadt- und Infrastrukturplanung, 13.10.2017, Berlin.

Trapp, Jan Hendrik: „Aktuelle Herausforderungen der Siedlungswasserwirtschaft – Perspektiven und Chancen neuartiger Ansätze“, Regionalforum: „Alles im Fluss?!“ Wasser und Abwasser gemeinsam nachhaltig gestalten (Nachhaltigkeitszentrum Thüringen), 26.10.2017, Gera.

Mobilität

Arndt, Wulf-Holger: „Planning System and Role of Public Transport in Germany“, Presentation at the Study visit of South-African experts to Berlin, 09.05.2016, Berlin.

Arndt, Wulf-Holger: „Kommunale Probleme im Wirtschaftsverkehr“, 24. VSVI – Verkehrssymposium City-Logistik – Droh(n)uns der Lieferinfarkt?, 18.11.2016, Mainz.

Bracher, Tilman: „Wo steht Berlin in Sachen Radverkehr im nationalen und internationalen Kontext?“, Radverkehrsdialo Berlin, 06.04.2016, Berlin.

Bracher, Tilman: „Wirtschafts- und Standortfaktor Radverkehr“, 3. Fahrradwerkstatt Hamburg der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, 23.06.2016, Hamburg.

Bracher, Tilman: „Mit automatischen Autos in die lebenswerte Stadt“, Fachkommission Verkehr des Deutschen Städtetages, 30.09.2016, Schwerin.

Bracher, Tilman: „Mobil in der Stadt 2050“, Seminar „jung und mobil“ der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, 07.–09.10.2016, Bad Urach.

Bracher, Tilman: „Betreibermodelle für ÖFVS. Chancen und Herausforderungen von Öffentlichen Fahrradvermietsystemen“, Tagung „Chancen und Herausforderungen von Öffentlichen Fahrradvermietsystemen“ der Hochschule Rhein-Main, 14.10.2016, Wiesbaden.

Bracher, Tilman: „Stadtverkehr der Zukunft“, Festveranstaltung zum 50-jährigen Jubiläum der Vereinigung der Straßen- und Verkehrsingenieure Baden-Württemberg, 20.10.16, Karlsruhe.

Bracher, Tilman: „Was bedeutet automatisches Fahren für die Städte und Gemeinden?“ Sitzung des Vorstands des Bayerischen Städtetags, 08.11.2016, Berlin.

Bracher, Tilman: „Stadt(-Verkehr) von übermorgen“, Beitrag zur BMUB-Fachkonferenz „Stellplatzverordnung flexibler gestalten“, 06.12.2016, Berlin.

Bracher, Tilman, und Sebastian Bührmann: „Velo-City 2017. Belgian and German Session. A view from the German perspective“, Velo-City 2017 Conference, 13.06.2017, Nijmegen (Niederlande).

Bracher, Tilman: „Zukunftsfähige Mobilitätskultur in Klein- und Mittelstädten. Wie kann sie gelingen?“, Fachveranstaltung „Städteforum Brandenburg“, 11.09.2017, Potsdam.

Bracher, Tilman: „Stadtverkehr der Zukunft“, Workshop „Stadtluft: Verkehr und Mobilität im urbanen Raum“, DBU-Sommerakademie Luftqualität, 12.09.2017, Kloster Volkenroda.

Bracher, Tilman, und Sebastian Bührmann: „Cycling 4.0 – A new era of urban cycling“, International Cycling Conference, 19.09.2017, Mannheim.

Bracher, Tilman: „Verkehrswende in Deutschland? Restriktionen für den MIV in deutschen Städten?“, 105. Verkehrsausschuss Österreichischer Städtebund, 04.10.2017, Dornbirn.

Bührmann, Sebastian: „Push&Pull. 16 gute Gründe für Parkraummanagement“, Difu-Seminar „Vom Parkdruck zu mehr Lebensqualität?! Neue Entwicklungen und Ansätze im Parkraummanagement“, 13.06.2016, Berlin.

Bührmann, Sebastian, und Sabine Schulten: „Fahrradpolitik erfolgreich umsetzen – Beispiele und Anregungen“, Difu Dialog, 12.10.2016, Berlin.

Bührmann, Sebastian: „What makes a good cycling city?“, Projektseminar „Designing Smart Cities: Creative Strategies for Urban Challenges“, Island City Gartenfeld – Future District – Innovative and Intermodal Mobility, TU Berlin, 04.11.2016, Berlin.

Bührmann, Sebastian: „Herausforderung Fahrradparken. Gute Beispiele aus Deutschland und Europa“, VELOBerlin, Fachveranstaltung Urban Bike Parking, Fahrradparken im (halb-) öffentlichen Raum, 01.04.2017, Berlin.

Gies, Jürgen: „Nutznießerfinanzierung: Definition – Argumente – Umsetzung“, Impulsvortrag Fachgespräch „Neue Wege in der ÖPNV-Finanzierung“, 15.01.2016, Wiesbaden.

Gies, Jürgen: „Umweltverträglicher Verkehr 2050“, Seminar „Dreihundertsechzig Grad, Rund um Mobilität und Politik in Baden-Württemberg“, 30.07.2016, Bad Urach.

Gies, Jürgen: „Elektromobilität in der kommunalen Umsetzung. Kommunale Strategien und planerische Instrumente“, 6. Speyerer Kommunaltage „Kommunale Elektromobilität“, 30.09.2016, Speyer.

Gies, Jürgen: „Preis runter – Fahrgastzahlen rauf? Auswirkungen von Tarifmodellen“, „Fachforum Öffentlicher Verkehr“, „VCD-Fachtagung 2016: Stadtverkehr heute – morgen – 2050“, 24.11.2016, Berlin.

Gies, Jürgen: „Durch Kooperation zu integrierten Handlungsansätzen“, Workshop 5 „Vernetztes Denken: Zukunftsweisende Regional- und Stadtplanung“, „KLIMA.WERKSTATT: Mobilität in Stadt und Region: Infrastrukturen und neue Kooperationen für die Mobilitätswende“, 07.12.2016, Oberhausen.

Gies, Jürgen: „Vorstellung von Best-Practice-Beispielen“, DGB-Fachtagung „Wohnen – Arbeit – Mobilität. Wie wollen wir zukünftig leben und arbeiten?“, 22.03.2017, Berlin.

Gies, Jürgen: „Nachhaltiger Verkehr: Anforderungen – Herausforderungen – Perspektiven“, Ringvorlesung Nachhaltigkeit Universität Halle, 14.06.2017, Halle (Saale).

Hanke, Stefanie: „Außereuropäisches Engagement kommunaler Unternehmen. Einführung in Rahmenbedingungen und Rechtsgrundlagen“, Veranstaltung „Optionen für ein stärkeres entwicklungspolitisches Engagement kommunaler Unternehmen“, BMZ, 23.02.2016, Berlin.

Hertel, Martina: „Parkraummanagement und Mobilitätsmanagement für lebenswerte Städte: zwei Seiten einer Medaille?!“, „DECOMM 2016: „Mobilitätsmanagement für Lebenswerte Städte und Gemeinden“, Session B-2: Innerstädtische Mobilitätskonzepte: Parkraummanagement und Co., 23.09.2016, Darmstadt.

Hertel, Martina: „Chancen und Herausforderungen von Öffentlichen Fahrradvermiet/-verleihsystemen (ÖFVS)“, Veranstaltung der Deutschen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft (DVWG e.V.) „Innovative Mobilitätskonzepte für Berlin am Beispiel moderner Fahrradverleihsysteme“, 22.03.2017, Berlin.

Umwelt

Altenburg, Corinna, und Christine Krüger: „Strategische Unterstützung im Kommunalen Klimaschutz“, 16.05.2017, Berlin.

Altenburg, Corinna, Oliver Reif-Dietzel, Julius Hagelstange, Ines Fauter und Greta Link: „Förderung des Klimaschutzes durch die Kommunalrichtlinie des BMUB“, 3 Informationsveranstaltungen über Förderprogramme zum kommunalen Klimaschutz, zwischen 20.01. und 11.07.2017, in Berlin, Trier, Ulm.

Altenburg, Corinna, Oliver Reif-Dietzel, Thomas Stein und Mareike Hansel: „Die Förderung des Bundes: Vorstellung der Kommunalrichtlinie“, 12 Beratungen vor Ort zur Förderung von Maßnahmen zum Klimaschutz auf kommunaler Ebene, zwischen 01.02. und 08.08.2017, in Annaberg-Buchholz, Uelzen, Luckenwalde, Gotha, Berlin, Rostock, Bremen, Göttingen, Bergen/Rügen, Hamburg, Erfurt.

Fauter, Ines: „Chancen des Klimaschutzes nutzen – Fördermöglichkeiten im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative“, 17.02.2016, Essen.

Fauter, Ines, und Julius Hagelstange: „Workshop: Förderprogramme im Klimaschutz für Kommunen“, 17.02.2017, Koblenz.

Hagelstange, Julius: „Energetische Sanierung: Strategische Beratung und Information zu Förderprogrammen im Rahmen der Kommunalrichtlinie des Bundesumweltministeriums“, 18.09.2017, Bregenz.

Hansel, Mareike: „Broschüre ‚Akteure im kommunalen Klimaschutz erfolgreich beteiligen – Von den Masterplan-Kommunen lernen‘“, 11./12.05.2017, Potsdam, 18.05.2017, Flensburg.

Hansel, Mareike: „Steckbriefe und Community – Stand und weiteres Vorgehen“, 11.05.2017, Potsdam, 18.05.2017, Flensburg.

Link, Greta: „Neues vom Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK), Aktuelles zur Förderung, Klimaschutzberichte und -monitoring geförderter Projekte“, 05.07.2016, Ludwigshafen.

Link, Greta: „Energiesparmodelle an Schule und Kitas. Förderung durch die Kommunalrichtlinie des Bundes“, 15.02.2017, Witten.

Link, Greta: „Klimaschutz lohnt sich! Fördermöglichkeiten für kommunale Unternehmen im Rahmen der Kommunalrichtlinie des BMUB“, 16.12.2017, Köln.

Nagel, Anna: „Kommunaler Klimaschutz und nachhaltige Mobilität – die Förderangebote der Kommunalrichtlinie“, 05.04.2016, Wernigerode.

Nagel, Anna: „Förderung für Vereine und lokale Initiativen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative“, 13.06.2017, Hannover.

zur Nedden, Martin: „Ressourcenschutz im urbanen Kontext – wie kann das konkret aussehen?“ Konferenz 3. Nationales Ressourcenforum 2016, 11.11.2016, Berlin.

zur Nedden, Martin: „Wie setzen wir die Agenda 2030 lokal um?“ Konferenz Globale Ziele, lokale Praxis. Kommunale Nachhaltigkeit im Licht der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs), 31.01.2017–01.02.2017, Berlin.

Peters, Marco: „Anpassung an die Folgen des Klimawandels“, 24.08.2016, Kreistag Rhein-Erft-Kreis.

Reif-Dietzel, Oliver: „Klimaschutz lohnt sich! – Förderangebote der Nationalen Klimaschutzinitiative“, 27.10.2016, Grimma.

Reif-Dietzel, Oliver: „Nur gemeinsam erfolgreich: Kooperationen zwischen Verwaltung und Bürgerschaft“, 04.03.2017, Wildau.

Reif-Dietzel, Oliver, und Stefanie Schäfter: „Vorstellung der Kommunalrichtlinie zum Klimaschutz mit erweiterten Fördermöglichkeiten“, 07.06.2016, Erfurt.

Rösler, Cornelia: „Klimaschutz als Katalysator für die Modernisierung von Stadtquartieren“, Impuls und Podiumsgespräch, Innovation-City-Tagung, 02.05.2016, Oberhausen.

Rösler, Cornelia: „Urbane Räume im Klimawandel“, Impuls und Podiumsgespräch, Woche der Umwelt, Deutsche Bundesstiftung Umwelt, 07.06.2016, Berlin.

Rösler, Cornelia: „Kommunaler Umwelt- und Klimaschutz – Chancen und Perspektiven vor Ort“, Impuls und Podiumsdiskussion, Fachgespräch im Landtag Nordrhein Westfalen, 21.09.2016, Düsseldorf.

Rösler, Cornelia: „Umweltqualität verbessern und Umweltgerechtigkeit schaffen“, Vortrag und Podiumsdiskussion, 1. Krefelder ZukunftsDialog, 30.01.2017, Krefeld.

Rösler, Cornelia: „Klimaanpassung: Vom Konzept zur kommunalen Praxis“, KlimaExpo NRW, Tag der Kommunen, 08.02.2017, Essen.

Schäfter, Stefanie: „Förderung des Klimaschutzes (Fokus investive Maßnahmen) durch die novellierte Kommunalrichtlinie des BMUB“, 25.05.2016, Kläden.

Schäfter, Stefanie: „Kommunaler Klimaschutz in Sachsen-Anhalt. Chancen und Herausforderungen bei der Förderung von Klimaprojekten“, 23.08.2017, Mücheln.

Schäfter, Stefanie: „Power of networks for accelerating local action. ICLEI Local Renewables Conference 2017. Creating and Networking Energy Autonomous Communities for a Low Carbon Society“, 07.09.2017, Nagano, Japan.

Schäfter, Stefanie, Christine Krüger, Mareike Hansel, Corinna Altenburg, Judith Utz und Ines Fauter: „Förderung des kommunalen Klimaschutzes – Schwerpunkte und Perspektiven“, „Klimaschutz wird öffentlich“, 6 Starterseminare zur Kommunalrichtlinie sowie 2 Webinare, zwischen 20.04. und 10.11.2016, in Stuttgart, Magdeburg, Hamburg, Köln, Berlin und Kassel.

Sommer, Britta: „Die Kommunalrichtlinie – Fördermöglichkeiten von der Einstiegsberatung bis zur Maßnahmenumsetzung“, 08.03.2016, Hamburg.

Sommer, Britta: „Interkommunale Kooperation – Vertikal, horizontal und in der KRL“, 16.05.2017, Luckenwalde.

- Sommer, Britta: „Die deutsche Anpassungsstrategie (DAS) und Förderprogramme zur Anpassung an den Klimawandel“, 26.06.2017, Flintbek.
- Sommer, Britta, Ines Fauter, Judith Utz, Julius Hagelstange, Greta Link, Oliver Reif-Dietzel, Stefanie Schäfter, Mareike Hansel, Thomas Stein und Daniel Willeke: „Die Förderung des Bundes: Vorstellung der Kommunalrichtlinie“, 16 Beratungen vor Ort zur Förderung von Maßnahmen zum Klimaschutz auf kommunaler Ebene, zwischen 12.01. und 03.11.2016, in Greifswald, Bad Oldesloe, Eckernförde, Essen, Rotenburg, Geisenheim, Hohenahr, Markkleeberg, Mengerskirchen, Rostock, Jever, Freiburg, Neustrelitz, Dardesheim, Hamburg, Buchen, Hannover, Treuenbrietzen und Suhl.
- Sommer, Britta, Julius Hagelstange, Anna Nagel, Greta Link, Judith Utz, Mareike Hansel und Niko Hübner: „Klimaschutz wird öffentlich“, 3 Starterserminare zur Kommunalrichtlinie sowie 3 Webinare, zwischen 31.01. und 04.07.2017, in Hannover, Frankfurt, Leipzig.
- Stein, Thomas: „Parkplatz vs. Radweg? Fördermöglichkeiten für nachhaltige Mobilität“, 19.04.2016, Potsdam.
- Stein, Thomas: „Förderangebote für Kommunen auf dem Weg zur nachhaltigen Mobilität“, 13./14.09.2016, Halle/Saale.
- Utz, Judith: „Förderangebote der Nationalen Klimaschutzinitiative“, 06.07.2016, Uebigau-Wahrenbrück.
- Utz, Judith: „Energiesparmodelle in Kitas und Schulen. Förderung durch die Kommunalrichtlinie des Bundes“, 15.11.2016, Delmenhorst.
- Utz, Judith: „Klimaschutz und Kirche – Fördermöglichkeiten der Kommunalrichtlinie“, 20.06.2017, Lutherstadt Wittenberg.
- Utz, Judith, Stefanie Schäfter, Anna Nagel, Mareike Hansel, Julius Hagelstange, Oliver Reif-Dietzel und Corinna Altenburg: „Förderung des Klimaschutzes durch die Kommunalrichtlinie des BMUB“, 9 Informationsveranstaltungen über Förderprogramme zum kommunalen Klimaschutz (in Kooperation mit den Bundesländern) sowie 2 Webinare, davon eines in Kooperation mit der Fahrradakademie am Difu, zwischen 25.01. und 07.12.2016, in Erfurt, Hamburg, Erding, Rendsburg, Hannover, Köln, Dresden, Fulda.
- Voss, Katharina: „Neues von der Kommunalrichtlinie und vom KfW-Programm ‚Energetische Stadtsanierung‘“, 09.11.2016, Berlin.
- Walter, Jan: „Mit dem neuen Wertschöpfungsrechner regionalwirtschaftliche Effekte der energetischen Gebäudesanierung sichtbar machen“, innova-Seminar „Kooperation für die kommunale Energiewende“, 04.–05.11.2016, Essen.
- Walter, Jan: „Auf dem Weg zur kommunalen Energiewende. Überblick über kommunale Maßnahmen“, Fachkongress „Energiewende lokal gestalten“, 15.03.2017, Hannover.
- Walter, Jan: „Online-Wertschöpfungsrechner energetische Gebäudesanierung – regionalökonomische Effekte von Klimaschutzmaßnahmen sichtbar machen“, SK:KK-Fachaustausch zum kommunalen Klimaschutz „Kommunale Treibhausgasbilanzieren“, 05.04.2017, Hannover.
- Walter, Jan: „Wärmewende in Kommunen – Beispiele, Aktivitäten und Potenziale“, Vortrag und Podiumsdiskussion, 6. Forum Zukunftsfragen Energie, Kompetenzzentrum Energie der Hochschule Osnabrück, 19.09.2017, Osnabrück.
- Willen, Luise: „Klimawandel und Klimaanpassung. Anforderungen an Wohnungs- und Städtebau“, Achter Runder Tisch „Städte für Menschen. Wohnungs- und Städtebau unter neuen Rahmenbedingungen“, Stiftung Schwäbisch Hall, 11.05.2016, Frankfurt.
- Willen, Luise: „Nutzer- und Anforderungskatalog“, Klimoprax und UseUclim, BMBF-Programm „Stadtklima im Wandel“, Steuerungsgruppe, 09.11.2016, Köln.
- Willen, Luise: „Praxisleitfaden für Bauherren und Architekten – Klimaangepasstes Bauen“, 3. DWA-KlimaTag, 12.09.2017, Essen.
- Willen, Luise: „Praxisratgeber Klimagerechtes Bauen“, Bauherrenabend, 27.09.2017, Tübingen.





Deutsches Institut
für Urbanistik gGmbH
Zimmerstraße 13 - 15
10969 Berlin
Tel. +49 30 39001-0
www.difu.de

